



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, alle anwesenden Leute aus der Verwaltung, von den Medien und die Zuhörerinnen und Zuhörer zu unserer siebten Sitzung vom Stadtrat Langenthal im Jahr 2022. Wie Sie vielleicht schon mitbekamen, begannen wir die heutige Sitzung früh um 18.00 Uhr, insbesondere aufgrund der umfangreichen Traktandenliste. Wir sahen deshalb auch vor, eine Pause einzuschalten. In Anbetracht der Tatsache, dass die Traktandenliste nun etwas zerbröselte wurde, werden wir diese Pause mit Sandwiches dennoch durchführen. Diese Pause wird voraussichtlich nach der Beratung von Traktandum Nr. 2 eingelegt. Dies einfach als Vorinformation. Aber nun bitte ich als Erstes unsere Sekretarin Simone Burkhard Schneider um den Appell.

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.¹
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So stelle ich zuhanden des Protokolls fest, dass wir heute Abend beschlussfähig sind. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe passierten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten sind auf der Website der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Sie sahen nun, dass Traktandum Nr. 3 wegfiel und Traktandum Nr. 4 zurückgezogen wurde. Von dem her liegen nun ein bisschen weniger Traktanden vor, als wir ursprünglich davon auszugehen hatten. Gibt es Bemerkungen zur jetzigen Traktandenliste von heute Abend? Nein.

¹ Drei Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

1. **Protokolle der Stadtratssitzungen vom 29. August 2022 und 19. September 2022: Kenntnisnahme**

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir bereits zu Traktandum Nr. 1. Dabei geht es um die Protokolle der Stadtratssitzungen vom 29. August und 19. September 2022. Die beiden Protokolle liegen vor und sind auf der Website der Stadt Langenthal verfügbar. Herzlichen Dank an Thomas Thurnherr, der diese verfasste. Gibt es Bemerkungen zu diesen zwei Protokollen? Ich sehe niemanden und somit wurden diese beiden Protokolle so zur Kenntnis genommen und der erste Punkt auf der Traktandenliste abgearbeitet.



2. Budget der Erfolgsrechnung 2023: Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer: 2. Lesung: Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 18. Dezember 2022

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Nun kommen wir zu Traktandum Nr. 2 und ich gehe davon aus, dass wir dort ein bisschen länger haben. Es geht um das Budget der Erfolgsrechnung 2023 und dabei um die Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer. Wir kommen nun zur 2. Lesung dieses Budgets und wollen es heute für die Gemeindeabstimmung vom 18. Dezember 2022 verabschieden. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und wir steigen deshalb direkt in die Beratung ein.

II Beratung:

A Berichterstattung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sie sehen hier nun den ordentlichen Beratungsablauf, der für heute vorgesehen ist, so wie wir es auch in den Vorjahren handhabten. Und so starten wir unter Punkt A mit der Berichterstattung des Gemeinderates. Und dabei handelt es sich um Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen. Darf ich Dir das Wort übergeben, Roberto?

Und im Übrigen muss ich noch loswerden, dass ich unseren Stadtpräsidenten Reto Müller herzlich und explizit begrüßen möchte. Er begrüßte mich am letzten Dienstag am Wirtschaftslunch auch wirklich herzlich und speziell und ich möchte mich dabei sehr gerne dafür revanchieren. Merci vielmals.

Beratungsablauf

Traktandum Nr. 2
Detailberatung:

- A Berichterstattung:
 - Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen
 - Geschäftsprüfungskommission
- B Allgemeine Beratung:
 - Stellungnahmen Fraktionen
 - Stellungnahmen Einzelsprechende
- C Detailberatung des Budgets 2023:
 - abschnittsweise (falls verlangt: seitenweise) Durchsicht des Zahlenmaterials / Abstimmung über Anträge

Abstimmungen:

- D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I., 1. - 3.)
- E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Gemeindeabstimmung vom 18. Dezember 2022 (Beschlussentwurf Ziffer II., 1. + 2.)

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Wir kommen nun zur 2. Lesung des Budget 2023. Es geht in meinen Ausführungen um diejenigen Punkte, die hier eingeblendet sind. Wir knüpfen somit dort an, wo wir am 29. August 2022 aufhörten. Es betrifft einfach drei Bereiche, wozu ich mich äussern werde. Erstens werde ich auf die Anträge, die in der 1. Lesung eine Mehrheit fanden, eingehen beziehungsweise Ihnen die konkrete Umsetzung des Gemeinderates darstellen. Zu Punkt 2:

Im Rahmen des Geschäfts beantragten wir ja verschiedene Motionen zur Abschreibung, was dann bekanntlich am 29. August 2022 nicht mehr behandelt und im Prinzip auf die heutige 2. Lesung verschoben wurde. Dazu nehme ich vorneweg, dass der Gemeinderat eine Neu Beurteilung vornahm und den Antrag auf Abschreibung bei zwei von diesen drei Motionen nicht mehr aufrechterhält. Dabei äussere ich mich natürlich ebenfalls noch zum gemeinderätlichen Antrag zuhanden der stimmberechtigten Bevölkerung. Wie es bereits Frau Stadtratspräsidentin sagte, ist es das Ziel, dass uns heute Abend ein verabschiedetes Budget vorliegt, das wir dann mit der Volksabstimmung auf den Weg bringen.

Inhaltliche Zielsetzung

- Anträge aus der Stadtratsitzung vom 29. August 2022
- Hängige parlamentarische Vorstösse
- Antrag zu Händen der stimmberechtigten Bevölkerung



Ich komme nun zum ersten von drei Anträgen aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022. Dabei geht es um denjenigen, der am nahrhaftesten ist und zu dem Sie hier den Text eingebildet sehen. Die Hervorhebungen sind dabei von uns und es geht um diejenigen Punkte, die ich gerne speziell thematisieren möchte. Der Antrag hat zum Ziel, dass der Gemeinderat aus Gründen der Opfersymmetrie aufgefordert wird, weitere Einsparungen aufzuzeigen. Was damit gemeint ist, wird im Antrag zwar nicht konkret ausgeführt, dafür werden aber beispielhaft zwei mögliche Reduktionen erwähnt. Dabei handelt es sich zum einen um die Position «Stadttheater» und zum anderen um die Position «Besoldungsreserve». Ich kann Ihnen sagen, dass es für den Gemeinderat einfacher und zielführender gewesen wäre, wenn der Stadtrat hier konkrete Anträge gestellt hätte, auf was er eigentlich verzichten oder was er gestrichen haben möchte. Auf Basis der offenen Formulierung war es für uns deshalb nicht ganz einfach, dies auch entsprechend umzusetzen. Aber gleichwohl machten wir es und ich werde Ihnen die einzelnen Punkte hier auch darlegen.

Beim ersten Aspekt, auf den ich eingehen möchte, handelt es sich um die Formulierung «...aus Gründen der Opfersymmetrie...», was hier fett gedruckt ist, und ich darlege, was das für uns heisst. Dabei möchte ich einfach an die Ausgangslage erinnern, als wir dieses Budget entwickelten. Der letztjährige Ausgangsplanwert aus dem Finanzplan 2022 bis 2026 war ja eigentlich mit einem Minus von 3,2 Mio. Franken «gut». Damit lagen wir unter der Zielvorgabe des Gemeinderates, der ja bekanntlich ein Höchstdefizit von 4,5 Mio. Franken definierte. Leider führten dann verschiedene negative Entwicklungen dazu – ohne, dass ich sie an dieser Stelle nochmals wiederhole –, dass das Bedarfsbudget der Verwaltung nämlich mit über 6 Mio. Franken ein deutlich grösseres Defizit zeigte. Und mit diesem Minus von 6 Mio. Franken starteten wir den politischen Prozess, analysierten und überprüften die Eingaben, sodass wir das Budget dabei auch teilweise kürzten oder Positionen strichen. Zum Teil kamen die Vorschläge von der Verwaltung selber und zum Teil formulierte auch die Finanzkommission darüber hinaus zusätzliche Anträge, was dann der Gemeinderat schlussendlich auch so bestätigte, wie das hier dargestellt ist. Man realisierte somit im Rahmen dieses Politprozesses Reduktionen von 1,7 Mio. Franken., was der Differenz dieser 6,083 Mio. Franken zu diesen 4,381 Mio. Franken entspricht.

Auf der anderen Seite beantragt der Gemeinderat heute eine Erhöhung der Steueranlage von 0,6 Einheiten. Dies führt bekanntlich zu Mehreinnahmen von 1,4 Mio. Franken. Der Begriff der Opfersymmetrie wurde im Antrag selber ja nicht definiert. Ich nehme dabei aber an, dass man damit die Forderung meint, dass gleichviel eingespart werden soll, was wir von der Bevölkerung an zusätzlichen Steuereinnahmen verlangen. Diese Forderung gemäss dem Antrag wurde dabei mit 1,4 Mio. Franken versus 1,7 Mio. Franken bereits erfüllt, bevor der Antrag überhaupt gestellt wurde.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtlangenthal

Antrag der SVP-Fraktion: Auflage für die 2. Lesung

Für die zweite Lesung hat der Gemeinderat zur beantragten Steuererhöhung **aus Gründen der Opfersymmetrie weitere Einsparungen** bei den budgetierten Ausgaben der laufenden Rechnung aufzuzeigen, soweit möglich verteilt auf sämtliche Einheiten 0-6 (gemäss institutioneller Gliederung LR der Erfolgsrechnung). Als **mögliche Reduktionen** fallen beispielsweise in Betracht

- Pos. 6210: Stadttheater Langenthal (budgetiert: CHF 1'125'500.00);
- Pos. 0350.3010.09: Besoldungsreserve (budgetiert: CHF 650'000)

Der Gemeinderat formuliert seine Vorschläge als beschlussreife Anträge für die Budgetberatung der zweiten Lesung.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja (angenommen), 18 Nein, 1 Enthaltung

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtlangenthal

Entwicklung des Budgets 2023:


Defizit der Erfolgsrechnung 2023 (Allgemeiner Haushalt)	in Mio. Fr.
Ausgangsplanwert 2023 (Finanzplan 2022 – 2026)	- 3.286
Zielvorgabe des Gemeinderats	- 4.500
Budget vor dem Budgetnachmittag der Finanzkommission vom 28. April 2022 (Bedarfsbudget Ämter)	- 6.083
Budget nach dem Budgetnachmittag der Finanzkommission vom 28. April 2022 (Factsheets/Massnahmen)	- 4.381
Ergebnis nach 1. Lesung im GR vom 11. Mai 2022	- 4.760
Ergebnis nach 2. Lesung im GR / Prüfaufträge vom 24. Mai 2022	- 4.855
Budget nach Nachtrag kantonale Lastenausgleiche	- 4'386



So können wir deshalb zusammenfassen, dass wir somit in denjenigen Bereichen, die auch beeinflussbar sind, bereits vielseitige und vielfältige Einsparungen vornahmen. Es ist die klare Haltung des Gemeinderates, dass wir dem strukturellen Defizit nur durch einen gezielten Verzicht in Kombination mit einer Steuererhöhung entgegenwirken können. Und es ist mein Appell, dass wir einfach nicht das eine gegen das andere ausspielen dürfen, da es schlicht beides braucht. Wie bereits gesagt ist dem Gemeinderat der Gedanke der Opfersymmetrie ebenso wichtig und es ist hier bewiesen, dass er dies im Budget auch bereits entsprechend umsetzte.

Nun wurden ja im Antrag zwei Bereiche erwähnt, wovon das eine das Stadttheater betrifft. Es wurde in diesem Antrag absolut richtig gesagt, dass der beim Stadttheater ausgewiesene Nettoaufwand 1,125 Mio. Franken umfasst.


Der Gemeinderat löste nach der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 einen diesbezüglichen Prüfauftrag aus. Dies führte zu einem Bericht, der dem Stadtrat als Beilage 1 zum heutigen Traktandum Nr. 2 auch vorliegt. Die wesentlichen Elemente sind hier in dieser Übersicht kurz zusammengefasst. Der Bericht geht dabei insbesondere auf den Leistungsvertrag ein und zeigt auf, dass gemäss diesem Leistungsvertrag von der Stadt Langenthal ein Nettoaufwand von Fr. 545'000.00 eingefordert wird, was dann eigentlich in dem Sinn vertraglich mit dem Kanton und den übrigen Gemeinden so vereinbart ist. Es ist in diesem Vertrag auch definiert, was unter dem Begriff «Nettoaufwand» zu verstehen ist. Es geht dabei um den Aufwand gemäss der Jahresrechnung beziehungsweise gemäss dem Budget unter Ausschluss der verrechneten Abschreibungen und des verrechneten Zinsaufwandes.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Entwicklung des Budgets 2023 – Fazit:

- Vielfältige Einsparungen in allen beeinflussbaren Bereichen bereits vorgenommen.
- Strukturelles Defizit kann nur durch gezielte Verzichte i.V.m. der Steuererhöhung geschlossen werden.
- Opfersymmetrie ist im vorliegenden Budget sichergestellt und erfüllt.

6


Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Antrag der SVP-Fraktion:

Einsparungen bei der Pos. 6210:
Stadttheater Langenthal
(budgetiert: CHF 1'125'500.00)

Abstimmungsergebnis: 20 Ja (angenommen), 18 Nein, 2 Enthaltungen

7

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":

- Die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Bern und den Regionalgemeinden verlangt ein finanzielles Mindestengagement der Stadt.
- Gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. a der bestehenden Leistungsvereinbarung (2021 bis 2024) ist **jährlich (mindestens)** ein Beitrag von **Fr. 545'000.00** an das Stadttheater zu leisten.
- Erfüllung der Leistungspflicht ist erreicht, wenn
Nettoaufwand der Stadt Langenthal abzgl. "Verrechnete Abschreibungen" und abzgl. "Verrechneter Zinsaufwand"
mindestens die Fr. 545'000.00 erreicht.


8



Sie konnten sodann auch die Schlussfolgerung dieses Berichts zur Kenntnis nehmen, die Sie hier nochmals kurz zusammengefasst einsehen können. Dabei wird festgehalten, dass die kulturelle überregionale Bedeutung des Stadttheaters hoch ist und es in der Natur der Sache liegt, dass mit dem neuen «Theater 49» auch das Angebot erweitert wurde. Dabei möchte ich klarstellen, dass der budgetierte Nettoaufwand des Stadttheaters-Betriebs im Vergleich zur Situation vor der Sanierung trotzdem nicht teurer wurde. Das wurde hier zwar im Stadtrat anlässlich der 1. Lesung so dargestellt und behauptet, wird aber durch den Bericht widerlegt. Entsprechend erlaube ich mir hier zusätzlich darauf hinzuweisen.

Das sind nun die Zahlen, die Sie diesem Bericht entnehmen können. Dabei geht es um einen Vergleich der nicht beeinflussbaren Kosten zwischen den Jahren 2015 – also vor der Sanierung, und dem Jahr 2021, das heisst nach der Sanierung. Ohne dass ich hier auf die Details eingehe, sehen Sie, dass der Mehraufwand rund Fr. 789'000.00 ausmacht. Auf der anderen Seite wurde im Leistungsvertrag eine neue Kostenverteilung festgeschrieben, was zu Mehreinnahmen von Fr. 351'000.00 führte, sodass netto eine Differenz von Fr. 437'000.00 verbleibt. Sie sehen dabei auch, welche Kosten von Kanton und den übrigen Gemeinden getragen werden; nämlich Fr. 436'000.00 durch den Kanton beziehungsweise Fr. 109'000.00 durch die angeschlossenen Gemeinden. Dies führt zu einem Total von Fr. 545'000.00. Und genau denselben Betrag muss ja auch die Stadt Langenthal an dieses Defizit beisteuern. Sie erkennen damit, dass das System der Opfersymmetrie auch hier spielt.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf diese Behauptung zurückkommen, wonach der Theaterbetrieb teurer wurde. Wenn wir nun einfach den Nettoaufwand von Fr. 724'000.00 aus dem Jahr 2015 mit den nicht beeinflussbaren Kosten in der Höhe von Fr. 427'000.00 bereinigen, so kommen wir heute in gedanklicher Hochrechnung eigentlich auf einen Nettoaufwand von 1,126 Mio. Franken. Dieser Betrag liegt höher als die Summe, die im Budget 2023 eingestellt wurde und führt zu einer Differenz von Fr. 36'559.00, sodass der eigentliche Betrieb 2023 im Vergleich zum Jahr 2015 günstiger ist. Ich möchte

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":

- Die kulturelle (über-)regionale Bedeutung des Stadttheaters ist hoch. Das Angebot mit der zusätzlichen Studiobühne (Theater 49) vielseitig.
- Mit dem budgetierten Nettoaufwand ist das Stadttheater im Vergleich zum Betrieb vor der Sanierung (nach Herausrechnung der nicht beeinflussbaren bzw. kalkulatorischen Kosten) nicht teurer.
- Eine Aufwandreduktion bedeutet einen Leistungsverzicht.

9

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":

Aufwand	RG 2015	RG 2021	Differenz
Baulicher Unterhalt	8'537	126'975	118'438
Verwaltungskosten	40'000	149'000	109'000
Zinsen	0	101'543	101'543
Abschreibungen	34'000	494'043	460'043
Total Mehraufwand			789'024
Ertrag			
Kanton	129'292	436'000	306'708
Regionsgemeinden	64'646	109'000	44'354
Total Mehrertrag			351'062
Total Differenz			-437'962

10

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 

Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":

→ Bereinigung des Netto-Ergebnisses 2015 um die Differenz aus den nicht beeinflussbaren Faktoren (Rg. 2021 vs. Rg. 2015)

	RG 2015
Nettoaufwand	724'097
Bereinigung um Differenz aus nicht beeinflussbaren Faktoren (Rg. 2021 vs. Rg. 2015)	437'962
Bereinigter Nettoaufwand	1'162'059
Nettoaufwand Budget 2023:	1'125'500
Differenz zu bereinigtem Nettoaufwand 2015:	-36'559

11



diese Zahlen nicht weiter bewerten, sondern hier einfach festhalten, so wie es ist, und dabei die politische Beurteilung Ihnen überlassen.

Nun könnte man sich natürlich fragen, dass bei Darstellung dieser Zahlen auch aufgezeigt werden sollte, was effektiv gespart werden kann, was wir hier mit dieser Aufstellung auch machen. Wenn wir diese Summe von Fr. 545'000.00 als verbindliche Grösse betrachten, so sehen Sie hier, um wieviel wir heute darüber liegen. Nach dem Prinzip des Leistungsvertrags, bei dem die Abschreibungen und Zinsen wieder herausgerechnet werden müssen, kommen wir auf einen Nettoaufwand von Fr. 576'600.00.

Somit wird diese Zielgrösse um einen Betrag von Fr. 31'600.00 übertroffen, was somit im Prinzip den Handlungsspielraum für eine allfällige Kürzung darstellt. Nun müssen wir aber schauen, in welchen Bereichen der Mehraufwand effektiv budgetiert wurde. Dazu erwähne ich mit der Energie nur ein Stichwort, was mit Mehrkosten von Fr. 10'000.00 zu Buche schlägt. Daneben gibt es reglementarisch vorgesehene Dienstaltersgeschenke, die hier ebenso enthalten sind. Das sind dann einfach Fakten, an denen wir nicht vorbeikommen, egal was für Reduktionsanträge heute hier allenfalls auch noch gestellt werden sollten.

Ich komme somit mit der Besoldungsreserve zum zweiten Punkt. Auch hier ist der Antrag korrekt, wenn wir nämlich festhalten, dass der Gemeinderat einen Wert von Fr. 650'000.00 einstellte. Für eine Prüfung beauftragte der Gemeinderat in diesem Zusammenhang den Stadtschreiber zur Erstellung einer Berechnung der Besoldungsreserve zum Zeitpunkt der Einstellung ins Budget, was im Mai stattfand. Dabei sollte dies mit dem damals aktuellen Zeitpunkt per Ende August 2022 verglichen und die effektiven und budgetierten Kosten der Lohnrunden aus den Jahren 2016 bis 2021 einander gegenübergestellt werden.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtlängenthal

Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":

→ Ermittlung des Nettoaufwands gemäss der Leistungsvereinbarung

Nettoaufwand im Budget 2023	Fr. 1'125'500.00
./. Verrechnete Abschreibungen	Fr. 467'700.00
<u>./. Verrechneter Zinsaufwand</u>	<u>Fr. 81'200.00</u>
= Massgebender Nettoaufwand	Fr. 576'600.00
Zu leistender Mindest-Nettoaufwand: (gem. Leistungsvereinbarung)	Fr. 545'000.00
→ Differenz / Handlungsspielraum:	Fr. 31'600.00

12

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtlängenthal

Antrag der SVP-Fraktion:

Einsparungen bei der Pos. 0350.3010.09:

Besoldungsreserve
(budgetiert: CHF 650'000);

Abstimmungsergebnis: 19 Ja (angenommen), 18 Nein, 3 Enthaltungen

13



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Sie finden auch diesen Bericht in Ihren Unterlagen und Sie sehen dabei auch diese Grafik, die hier abgebildet und im Memo der Beilage 2 entsprechend enthalten ist. Hier geht es um die Teuerung, die ja im Moment natürlich eine grosse Herausforderung darstellt. Wir erlauben uns hier allerdings noch die Daten gegenüber den Unterlagen im Memo zu aktualisieren. Immerhin ist damit eine gute Nachricht verbunden, indem nämlich im September 2022 ein leichter Rückgang der Jahres-teuerung auf nun noch 3,3% zu verzeichnen war. Wir müssen aber damit rechnen, dass diese bis Ende Jahr nochmals zunimmt. Dies lässt sich relativ simpel damit erklären, dass in den Wintermonaten Oktober bis Dezember des Vorjahres praktisch keine Teuerung zu verzeichnen war. Im laufenden Jahr werden wir dort sicherlich mit einer anderen Situation konfrontiert, was wie bereits erwähnt auf die höheren Energiekosten zurückzuführen ist. Wir können dabei nicht voraussehen, wie es am Schluss aussieht, aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir Stand heute eine Jahresteuierung von 3,3% haben.



Der Gemeinderat setzte bei der Besoldungsreserve Mittel für einen Teuerungsausgleich von 2% ein. Daneben ist für die individuelle Anpassung der Löhne eine Reserve von 1% vorgesehen. Wenn man dies korrekt berechnet, kommt man auf Fr. 645'000.00, wozu Sie die entsprechenden Detailberechnungen in dieser Übersicht sehen können. Anders ausgedrückt sieht man hier, wie sich die Summe der Besoldungsreserve mit den Sozialversicherungskosten in die beiden Bereiche aufteilt. Rund Fr. 430'000.00 werden dabei für die generelle Lohnerhöhung eingesetzt und rund Fr. 215'000.00 für eine individuelle Anpassung der Löhne. Wenn Sie die Beilage 2 zur Hand nehmen, so sehen Sie, dass der Personaldienst etwas anderes berechnete. Wir verlangten dabei ja auch, dass die aktuelle Teuerung zu berücksichtigen ist. Wenn man nun den vollen Teuerungsausgleich gewähren würde, so müsste man dafür im Moment rund Fr. 955'000.00 vorsehen, sodass man diesen Posten um etwas über Fr. 300'000.00 zu erhöhen hätte. Sie finden diese Folie in meiner Präsentation allerdings nicht, was einfach damit zu begründen ist, dass der Gemeinderat an seinem ursprünglichen Betrag festhält und damit auf einen teilweisen, aber nicht auf einen vollen Teuerungsausgleich setzt. Und das ist eben auch Ausdruck des Sparwillens.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtlängenthal

Wie leitet sich der Budgetbetrag von Fr. 650'000.00 her?
Annahmen für Inflationsausgleich und individuelle Gehaltsanpassungen (Leistungslohnprinzip)

Stand: 30.8.2022

Annahmen:	generell		individuell		assoc. cedentisch		0,00	
	2,00	2,00	2,00	2,00	1,00	1,00	0,00	0,00
Bezeichnung	Lohnsumme Budget 2023		%		Mehrkosten			
Teil Besoldungen	374'500		2,00		7'450,00			
Besoldungen steuerfinanziert	16'949'900		3,00		508'227,00			
Aushilfen steuerfinanziert ohne Schulsport/Kadetten	348'100		2,00		6'962,00			
Reinigungspersonal steuerfinanziert	826'500		2,00		16'530,00			
ausserordentliche Gehaltserhöhungen					0,00			
Total Mehrkosten Gehälter					539'209,00			
Sozialversicherungen mit FK-Beiträgen			8,1		43'675,93			
Unfallversicherung			2		10'754,18			
FK-Beiträge in M. Risikoprämie			9,6		5'1764,06			
Total Besoldungsreserve o/ Fremdfinanzierte					645'433,17			



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Dass dies aber nicht selbstverständlich ist, möchte ich Ihnen an einem ganz kleinen Beispiel aufzeigen. Wir behandelten dieses Geschäft im Gemeinderat am 21. September 2022 und wenige Tage zuvor ging auch in der Stadt Bern die Budgetdebatte über die Bühne. Dabei präsentierte der Berner Gemeinderat ein Budget von 28 Mio. Franken, was eigentlich schon per se negativ ist, da Bern ja nicht dasselbe Eigenkapitalpolster hat wie wir. Nun kommt aber insofern das Interessante, indem dann der Stadtrat die Besoldungsreserve auf den vollen Teuerungsausgleich aufstockte, womit das Defizit auf 35 Mio. Franken ansteigt. Ich persönlich finde diesen Entscheid im Lichte der Defizitentwicklung schlicht unverantwortlich. Und ich mache mir keine Sorgen, dass dies heute Abend auch bei uns passiert, da sich dafür die politischen Verhältnisse in diesem Stadtrat zu deutlich gegenüber denjenigen der Stadt Bern unterscheiden. Und persönlich muss ich natürlich sagen, dass ich darüber auch froh bin. Dennoch setzt der Gemeinderat auf Verlässlichkeit und damit setzt der Gemeinderat auch auf eine massvolle Lohnrunde. Aber die aktuelle Teuerung, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, ist eine Realität. Deshalb sind nämlich auch die eingestellten 2% eine absolut vertretbare und verantwortbare Grösse. Und wir halten eigentlich nicht viel davon, wenn man heute Abend an dieser Besoldungsreserve herumschrauben will, da diese 2% im aktuellen Umfeld des Personalmarktes absolut gerechtfertigt sind.

Ich komme damit zum zweiten Antrag, den Sie hier eingebildet sehen. Es geht dabei um einen Antrag der FDP/JIL-Fraktion, wonach der Gemeinderat Möglichkeiten aufzeigen soll, wie die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Aufgaben- und Effizienzanalyse aktualisiert und systematischer in den Budgetprozess der Folgejahre integriert werden können. Dazu kann ich festhalten, dass der Gemeinderat zum Schluss kam, dass dieser Auftrag bereits erfüllt ist. Schon im Hinblick auf die 1. Lesung analysierte der Gemeinderat die politisch frei gewählten Aufgaben und Ausgaben anhand dieses AEA-Berichts und legte dem Stadtrat bekanntlich auch eine Liste mit möglichen Verzichtsplänen vor. Die Erkenntnisse, welche Aufgaben und Ausgaben politisch zu entscheiden sind, sind heute eigentlich bereits vorhanden.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtilangenthal

Vergleich mit der Stadt Bern:
(Auszug aus der Berner Zeitung vom 16. September 2022)

Stadtrat nimmt Teuerungsausgleich von drei Prozent in Budget auf

Finanzen Stadt Bern Das Budget für das nächste Jahr steht: Es sieht neu ein Defizit von rund 35,6 Millionen Franken vor.

Die Stadt Bern hat ein Budget beschlossen – und das ist Rekordhoch. Mit 34 bis zu 38 Milliarden, und einer Erhaltungsinvestition in den Voranschlag zu. Neu erhöht damit ein Defizit von rund 35,6 statt wie geplant 28 Millionen Franken.

Der Grund: Der Budget-Voranschlag enthält ein Mittel von 5,9 Millionen Franken, um den städtischen Angestellten einen Teuerungsausgleich von drei Prozent zu gewähren. In Berner Stadtrat stimmte dem höchsten Teuerungsausgleich mit 28 bis zu 31 Stimmen zu. Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen. Ende November die Volksabstimmung bereiten.

Assessment hat das tiefste Budget hat die Dienstleistung über. Stadtrat praktisch unbeschadet überstanden. Kürzungsanträge von FDP, Mitte und SVP blieben nach gestern Abend chancenlos. Blüsse seien wichtig.

So könnte die FDP etwa mit den Budgetern ab dem Tag der Stadtbereitschaft zu streichen und auf die Vergabe der Sozialleistungen zu verzichten. Beide Anträge hatten jeweils die Unterstützung von rund 10'000 Franken. Eine Abgabe erhalte der Rat aus dem kommenden SVJ das Sachverhalt ab-schließend. Lössungsverhältnisse zu streichen.

Der Stadtrat setzte gestern die vor zwei Wochen begonnene Debatte fort. Bei den Diskussionen von Stadtratler. Also, von Grünen (GR) und Sicherheitsdirektorin Petra Nüssli (Mitte) nahm er nur kosmetische Korrekturen vor. Bei der Schlüsselrolle von Franziska Truescher (SVP) sah die Rat gut aus.

Eine Aufstockung nahm der Stadtrat bei der Diskussion für Tierbau, Verkehr und Stadtplanung von Marlene Kröll (SVP) vor. Auf Antrag der SVP-Fraktion wurde das Budget für Energieerzeugung um 10'000 Franken erhöht. Blüsse seien wichtig für Stadtklima, insbesondere bei zunehmender Hitze und häufiger wendenden Extremwetter-Ereignissen. Klöwen von Begründung. Die eingetragte Mehrheit verhält

dem Antrag mit 43 zu 26 Stimmen zum Erfolg.

Streit um Teuerungsausgleich Der grosse Streitpunkt der Finanzdebatte betraf insbesondere den Teuerungsausgleich für städtische Angestellte. Basierend auf Propägen aus dem Frühling hatte der Gemeinderat dafür lediglich ein Prozent eingerechnet. Für die Ratslinie ein Fehler, der er nun korrigieren haben wollte.

Über andere Lösungen hat sich die Städtische Fraktion des Referendums gegen das neue Personalregulierungssystem für die FDP/JIL-Fraktion sagte Simone Bichler: «Es kann nicht sein, dass beim städtischen Personal

Kürzungsanträge von FDP, Mitte und SVP blieben auch gestern Abend chancenlos.

Teuerungsausgleich. Das Argument: FDP-Chefpräsidentin Lena Altmannsch nicht gehen. In einer Zeit der explodierenden Preise sei der Ausgleich der Teuerungsbelastung ein klares, offenes Angebot. Er wird um den Lohn erhöht für die Menschen, welche diese Stadt mit ihrer Arbeit am Leben halten. – Für die Stadt als Arbeitgeberin sei der Teuerungsausgleich das Minimum, so Altmannsch.

Fraktionsleiterin Michaela Behring (SVP) schätzte den SP-Stadtrat bei: «Wir wollen die Leistung unserer Angestellten erhalten, sagte er. Das Bundesrecht sei die Basis. Auch Kantone und sprach dafür knapp 18 Millionen Franken zusätzlich. (sda/pt)

17

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 stadtilangenthal

Antrag der FDP/JIL-Fraktion:

Der Gemeinderat zeigt im Hinblick auf die zweite Lesung Möglichkeiten auf, wie die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Aufgaben- und Effizienzanalyse («AEA») einerseits aktualisiert und andererseits systematischer in den Budgetprozess der Folgejahre eingebracht werden können.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja (angenommen), 17 Nein, 2 Enthaltungen

18



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Dennoch möchte ich ganz klar betonen, dass der Gemeinderat diesen Ball aufnimmt und diese Erkenntnisse zukünftig institutionalisieren wird. In Anschluss zu diesem Beschluss trat der Gemeinderat nämlich bereits in der Sitzung vom 31. August 2022 auf dieses Begehren ein, indem er den Auftrag erteilte, die Erkenntnisse der AEA in die Budgetweisung für nächstes Jahr zu integrieren.

So kommen wir nun noch zum letzten Antrag, der doch mit einer deutlichen Mehrheit von 34 Ja-Stimmen angenommen wurde. Er fordert, dass die geplanten Massnahmen zur Stabilisierung der künftigen Jahresrechnungen in der Botschaft klar und prominent dargestellt werden. Wir setzten dies bereits um und nahmen die Punkte auf Seite 6 der Botschaft unter der Rubrik «Das Wichtigste in Kürze» entsprechend auf.

Nun kommen wir zum zweiten Block mit den eingereichten Vorstössen, die eben im Kontext zum Budget 2023 und dem Finanzplan 2023-2027 stehen. Wie gesagt geht es dabei um drei Vorstösse, deren Beschreibung der Gemeinderat für die 1. Lesung beantragte, wozu wir aber heute ein Stück weit eine andere Haltung einnehmen.

Diese hier am 20. September 2021 eingereichte Motion mit dem Titel «Varianten für das Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte» ist gemäss unserer Auffassung erfüllt.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022

stadtlängenthal

Der Gemeinderat beschloss an seiner Sitzung vom 31. August 2022:

*"Das Finanzamt wird beauftragt, die Ergebnisse der **Aufgabenüberprüfung und Ertragspotentialanalyse*** (AEA) bei der Erarbeitung der Weisungen für das Budget der Erfolgsrechnung 2024 in geeigneter Weise zu integrieren."*

→ Mit der Integration in die Budgetweisungen ist somit ab dem Jahr 2024 sichergestellt, dass die mit der AEA gewonnen Erkenntnisse aktualisiert und weiterentwickelt werden.

*Redaktionelle Korrektur der Bezeichnung des damaligen Projekts

19

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022

stadtlängenthal

Antrag der FDP/JII-Fraktion:

Der Gemeinderat überarbeitet den **Entwurf der Botschaft** so, dass darin die Massnahmen, die zwecks Stabilisierung der künftigen Jahresrechnungen angedacht sind, klar und prominent dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja (angenommen), 2 Nein, 4 Enthaltungen

Umsetzung:

Die beantragten Konkretisierungen wurden in den Botschaftsentwurf integriert (siehe S. 6 des Botschaftsentwurfs): [...] *So wurde beispielsweise das Instrument der Finanzplanung ausgebaut und verfeinert, und es kommen zunehmend operative Planungsmittel zum Einsatz, welche beispielsweise mit einer obligatorischen Begründungspflicht bei geplanten Mehrausgaben verbunden sind.* [...]

20

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023 – 2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (I)

stadtlängenthal

Dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021: **"Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte"**

- Dem Stadtrat wird eine Hauptvariante des Budget 2023 mit der Steueranlage von 1.44 Einheiten beantragt.
- Zusätzliche Varianten möglich durch:
 - Anpassung Steueranlage auf 1.38 Einheiten (Beilage 2b des B&A FA v. 10.6.22)
 - Zusätzliche Ergebnisadjustierungen anhand Liste möglicher Verzichtsmassnahmen (Beilage 5 des B&A FA v. 10.6.22) für gezielten Verzicht
 - Weitere Ergebnisadjustierungen anhand Anpassung weiterer, einzelner Budgetpositionen

22



Wir legten Ihnen eine Hauptvariante vor und zeigten Ihnen auch das Potential einer Eventualvariante mit Verzichtsplanning auf. Dabei legten wir dar, wie sich der Steuerhaushalt ohne Anpassung der Steueranlage entwickeln würde, was eigentlich im Rahmen der 1. Lesung bereits entsprechend passierte. Insofern sind wir hier klar der Auffassung, dass diese Motion erfüllt ist, sodass wir Ihnen hier beantragen, diese Motion heute als erledigt vom Protokoll abzuschreiben.

Dann haben wir die zweite Motion mit dem Titel «Ausgabenreduktion beim Aufwand für externe Experten in den Jahren 2023–2026». Die Forderung dieser Motion war und ist ja, dass im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2026 die Ausgaben für externe Experten um 25% im Vergleich zu den Jahren 2019–2021 zu senken sind. Dazu kann ich sagen, dass diese Motion Stand heute ebenso erfüllt ist, da die Kürzungen, die der Gemeinderat und die Finanzkommission im Rahmen des Budgetprozesses vornahmen, insbesondere die externen Experten betrafen. Wie bereits aus den Akten der 1. Lesung hervorgeht, wurden dabei die Kosten um Fr. 218'000.00 reduziert und die entsprechende Position steht noch mit Fr. 358'000.00 im Budget. Im Vergleich zu 2021 mit Fr. 606'000.00 liegt hier eine Reduktion von 40% vor und somit weit über den geforderten 25%.

Wenn wir nun diese tieferen Werte im Finanzplan integrieren, so ist diese Motion in dem Sinn erfüllt, als dass eben sichergestellt ist, dass es zu keinem unbegründeten Mehraufwand kommen kann, der politisch nicht gewollt ist. Aus diesen Überlegungen heraus beantragt der Gemeinderat eben auch die Abschreibung dieser Motion. Natürlich vernahmen wir aber die Signale aus dem Stadtrat, die darauf hinzielen, dass diese Motion noch nicht abgeschlossen werden soll, was man durchaus so sehen kann. Deshalb nahmen wir unseren Antrag auch entsprechend zurück. Das, was ich nun sagte, hat somit einfach die Funktion einer Zwischenberichterstattung.

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023–2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (I)

stadtlängenthal

Fazit:

Mit dem Entscheid des Gemeinderats, eine ausgearbeitete Budgetvariante "1.44" vorzulegen, die um die weitere Potentialvariante "1.38" in Verbindung mit der Liste für eine mögliche Verzichtsplanning ergänzt wird, hat der Stadtrat eine Vielzahl an Budgetvarianten zur Auswahl.

Die Motion kann damit als erfüllt angesehen und vom Stadtrat von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben werden.

23

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023–2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (II)

stadtlängenthal

Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dymari (glp), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022:

"Ausgabenreduktion beim Aufwand für 'externe Experten' in den Jahren 2023–2026"

- Kürzung (Verzichtsplanning) auf den Sachkonten xxxx.3130.50, xxxx.3130.51, xxxx.3132.55, xxxx.3132.56 im Rahmen des Budgetprozesses (Beilage 2a des B&A des FA v. 10.6.22)
- Reduktion um gesamthaft Fr. 218'000.00 im Vergleich zur 1. Eingabe der Ämter
- Fortschreibung der Kürzungen in den Finanzplanjahren 2024–2027; Mehraufwand nur möglich über zu genehmigende Factsheets, ansonsten Deckelung garantiert.
- Aufwand im Budget 2023: Fr. 358'000.00.
- Aufwand im Jahr 2021: rd. Fr. 606'560.00 → Reduktion im Budget um rd. 41 %.

24

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023–2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (II)

stadtlängenthal

Fazit:

Die von den Motionären gewünschte bzw. vorgesehene Reduktion der Aufwandpositionen bei den externen Dienstleistungen wird im Budget 2023 erfüllt.

In den Planjahren und damit für den gesamten Betrachtungszeitraum der Motion ist infolge der Fortschreibung der Budgetwerte theoretisch sichergestellt, dass kein unbegründeter Mehraufwand entstehen kann.

Die von der Motion mit Richtliniencharakter verlangte Prüfung ist damit teilweise erfolgt. Für die abschliessende Prüfung sind jedoch noch weitere Aspekte zu klären. Vom Stadtrat kann die Motion daher noch nicht von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben werden.

25



Dann gibt es noch eine letzte Motion mit dem Titel «Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren». Diese Motion hat die Forderung, den beeinflussbare Aufwand im Finanzplan im Rahmen der Inflationsentwicklung zu plafonieren.

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023 – 2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (III) stadtlangenthal

Dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häffiger Dyma (glp), Clavadetscher Diego (FDP), Rentsch André (jil), Lerch Martin (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2022: **"Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren"**

- Mit dem vorliegenden Budget 2023 und Finanzplan 2023 – 2027 wird sichergestellt, dass das Aufwandwachstum zukünftig kontrolliert erfolgt.
- Entwicklung des steuerbaren Aufwands im Finanzplan 2023 – 2027: Im Rahmen der Inflationsentwicklung.
- Implementierte Steuerungsinstrumente:
 - Maximal zulässige Defizitobergrenzen in allen Jahren (GR-Beschluss) sorgen für Einschränkung in der Aufwandsentwicklung.
 - Factsheets = Voraussetzung für allfällige Genehmigung von Mehraufwand
- ABER: Mehraufwand infolge politischer Beschlüsse ist nicht vorhersehbar.

26

Auch hier unternahm der Gemeinderat die notwendigen Massnahmen, die diese Forderung sicherstellen. Einerseits wurde eine Defizitobergrenze definiert, die für eine Einschränkung der Aufwandsentwicklung sorgt. Gerade der heutige Abend ist das beste Beispiel, dass dies für das Jahr 2023 bereits funktioniert. Wie wir dies darlegten, entstand daraus die Notwendigkeit, nebst den hier berücksichtigten Einsparungen eben auch eine leichte Anpassung der Steueranlage vorzusehen. Durch verschiedene verwaltungsinterne Instrumente – wir reden hier von den sogenannten «Factsheets» – müssen allfällige Mehraufwendungen vor ihrer Genehmigung begründet werden. So ist eigentlich sichergestellt, dass es zu keinen politisch nicht gewollten Ausgabensteigerungen kommt. Das sind unsere Überlegungen, die wir dazu anstellten, sodass wir insofern auch der Meinung sind, dass diese Motion abgeschrieben werden könnte. Aber auch hier nahmen wir natürlich die Bedenken aus dem Stadtrat durchaus auf und halten an unserem Antrag zur Abschreibung der Motion nicht fest. Im Sinne einer politischen Steuerung kann man mit dieser Motion durchaus auch weiterarbeiten, indem sie aufrecht erhalten bleibt.

Das Budget 2023 und der Finanzplan 2023 – 2027 im Kontext der parlamentarischen Vorstösse (III) stadtlangenthal

Fazit:

Mehraufwendungen in den Jahren 2023 – 2028 werden nur möglich sein, wenn anhand von Factsheets eine Begründung vorliegt. Der Stadtrat kann im Rahmen der Budgetberatung steuernd bzw. korrigierend eingreifen.

Der Budget- und Finanzplanprozess ist fest definiert und es sind keine willkürlichen Aufwandsteigerungen möglich.

Es ist daher möglich, die Vorgabe aus der Motion bis in das Jahr 2028 zu erfüllen.

Die Motion ist in der Sache erfüllt. Als Instrument der politischen Steuerung wird der Prüfauftrag jedoch aufrechterhalten und es wird beim Stadtrat keine Abschreibung von der Geschäftskontrolle des Stadtrats beantragt.

27

Wir sollten nun einfach nicht das Wesentlichste aus den Augen verlieren, geht es dabei um diesen Antrag, den wir Ihnen heute Abend unterbreiten. Dieser liegt aus den nun genannten Gründen gegenüber der 1. Lesung unverändert vor. Wir beantragen Ihnen, das vorliegende Budget mit einem Defizit von 5,138 Mio. Franken im Gesamthaushalt und einem Defizit von 4,386 Mio. Franken im Steuerhaushalt zu genehmigen. Ebenso beantragen wir die veränderte Steueranlage von 1,44 und die unveränderte Liegenschaftssteuer von 1 ‰ zu bestätigen. Besten Dank.

Antrag Budget 2023 stadtlangenthal

Antrag an die Stimmberechtigten

■ Aufwendungen Gesamthaushalt	Fr. 109.341 Mio.
■ Erträge Gesamthaushalt	Fr. 104.203 Mio.
■ Defizit Gesamthaushalt	Fr. 5.138 Mio.
■ Defizit Steuerhaushalt	Fr. 4.386 Mio.
■ Steueranlage (verändert)	1,44
■ Liegenschaftssteuer (unverändert)	1,0 ‰

29

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci bestens. Zuhanden des Protokolls stelle ich fest, dass mittlerweile auch noch Janosch Fankhauser und Saima Sägeser zu uns stiessen und somit 39 Mitglieder des Stadtrates anwesend sind und das absolute Mehr bei 20 Stimmen liegt. So folgt nun unter Punkt «A – Berichterstattung» auch die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission, die durch Corinna Grossenbacher erfolgt, und ich übergebe ihr gerne das Wort.



GPK-Sprecherin Corinna Grossenbacher (SVP): Die GPK liess sich anlässlich ihrer Sitzung vom 17. Oktober 2022 von Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortverantwortlicher Finanzen, zuerst über die Stellungnahme des Gemeinderates zum vorliegenden Budget und insbesondere zu den am 29. August 2022 angenommenen Anträgen informieren. Im Anschluss daran wurde mit dem Ressortvorsteher intensiv diskutiert. Gerne möchten wir einige dieser Themen aufzählen, aber nicht abschliessend und auch nicht detailliert darauf eingehen: Die Behandlung von einschlägigen Vorstössen, hier insbesondere der Bezug auf die Abschreibung beziehungsweise auf den Rückzug des Abschreibungsantrags durch den Gemeinderat zu zwei finanzpolitischen Motionen, der Stellenwert der früheren Ausgaben- und Effizienzanalyse und wie die Erkenntnisse daraus in den Budgetprozess der Folgejahre eingebracht werden können, die Besoldungsreserve und deren vorgesehene Verwendung und auch die Simulationsrechnung, das Stadttheater hier unter anderem insbesondere zur Frage, ob eine Kürzung und ab welcher Höhe der Leistungsvertrag durch den Stadtrat gefährdet wäre, wieso auf die Durchführung eines zweiten Budgetnachmittags sowie auf lineare Kürzungen seitens des Gemeinderats angesichts der Vorstösse beziehungsweise der Anträge verzichtet wurde. Daneben wurden auch noch ein paar Einzelpositionen des Budgets diskutiert. Nach der Fragerunde mit dem Ressortvorsteher Finanzen wurde die formelle Richtigkeit der Vorlage einstimmig festgestellt und ich damit beauftragt, Sie hier im Stadtrat kurz über die geführte Diskussion zu informieren. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. So sind wir nun mit dem Punkt A fertig und wir kommen zu Punkt «B – Allgemeine Beratung».

B Allgemeine Beratung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sie sehen, dass dabei zuerst die Fraktionen zu Wort kommen und anschliessend die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher an der Reihe sind. Wen Sie Anträge zum Budget haben, so bitte ich Sie, diese in der Detailberatung zu konkretisieren. Wem darf ich nun seitens der Fraktionen zuerst das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Das Budget 2023 ist ein schwieriges Geschäft. Nachdem der Gemeinderat verdienstvollerweise bereits vor Jahresfrist ankündigte, dass dieses Geschäft mit einer Steuererhöhung verbunden sein wird, versuchte der Stadtrat mit dem Gemeinderat in einen Dialog zu kommen. Man machte dies mit dieser Motion, die Budgetvarianten einforderte. Dabei sah man, was dabei herauskam, indem es der Gemeinderat nicht so umsetzte, wie wir uns das vorstellten, was aber tempi passati sind. In der letzten Stadtratssitzung stellten wir vier, fünf Anträge, die dann vom Gemeinderat behandelt wurden, wie es auch Gemeinderat Roberto Di Nino darlegte. Wir sind dabei inhaltlich in Bezug auf diese beiden Positionen, bei denen es um Details geht, anderer Meinung und werden dazu heute Abend auch Anträge stellen. Diese Anträge können dabei möglicherweise holzschnittartig daherkommen. Warum kommen sie holzschnittartig daher? Dies ist deshalb so, weil eben der Dialog und das dafür notwendige Hintergrundwissen auf Stufe Stadtrat in unserer politischen Prozessführung bezüglich dieses Geschäfts eigentlich nicht vermittelt wird. Ich erwähnte bereits, dass wir an den beiden Anträgen festhalten werden, die bei der letzten Diskussion hier im Saal mehrheitlich verabschiedet wurden. Wir werden auch bezüglich der Liste von Anpassungsmöglichkeiten, die der Gemeinderat präsentierte, entsprechende Anträge einbringen. Daneben ist der weitere Antrag zur AEA¹ unseres Erachtens ungenügend erfüllt. Wir verlangten dabei ja darzulegen, wie die Erkenntnisse dieser AEA umgesetzt werden, und der Gemeinderat berichtet nun nur dazu, dass er das Finanzamt damit beauftragte, dies in geeigneter Art und Weise zu integrieren. Dies entspricht aus unserer Sicht keiner Antwort auf unsere Frage nach dem «Wie?». Für uns ist entscheidend, dass diese Zusage auch gegenüber den Stimmberechtigten kommuniziert wird. Dies führt dazu, dass wir diesen, wie auch weitere Punkte gerne in der Botschaft verarbeitet haben möchten. Damit sind wir beim letzten Antrag, auf den sich Roberto Di Nino bezog. Hier sind wir der Meinung, dass falls der Stadtrat diesem Budget zustimmt, dieses Budget noch nicht «gegessen» ist, muss es doch auch noch der Bevölkerung vorgelegt werden. Und für eine erfolgreiche Volksabstimmung

¹ AEA = Aufwand- und Ertragspotenzialanalyse.



sollten wir klarmachen, was seitens der politischen Behörden an Massnahmen zur Stabilisierung der Finanzlage ergriffen wurde. Gemäss unserer Meinung erfolgte dies in der Abstimmungsbotschaft bislang noch in ungenügender Form, und es ist deshalb klarer darzulegen, was namentlich der Gemeinderat verdienstvollerweise unternahm, damit wir unsere Finanzlage stabilisieren können und wir dies auch entsprechend nach aussen transportieren müssen. Dementsprechend werden wir auch dazu Anträge stellen. Danke.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Ich beginne sogleich mit der Zusammenfassung meines Votums. Wir geben in Langenthal nicht zu viel Geld aus, sondern wir nehmen ganz klar zu wenig Geld ein. Das ist der Punkt, um den es hier geht. Auch die SP/GL-Fraktion setzte sich noch einmal intensiv mit diesen Finanzen auseinander und wir sind weiterhin der Meinung, dass dieses bereits massiv zusammengesparte Budget mit einem Steuerfuss von 1,44 wie vorliegend ohne Änderung angenommen werden kann. Wir lehnen vor allem alle substanziellen weiteren Sparübungen beim Stadttheater oder auch bei der Besoldungsreserve entschieden ab. Es ist nichts anderes als «Pfläscherli-Politik», wenn wir hier noch einmal den Sparhebel ansetzen wollen. Warum? Wir geben in Langenthal nicht zu viel Geld aus, wir nehmen ganz klar zu wenig Geld ein. Schauen wir uns einmal an, wie wir zu diesem Zustand kamen. 2006 betrug unser Steuerfuss noch 1,62, was ziemlich genau demjenigen Wert entspricht, den es braucht, um ein ausgeglichenes Budget zu bekommen. Dies ist ein Steuersatz, der bei den meisten vergleichbaren Gemeinden im Kanton Bern im Rahmen des gänzlich Normalen liegt. Wir senkten dann unseren Steuersatz bis ins Jahr 2011 sukzessive auf 1,38, im genauen Wissen, dass wir damit in einen Bereich gelangen, womit wir explizit unsere Onyx-Millionen abbauen. Es ist klar und war immer klar, dass wir mit 1,38 langfristig die Aufgaben, die diese Stadt zu erfüllen hat, nicht mehr bewältigen können.

Seither können wir anlässlich der Budgetdebatte alljährlich jammern, was natürlich sehr geschickt eingefädelt wurde. Dabei wird gejammert, dass zu viel ausgegeben wird, wir jammern, dass man unbedingt sparen sollte und es ganz schlimm ist, wenn wir nun wieder mit 4 oder 5 Mio. Franken über unsere Verhältnisse leben. Zu was führt dies? Wir stellen immer wieder Investitionen zurück, vor allem auch präventive Investitionen, wie ich es einmal nennen möchte, wie beispielsweise Investitionen in Gebäudesanierungen, im Bildungsbereich wie zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit oder bei der externen Kinderbetreuung. Das holt uns alles irgendeinmal ein. Und zudem gibt dies einfach ein wahnsinnig schlechtes Bild unserer Stadt ab, wenn wir alle Jahre immer wieder das Gejammer über unsere Defizite anstimmen. Das führt zu keinem guten Bild, ist es doch ganz einfach, dass wir in Langenthal nicht zu viel Geld ausgeben, sondern ganz klar zu wenig Geld einnehmen. Wie komme ich zu dieser Aussage? Schauen wir einmal, was wir in Langenthal pro Einwohner an direkten Einkommenssteuern ausweisen. Wenn wir die Erträge aus der Einkommenssteuer aller natürlicher Personen zusammennehmen und diese durch die Anzahl Personen in Langenthal teilen, so kommen wir auf einen Wert von Fr. 1'450.00, was uns pro Person wieder zur Verfügung steht, um unsere laufenden Aufwendungen, aber auch unsere Investitionen zu finanzieren. Mir ist bewusst, dass hier auch noch andere Einnahmen dazugerechnet werden müssen, aber ich denke, dass es ein relativ guter Massstab darstellt, um dies auch mit anderen Orten zu vergleichen. Bei uns liegt dieser Wert somit also bei Fr. 1'450.00. In anderen Gemeinden des Kantons Bern, zum Beispiel in Biel, liegt der Wert bei Fr. 1'670.00. Dabei ist die Stadt Biel eine sehr schwache Gemeinde mit relativ viel Leuten, die sehr wenig Steuern zahlen. In Lyss liegt der Wert bei Fr. 1'880.00, in Burgdorf bei Fr. 1'750.00, in Langnau bei Fr. 1'800.00, in Muri bei Bern bei Fr. 2'200.00 und in der Stadt Bern bei Fr. 2'300.00. Erstaunlich ist beispielsweise Muri, die einen sehr tiefen Steuersatz von 1,14 haben, aber dennoch pro Einwohner einen Wert von Fr. 2'200.00 an direkten Steuern zur Verfügung haben, die sie investieren können. Dabei könnten sie den Steuersatz noch weiter reduzieren, wenn sie in einen ähnlichen Bereich wie wir kommen möchten, aber sie machen es nicht, weil sie genau merkten, dass es wichtig ist, auch weiterhin in die Gemeinde investieren zu können, ohne sie verlottern oder ins Hintertreffen geraten zu lassen.

Warum haben wir nun in Langenthal so wenig Geld zur Verfügung? Dies könnte auf zwei Dinge zurückgeführt werden. Wir könnten weniger einkommensstarke Leute haben, die in Langenthal wohnen, was



zu einem gewissen Grad auch zutrifft. Aber wenn die Steueranlage auch nur bei 1,38 liegt, führte dies nicht zum Zuzug von wahnsinnig viel reichen Leuten. Wenn die Steuereinnahmen auf 1,0 normalisiert werden, liegen wir damit schlussendlich auch relativ weit hinten. Es ist ganz klar, dass unser Steuersatz von 1,38 dazu führt, dass wir zu wenig Geld einnehmen. Jetzt sagen Sie sich ja sicher auch, dass wir dies mit den Gemeinden in den angrenzenden Kantonen vergleichen müssen. Wenn dies einmal so machen, so verfügt beispielsweise Zofingen, das immer wieder genannt wird, über Einnahmen aus direkten Steuern von Fr. 2'400.00 pro Einwohner; das heisst, dass sie gut Fr. 1'000.00 mehr zur Verfügung haben, die sie in ihre Stadt investieren können. Olten hat Fr. 2'700.00 an Steuereinnahmen pro Person. Wie ich hörte, machten sie letztes Jahr einen Gewinn von 10 Mio. Franken und senkten auch in dem Fall ihre Steuern nicht. Diese Städte begriffen, dass es wichtig ist, Mittel für Investitionen zur Verfügung zu haben, damit die Stadt attraktiv bleibt. Und was machen wir die ganze Zeit? Leider wird von bürgerlicher Seite – ich kann es nicht anders sagen – mit allen Mitteln versucht, die dieser Stadt langfristig zur Verfügung gestellten Mittel einfach klein zu halten. Das ist fatal. Das wird uns im Standortwettbewerb ins Abseits bringen, führt immer wieder zu einer schlechten Stimmung, auch auf der Verwaltung, die jedes Jahr immer wieder in der hintersten Ecke nach Geld suchen muss, damit das Defizit einigermassen im Rahmen gehalten werden kann.

Ich sage Ihnen, dass wir uns mit unseren Steuern, die wir hier in Langenthal zahlen, unser aller Wohnzimmer einrichten, unsere Stadt einrichten und wir uns schlussendlich eine schöne Stadt einrichten sollten. Und das sollte uns etwas wert sein, sodass ich Ihnen einfach nochmals sage, dass wir in Langenthal nicht zu viel Geld ausgeben, sondern ganz klar zu wenig einnehmen. Die SP/GL-Fraktion wird deshalb dem Gemeinderat in allen Punkten zu diesem Budget folgen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Somit gibt es noch zwei weitere Fraktionen, die sich noch nicht äusserten. Wem darf ich das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ja, lieber Roland Loser, Du hättest es noch weitere gefühlte 100-mal sagen können, dass wir nicht zu viel ausgeben, sondern zu wenig einnehmen, aber es stimmt einfach nicht. Und ich weiss auch nicht genau, von welcher Gemeinde dabei die Rede war. Es muss sich dabei wohl um eine Kleinstgemeinde ohne jeglichen Service public gehandelt haben, denn Langenthal kann es nicht gewesen sein. Vergegenwärtigen wir uns einmal, was wir in den letzten Jahren alles an Ausgaben und Investitionen tätigen, namentlich auch im Sozial- und Kulturbereich. Lieber Roland Loser, wir beschlossen sehr wohl Unterstützungsmassnahmen für schwache Schülerinnen und Schüler; ob man es nun Schulsozialarbeit nennt, wie Ihr das macht, oder nicht, und das ist eine Frage, über die wir uns nicht heute unterhalten müssen. Aber man führte es ein, Stichwort «schokito»¹. Zur Fremdbetreuung beschlossen wir hier eine Vorlage mit erheblichen finanziellen Konsequenzen für den Ausbau eines Fremdbetreuungsangebot und damit die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn es mir recht ist, Irrtum vorbehalten, brauchte es dazu sogar eine obligatorische Volksabstimmung, weil auch die finanziellen Auswirkungen derart gross sind. Zu den Investitionen ist zu sagen, dass wir in Schulhäuser investierten, Sanierungen nachholten, die man in Zeiten von Notbudgets nicht machte; begonnen mit der Schulsanierung im Kreuzfeld, was zweistellige Millionenbeträge ausmachte mit einem Konsens von links bis rechts für dessen Umsetzung. Beim ESP Bahnhof war man sich einig, dass Langenthal für eine erheblich zweistellige Millionensumme den Bahnhof als Visitenkarte der Gemeinde ausbaut, ebenso mit einem Konsens von Links bis Rechts. Und, und, und. Langenthal investierte viel und investierte sogar sehr viel. Und dabei gebe ich Dir recht, dass es ein Stück weit ein bewusster politischer Entscheid war, dass es nach Vorliegen der Onyx-Millionen an der Zeit war, Investitionen nachzuholen, die man in Zeiten der Notbudgets nicht machen konnte. Das war politisch gewollt und hat durch den Abschreibungsaufwand auch Folgen für die laufende Rechnung, was ebenso gewollt ist.

Aber dann wurde man übermütig und man begann, das Agglomerationsprogramm der dritten Generation durchzuwinken, das für Städte wie Bern oder sogar Zürich designt war und irgendwo völlig unpassend

¹ schokito = Schulsozialarbeits-Modell der beiden Kooperationspartner Schoio AG und ToKJO.



ist für Kleinstädte wie Langenthal. Ich glaube, dass es nicht ganz zufällig ist, dass sich die Kritik immer stärker äussert und man nicht zufrieden ist, was man hier an Verkehrsromantik produziert. Irgendwann wurde man übermütig und man bedachte nicht mehr, dass sich dieser Zustand vom «Leben auf grossem Fuss» und von «grossartigem Investieren» nicht ewig durchführen lässt. Und Nein Roland Loser, es ist nicht so, dass man die Steuersenkung als Massnahme auf Zeit ansah. Es war im Gegenteil so, dass man bei Vorliegen der Onyx-Millionen das Ziel hatte, Investitionen nachzuholen, die man vorher nicht machen konnte. Aber es war auch der bewusst politische Entscheid einer Mehrheit, den Ihr nicht mittrugt, dass man dem Bürger und der Bürgerin etwas zurückgeben wollte. Und es war ein richtiger Entscheid. Man kann aber die Steuersituation von Langenthal nicht nur im Vergleich mit bernischen Gemeinden machen, sondern muss sie auch mit ausserkantonalen Gemeinden vergleichen. Es bringt jetzt auch nichts, wenn da einige wenige Gemeinden herausgepickt werden, die vielleicht per Zufall mehr Einnahmen zur Verfügung haben. Die Steuersituation im Gesamten ist so, dass der Kanton Bern über eine schlechte Steuersituation verfügt.

Es ist zuzugeben, dass Langenthal noch viel deutlicher die Steuern senken könnte und auch dann noch nicht mit ausserkantonalen Gemeinden konkurrenzfähig wäre. Das ist völlig richtig. Aber wir müssen als Gemeinde Langenthal schauen, dass wir nicht so weit ins Hintertreffen geraten, dass am Schluss diejenigen Vorteile, über die wir verfügen, gar nicht mehr ausgespielt werden können, weil die Steuerbelastung einfach dermassen hoch ist. Darum ist es wichtig und richtig, dass Gemeinden in grenznahen Gebieten mehr darauf bedacht sind, eine attraktive Steuerbelastung anzubieten. Und dann bereitet es mir halt schon ein wenig Sorgen, wenn ich sehe, wie leicht man sich hier für eine Steuererhöhung ausspricht. Diese Haltung vertritt man dann wahrscheinlich auch, wenn diese 1,44 effektiv Realität sind. Und diese Haltung hat man wohl auch dann, wenn nach wie vor ein Defizit vorliegt und man somit die Steuern ein weiteres Mal erhöhen könnte. Warum nicht gerade auf 1,6, warum nicht auf 1,7 oder warum nicht gerade auf 1,8 erhöhen? Und spätestens dann geht es nicht mehr um dieses phänomenale Nachessen, das man hier in der ersten Budgetlesung kolportierte, sondern dann geht es bezüglich der Standortattraktivität ans Eingemachte. Und all diese wichtigen kulturellen und sozialen Angebote, Kolleginnen und Kollegen, müssen von irgendwo finanziert werden. Wir erweisen der Stadt Langenthal keinen guten Dienst, wenn wir immer nur auf der Ausgabenseite schauen, was noch mehr für den Service public getan werden kann, und dabei vergessen, dass es eben auch gute Steuerzahler braucht, die diese Wünsche letztlich finanzieren.

Für die SVP Langenthal ist es ein schwieriger Moment, was ich hier offen zugebe. Es gibt schwierige Finanzplanprognosen und es liegt ein hohes Defizit vor. Man hat Prognosen, die sich verdüsterten, was sich aber nicht kurzfristig bei Ausgaben korrigieren lässt, die über mehrere Jahre gebunden sind. Aber den vorschnellen Griff zur Steuererhöhung lehnen wir ab. Und deshalb waren wir auch bedacht darauf zu schauen, ob nicht noch mehr gekürzt werden kann. Es werden verschiedene Anträge kommen, bei denen wir in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen der Meinung sind, dass noch weiteres Kürzungspotential besteht. Wir machen uns aber keine Illusionen zu glauben, dass man damit die roten Zahlen wegbringt. So ist es sicher nicht. Man kann vielleicht noch ein bisschen etwas justieren, aber es wird bei einem Defizit bleiben.

Wichtig ist deshalb, mittel- bis langfristig eine Kurskorrektur vorzunehmen. Das kann nicht heute Abend gemacht werden, aber wir können heute Abend damit beginnen. Mehrere Fraktionen, die glp/EVP-Fraktion, die FDP/JLL-Fraktion und die SVP-Fraktion, reichten deshalb Vorstösse ein, die auf Stufe Gemeinde die Einführung einer Schuldenbremse verlangen und gleichzeitig auch eine Bremse gegen weitere Steuererhöhungen fordern, sodass diese Kurskorrektur, die es einfach gemäss den Prognosen zum Finanzplan braucht, primär ausgabenseitig anzuschauen ist. Steuererhöhungen sollen nicht schlichtweg grundlegend ausgeschlossen werden, aber der vorschnelle Griff zur Steuererhöhung, wenn man einmal nicht sofort weiterkommt, darf nicht zur Regel werden. Nochmals erwähne ich, dass diese Kurskorrektur nicht im Rahmen einer Budgetdiskussion machbar ist, aber heute kann dafür der Anfang sein. Und es kann eine Chance sein, dass der Stimmbürger, wenn er am Schluss das Budget vor Augen hat – dann



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

möglicherweise auch mit einer Steueranlage von 1,44 – sich dabei vergegenwärtigen kann, dass die Politik in Langenthal nicht einfach so mit einem Leben auf grossem Fuss weiterfährt. Man ist bereit, eine Kurskorrektur vorzunehmen, sodass auch Steuererhöhungen nicht zum Normalfall in Langenthal werden, sondern ein einmaliges Ereignis bleiben. Heute kann der Anfang sein für eine Kurskorrektur, und ich hoffe, dass wir diese Chance nutzen können. Danke für das Zuhören.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So verbleibt nun noch Mike Sigrist für die glp/EVP-Fraktion.

GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Unsere grundsätzliche Haltung veränderte sich seit der 1. Lesung nicht mehr und wir sehen die moderate Steuererhöhung immer noch als sinnvoll an. Aus unserer Sicht wurden sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite Schritte unternommen, um die Ziele des Finanzplans zu erreichen. Ob wir jetzt wirklich einfach zu wenig einnehmen, kann man auch anders sehen, und damit sind wir nicht unbedingt einverstanden. Aber wir sehen, dass auf beiden Seiten gearbeitet wurde. Und wir sehen auch, dass Langenthal eine hohe Lebensqualität aufweist und – auch wenn nun nicht jeder alles bekommt, was er sich wünscht – es doch ein breites, gutes und hochstehendes Angebot in unserer Stadt gibt, das eben auch kostet. Wir denken, dass die Steuererhöhung eine Massnahme ist, um die Einnahmen einfach auch an die Realität, was dem Bürger alles geboten wird, anzupassen. Für uns ist es auch ein Mittel, um unsere Finanzen mittel- und längerfristig im Griff zu haben und dabei auch handlungsfähig zu bleiben. Was wir auch nicht wollen, ist, dass wir uns irgendwann mit anderen Gemeinden und Städten, die jetzt vielleicht noch nicht genannt wurden, zu vergleichen haben, die die Steuern deutlicher erhöhten, und wir nicht über einen solchen Schritt reden müssen, sondern über einen viel Grösseren. Und dies wollen wir uns ersparen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So hörten wir nun alle Fraktionen und wir kommen nun zu den einzelnen Mitgliedern des Stadtrats als Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher. Darf ich dazu jemandem im Rahmen der allgemeinen Beratung das Wort erteilen?

Pascal Dietrich (parteilos): Wir hörten heute Abend bereits eine interessante Debatte, was ich gut finde und spannend ist. Wen ich heute Abend noch nicht hörte, ist Paul Bayard. Und ich half nun bereits seit vielen Jahren so manches Budget in diesem Stadtrat mitberaten, und eigentlich jedes Mal ging Paul für die SP/GL-Fraktion ans Mikrofon und verwies dabei darauf, dass die Steuern zu tief sind und deshalb erhöht werden müssen. Nicht wahr, Paul, das war schon bald einmal die Routine, die heute Abend noch nicht eintraf, doch dafür redete natürlich Roland Loser. Aber wenn wir nun zurückblicken, muss ich doch auch ein bisschen selbstkritisch sagen, dass wir vielleicht tatsächlich bereits 2018 einen solchen Schritt zur Steuererhöhung hätten machen sollen, wenn wir gewusst hätten, was alles kommt und wie das alles kommt. Das kann sein, aber wir wussten es damals eben nicht, was und wie alles kommt. Es ist niemand von uns Hellseherin oder Hellseher, und es kann niemand in die Zukunft schauen. Tatsächlich Paul, hattest Du damals vielleicht recht, dass man es im 2018 hätte machen sollen.

Ich bin überzeugt, dass man dies nun heute Abend am 31. Oktober 2022 nicht machen sollte und man kein Budget mit einer höheren Steueranlage der Bevölkerung vorlegen sollte, weil das nicht gescheit ist. Wir wissen, in welchem Umfeld wir im Moment leben; es wird alles teurer und wir haben eine Inflation, wie wir sie seit 30 Jahren nicht mehr hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das spüren die Leute im Portemonnaie. Das spüren vor allem diejenigen im Portemonnaie, die sowieso nicht so viel darin haben. Und es ist meine Überzeugung, dass es jetzt in dieser Situation den öffentlichen Gemeinwesen nicht gut ansteht, jetzt auch noch an dieser Preisspirale zu drehen und überall die Steuern zu erhöhen. Das sollte man gerade jetzt einfach nicht machen, und es ist jetzt einfach der falsche Moment dafür. Deshalb bitte ich Sie, die Steueranlage für 2023 auf dem bisherigen Niveau zu belassen. Und dies im Interesse der Bevölkerung und namentlich auch im Interesse derjenigen, die nicht über so viel Geld im Portemonnaie verfügen. Natürlich – und deshalb gab ich Dir Paul zu Beginn auch ein bisschen recht – müssen wir irgendeinmal darüber reden, und wahrscheinlich nicht erst in fünf Jahren, ob man dann etwas mit dieser Steueranlage zu unternehmen hat, weil wir wahrscheinlich so nicht mehr weitermachen können. Da



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

helfe ich mit, da helfe ich in einem Jahr absolut mit, und ich helfe auch in zwei Jahren mit, ob dann Wahlen sind oder nicht. Da bin ich bei der Diskussion darüber gerne dabei, weil es dann ja vielleicht wieder anders aussieht. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation mit diesen Sorgen, die die Bevölkerung drücken, sollten wir dies als öffentliches Gemeindewesen nicht machen. Das ist meine Überzeugung, und diesen Appell richte ich auch heute Abend nochmals an Sie, obschon ich weiss, dass dabei wohl nicht allzu viele Stimme für meine Haltung zusammenkommen, was ich bei gewissen Sondierungen im Vorfeld bereits erkannte. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass es natürlich jedem einzelnen Mitglied des Stadtrats unbenommen ist, zu entscheiden, ob es ans Mikrofon tritt, wann es an Mikrofon geht und was es dann dort auch sagt, auch wenn andere erstaunt sind. Darf ich nun noch weiteren Mitgliedern des Stadtrats als Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher das Wort erteilen?

Martin Lerch (SVP): Ich möchte vorneweg dem Gemeinderat für die positive Beurteilung dieser Motion zu den externen Experten danken. Es wurde vom Finanzvorsteher genannt, dass wir dort eine Reduktion von 25% forderten und nun sind es 41% und dies entspricht mit Fr. 248'000.00 somit fast einer Viertel-million Franken. Das freute uns sehr, und ich möchte dafür wie gesagt bestens danken. Wir bräuchten aber mindestens 15 solche Posten, um nur schon ein ausgeglichenes Budget zu realisieren. Dass dies illusorisch ist, ist uns allen klar. Mit Pascal Dietrich bin ich einig, wies ich doch bereits das letzte Mal darauf hin, dass wir uns in einem äusserst schwierigen Umfeld befinden, wenn ich da an die Inflation, an die Energiepreise, aber auch an die Krankenkassenprämien und an die Mehrwertsteuer denke, was alles ansteigt. Das belastet die Bürger und ist für sie nicht einfach. Es gibt verschiedene Gemeinwesen in der Schweiz und im Ausland, die die Bürger zu entlasten versuchen. Und wir gehen nun rauf mit den Steuern, was dann in dem Sinn eine schwierige Situation ist. Ich glaube, dass wir alles tun müssen, um dem Bürger zu beweisen und zu zeigen, dass wir das Beste geben, um wirklich ein fundiertes Budget zu präsentieren, bei dem wir das Sparpotential ausloteten und ausleuchteten. Deshalb bin ich froh, wenn wir dann heute Abend über diese entsprechenden Anträge beziehungsweise diesen zustimmen. Ich bin auch der Meinung, dass wir mittelfristig Massnahmen benötigen, um das strukturelle Defizit anzugehen. Dazu werden heute Abend möglicherweise entsprechende Weichen gestellt. Ich möchte noch kurz auf zwei Punkte von Roland Loser eingehen. Du sprachst die ewigen Diskussionen über die Steueranlage an, die ein Standortnachteil sind. Tiefe Steuern sind der Standortvorteil par excellence, was wohl völlig unbestritten ist, zumindest gemäss meiner Wahrnehmung. Zweitens stelltest Du Vergleiche mit ausserkantonalen Städten und Ortschaften an, was dort der Bürger leistet. Dort muss man aber natürlich zuerst den Schlüssel zwischen Kanton und Gemeinden anschauen, ist er doch nicht überall gleich, und deshalb glaube ich, dass man da nicht Birnen mit Äpfeln verwechseln sollte. Besten Dank.

Dyami Häfliger (GLP): Es muss uns schon auch bewusst sein, dass wir immer noch ein beträchtliches Defizit ausweisen, auch wenn wir dieser vom Gemeinderat beantragten Steuererhöhung zustimmen und wir das Budget mit den gestellten Anträgen verabschieden. Das ist kein Resultat, das uns alle zufrieden stellen kann. Wenn man sich dann dazu Gedanken macht, dass man aufgrund des vorliegenden Defizits vor allem auf der Einnahmenseite mehr einnehmen möchte, und dies namentlich mit weiteren Steuererhöhungen erzielen will, wäre dies für mich definitiv der falsche Weg. Wir sahen, dass es in einer solchen Situation, in der wie uns jetzt befinden, leider auch eine Steuererhöhung braucht. Aber es braucht nicht nur eine Steuererhöhung, sondern es braucht aus meiner Sicht auch Kürzungen.

Ich bin dem Gemeinderat sehr dankbar, dass er uns bereits vor einem Jahr auf die bevorstehende Erhöhung aufmerksam machte und er aufzeigte, wie er das planen möchte. Das gab uns als Stadtparlament die Möglichkeit, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, die uns mit dem Einreichen von gewissen Motionen zur Verfügung stehen. Ich bin dem Gemeinderat ebenso dankbar und nehme auch erfreut zur Kenntnis, dass er namentlich den Antrag auf Abschreibung der beiden Motionen bezüglich «Ausgabenreduktion für externe Experten» und bezüglich «Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren» zurücknimmt. Ich denke, dass dies für den Gemeinderat eine wichtige Leitplanke für die weitere finanzpolitische Planung darstellt. Ich unterstützte die Anträge in der 1. Lesung und ich erwartete die Beantwortung



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

durch den Gemeinderat, wie sie dann auch eintraf, was ich gemäss dem Bericht und der mündlichen Berichterstattung auch teilweise nachvollziehen kann. Aber persönlich erachte ich diese Beantwortung als nicht zufriedenstellend und den in diesen Anträgen formulierten Auftrag nur als teilweise erfüllt. Wie gesagt braucht es beide Seiten, um die aktuelle Situation zu verbessern. Ich möchte noch einmal betonen, dass auch in Zukunft die alleinige Betrachtung, nur einnahmenseitig mit einer Steuererhöhung zu reagieren, der absolut falsche Weg ist. Aus meiner Sicht sind die geeigneten Massnahmen zu treffen, um die Mittel und besonders die langfristig finanzielle Stabilität der Stadt Langenthal zu gewährleisten. Wir müssen uns bewusst werden, dass wir immer noch Leute brauchen und gerne bei uns haben, die schlussendlich diese Steuern auch bezahlen. Ohne diese Leute kann man noch so sehr die Steuern erhöhen, die Einnahmen werden dadurch nicht grösser. Besten Dank.

Robert Haas (SVP): Nach meiner ersten Stadtratssitzung Ende August über das Budget machte ich mir folgende Gedanken. Es ist doch heute so, dass diejenigen Leute, die von den Steuergeldern den Lohn beziehen, auf der Sonnenseite der Lohnbezüger stehen gegenüber denjenigen, die ihren Lohn im Gewerbe, im Detailhandel oder in der Gastronomie verdienen. Deshalb tat es mir weh, als ich in diesem Saal hören musste: «Wir sind zu keinen Kompromissen bereit». Ich denke aber, dass das Leben gar nicht so funktioniert. Das Leben funktioniert doch auf der Basis von «geben und nehmen». Und ich hoffe, dass wir in diesem Sinn diese Debatte weiterführen können und so auch ans Ziel kommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Sandro Baumgartner (SP): Manchmal staune ich schon auch ein bisschen, wie wir hier zwischendurch die Wahrheit verwechseln. Liebe Ratskollegen, Ihr vergleicht in der Vergangenheit Äpfel mit Birnen und sagtet, dass wir gegen Zofingen, Murgenthal und was weiss ich in Konkurrenz stehen. Das wart Ihr und nun gilt dieses Argument heute nichts mehr. Was ich ebenso wenig verstehe, ist, dass wir die Steuern von 1,62 auf 1,38 senkten. Und die Botschaft beinhaltete nach diesen Etappen ganz klar, dass wir dieses Geld der Onyx-Millionen der Bevölkerung zurückgeben wollen. Wir sagten auch, dass es bei 1,43 13 Jahre dauert und bei 1,38 vier bis sechs Jahre, bis dieses Geld der Onyx-Millionen zurückgegeben ist. Diese Zeit ist schon lange abgelaufen, und wir hätten schon längst über eine Steuererhöhung debattieren sollen, aber machten es nicht.

Selbstverständlich ist die jetzige Zeit miserabel und es tut jedem weh. Aber haltet Ihr Euer Wort, die Steuererhöhung zu unterstützen, falls es dann vielleicht im nächsten Jahr wieder besser läuft? Da bin ich mir noch nicht ganz sicher. Zu den Investitionen möchte ich noch kurz erwähnen, dass wir noch ganz viele Schulhäuser nicht sanierten. Uns fehlen beispielsweise Brandmeldeanlagen. Im Kreuzfeld 2 haben die Schüler in kalten Wintern 16 Grad im Schulzimmer. Das vergisst man sehr gerne, und diese Investitionen schieben wir seit Jahren vor uns her. Immer wieder, weil das Budget nicht reicht. Und ich glaube nicht, dass Langenthal unattraktiv ist. Der Kanton Bern ist unattraktiv und da müssten wir als Kanton Bern oder die hier anwesenden Vertreter von uns dafür schauen, dass der Kanton Bern bezüglich Steuern wieder attraktiv wird. Und zwar nicht mit Kürzungen. Und diese von 2006 bis 2021 eingeführte Steuer senkung brachte nicht viel mehr Einwohner nach Langenthal. Meiner Rechnung gemäss waren es 1'470 Personen. Ich glaube nicht, dass es deshalb steuerkräftige Leute nach Langenthal zog. Und ich bin auch nicht überzeugt, dass bei 1,44 die steuerkräftigen Steuerzahler von Langenthal wegziehen, zumal Langenthal lebenswert ist, ob mit einer Steueranlage von 1,38 oder 1,44. Was Langenthal unattraktiv macht, ist die Tatsache, wenn wir stehenbleiben, uns nicht mehr vorwärtsbewegen und uns dabei einfach zu Tode sparen, sodass wir erneut soweit sind wie vor Jahrzehnten. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemandem mehr, sodass es wahrscheinlich auch keine Wortmeldungen mehr aus der Mitte des Rats gibt und ich somit nochmals gerne das Wort an Roberto Di Nino übergebe.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte nicht auf alles eingehen, was wir hier hörten, aber was seitens von Roland Loser von der SP gesagt wurde, muss ich schon auch kommentieren, wiederholte er doch fast schon mantramässig, dass wir nicht zu viel Geld ausgeben, sondern zu wenig Geld einnehmen.



Das mag die Meinung eines Teils dieses Rates sein, aber es ist ganz klar nicht die Meinung des Gemeinderates. Ich möchte betonen, dass wir in unseren Regierungsrichtlinien verankerten, eine attraktive Steueranlage anzustreben und wir dies auch bezifferten. Dabei wollen wir nämlich von den Städten mit mehr als 15'000 Einwohnern die günstigste Gemeinde sein und den Abstand zur zweitgünstigsten Gemeinde auch mit 0,5 Einheiten der Steueranlage beibehalten. Bis letzten Jahres war dies Köniz, als Köniz eine Anlage von 1,49 hatte. Inzwischen musste man auch dort eine Anpassung vornehmen. Heute ist es deshalb die Stadt Bern mit 1,54, was dann für uns einfach der Benchmark ist. Diese 1,62, die hier erwähnt wurden, kommen in keiner Aussage des Gemeinderates vor und entsprechen für uns auch nicht der Norm.

Dann wurden diese Vergleiche mit Zofingen und mit Olten erwähnt. Diese Vergleiche stimmen nicht, und Martin Lerch tönte es eigentlich bereits an, weshalb diese nicht stimmen. Man muss immer beachten, wie im einzelnen Kanton das Verhältnis zwischen Gemeinde und Kanton aussieht. Und bei beiden Kantonen Aargau und Solothurn kann man in etwa plus/minus davon ausgehen, dass sich Gemeinde- und Kantonssteuer im Verhältnis 50:50 aufteilen. Wir wissen, dass wir hier im Kanton ein Verhältnis 2:1 haben beziehungsweise dass es in Langenthal mit 1,38 sogar noch weniger ist und bei 70:30 liegt. Was Du hier machtest, ist der Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Eine korrekte Berechnung zeigt, dass wir mit diesen beiden hier erwähnten Städten ungünstiger dastehen, hingegen der Abstand zu Olten nicht so gross ist wie zu Zofingen. Letztendlich nützt uns aber auch der Vergleich mit Muri nichts. Wenn jemand darüber nachdenkt, nach Langenthal zu ziehen, so können wir dieser Person nicht sagen, dass man in Langnau, Thun und Muri noch mehr Steuern zahlen müsste als bei uns, weil sich diese Person ja bewusst in unserer Region umschaute. Und daran haben wir uns auszurichten, was wir so auch entsprechend machen. Und ich kann Ihnen einfach sagen, dass wenn man mit der Wirtschaft redet, die Steuern ein Thema sind, auch wenn es nicht das einzige Argument ist und es natürlich ganz viele Standortkriterien gibt. Aber es ist einfach nicht wahr, wenn behauptet wird, dass es gar keine Rolle spielt. Auch die Steuern haben etwas mit Standortqualität zu tun, was der Gemeinderat auch als Argument hochhält. Und das ist auch der Grund, weshalb wir auf eine massvolle Steuererhöhung setzen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So ist nun die allgemeine Beratung unter Punkt B abgeschlossen und wir gehen zu Punkt C mit der Detailberatung des Budgets 2023.

C Detailberatung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Diese Detailberatung findet auf der Basis des gemeinderätlichen Vorschlags anhand des grauen Büchleins statt und wir gehen dabei kapitelweise vor. Wir beraten die eingereichten Abänderungsanträge einzeln und stimmen nach der allfälligen Stellungnahme des Gemeinderates darüber ab. Wir werden so vorgehen, dass wir anhand des Zahlenmaterials die Frage stellen, ob es Anträge dazu gibt. Auf Seite 36 findet sich die Übersicht und sind die Konten von 0 bis 6 aufgeführt, sodass wir das Budget gemäss diesen Konten durchberaten. Die gestellten Anträge werden pro Budgetposten gesammelt und danach werden diese einzeln beraten und darüber abgestimmt. Oder wird aus der Mitte des Rates allenfalls gewünscht, dass wir seitenweise vorgehen? Nein, dem ist nicht so und wir gehen wie soeben beschrieben vor.

0 – Behörden und Führungsunterstützung, Seite 36 - Seite 40

Hierzu liegen uns bereits Anträge vor und ich bitte diejenigen, die diese Anträge einreichten, nun ans Mikrofon zu treten.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Vorab muss ich aber noch bemerken, dass dies ein kleines Highlight war, Sandro Baumgartner, als Du sagtest, dass der Kanton Bern schlecht dasteht und man dort etwas unternehmen muss. Ich werde das Votum von Dir als SP-Stadtrat mit grosser Freude Deinen Parteikolleginnen und -kollegen auf kantonaler Ebene mitteilen, die mit Hängen und Würgen jegliche Steuerensenkung im Kanton torpedieren. Aber ich habe eine gute Nachricht für Dich, dass nämlich im Aufgaben- und Finanzplan des Kantons eine Steuerensenkung vorgesehen ist. Also auch auf kantonaler Ebene ist der Handlungsbedarf erkannt und zusammen mit dem Stadtpräsidenten sind wir am Schauen, dass



Langenthal auch nicht mehr länger bezüglich dem Finanz- und Lastenausgleich gegenüber den rot-grünen Hochburgen Bern und Biel und im Übrigen auch Thun diskriminiert wird. Also sind wir auch auf kantonalen Ebene am Schauen. Im Übrigen erlaubte ich mir vorher auch noch den Steuerrechner des Kantons Aargau und Kantons Solothurn für Olten und Zofingen zur Hand zu nehmen, wozu die Zeit in der Schnelle des vorherigen Votums nicht ausreichte. Es ergab, dass – ohne Gewähr – die Steuerbelastung in Langenthal, so wie es Gemeinderat Di Nino bereits sagte, effektiv höher liegt, sowohl im Vergleich mit Olten als auch im Vergleich mit Zofingen. Deshalb ist es zuhänden Deiner Aussage auch vielleicht nicht ganz lauter, wenn man die zur Verfügung stehenden Mittel pro Person nimmt und diese dann mit der Steuerbelastung in Relation setzt, was zwei grundverschiedene Ausgangslagen sind.

Den ersten Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion, den wir Ihnen hier präsentieren, betrifft auf Seite 37 den Budgetposten Nr. 0200.3170.25. Um es gleich vorneweg zuzugeben, wird dieser Antrag das Defizit nicht einmal ansatzweise beseitigen, was wir uns bewusst sind, geht es dabei doch um lediglich Fr. 7'000.00. Warum stellen wir diesen Antrag dennoch? Das machen wir deshalb, weil verschiedene Rednerinnen und Redner der bürgerlichen Seite bereits darauf hinwiesen oder es noch machen werden, dass das Sparpotential noch nicht ausgeschöpft ist und man noch weitere Kürzungen machen kann. Und es wäre ein bisschen unredlich, wenn man hier nur mit dem Finger auf dasjenige Sparpotential zeigt – beispielsweise bei der Besoldungsreserve oder beispielsweise beim Stadttheater – bei dem in Anerkennung der gemeinderätlichen Bemühungen bereits Anstrengungen unternommen wurden, dann aber bei sich selber überhaupt nichts macht. Wir sind der Meinung, dass wenn man schon zusätzliche Einsparungen vornimmt, dann aber auch ein wenig mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Dieser Posten hier betrifft das Weihnachts-Jahresessen der Behörden, was ohne weiteres auch weiterhin stattfinden kann. Wir sind dabei aber dafür, dass die Behörden dann ihr Nachtessen auch selber bezahlen sollten und wir gegen die Kostenübernahme bei den Frauen und Männern des Personals nichts einzuwenden haben, weshalb wir diese Position auch nicht auf Null kürzen. Aber für Behördenmitglieder, namentlich für Stadträtinnen und Stadträte, sollte es doch wohl möglich sein, dass sie das Jahresschlussessen aus der eigenen Tasche berappen. Noch einmal betone ich, dass wir damit das Budget nicht sanieren, aber es uns dabei um einen Akt der persönlichen Konsequenz geht, bei der wir der Meinung sind, dass man wohl an gewissen Orten im Budget sparen kann, dabei aber auch selber etwas dazu beitragen kann. Danke.

Und es wäre ein bisschen unredlich, wenn man hier nur mit dem Finger auf dasjenige Sparpotential zeigt – beispielsweise bei der Besoldungsreserve oder beispielsweise beim Stadttheater – bei dem in Anerkennung der gemeinderätlichen Bemühungen bereits Anstrengungen unternommen wurden, dann aber bei sich selber überhaupt nichts macht. Wir sind der Meinung, dass wenn man schon zusätzliche Einsparungen vornimmt, dann aber auch ein wenig mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Dieser Posten hier betrifft das Weihnachts-Jahresessen der Behörden, was ohne weiteres auch weiterhin stattfinden kann. Wir sind dabei aber dafür, dass die Behörden dann ihr Nachtessen auch selber bezahlen sollten und wir gegen die Kostenübernahme bei den Frauen und Männern des Personals nichts einzuwenden haben, weshalb wir diese Position auch nicht auf Null kürzen. Aber für Behördenmitglieder, namentlich für Stadträtinnen und Stadträte, sollte es doch wohl möglich sein, dass sie das Jahresschlussessen aus der eigenen Tasche berappen. Noch einmal betone ich, dass wir damit das Budget nicht sanieren, aber es uns dabei um einen Akt der persönlichen Konsequenz geht, bei der wir der Meinung sind, dass man wohl an gewissen Orten im Budget sparen kann, dabei aber auch selber etwas dazu beitragen kann. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch dafür besten Dank. Es gibt noch einen zweiten Antrag beim Budgetposten 0 und dies betrifft die Besoldungsreserve zuhänden des Gemeinderates. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP): Die SVP-, die FDP/jll- und die glp/EVP-Fraktion beantragen, die eingblendete Position 0350.3010.09 betreffend die sogenannte Besoldungsreserve um Fr. 70'000.00, sprich von den geplanten Fr. 650'000.00 auf neu Fr. 580'000.00 anzupassen. Wir hörten es heute Abend bereits mehrfach, dass die finanzielle Lage der Stadt Langenthal mehr als angespannt ist. Trotz der geplanten Steuererhöhung weist die Stadt Langenthal im Budget

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlangenthal

Antrag SVP- und FDP/jll-Fraktion

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
0200.3170.25	Weihnachtsjahresessen Behörden	10'000.00	-7'000.00	3'000.00

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlangenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll, GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
0350.3010.09	Besoldungsreserve z.Hd. Gemeinderat (generell und individuell)	650'000.00	-70'000.00	580'000.00



2023 immer noch ein beträchtliches Defizit aus. Unser aller Ziel muss doch ein ausgeglichener Haushalt sein, besonders auch in der heutigen Zeit der steigenden Kosten.

Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, bedarf es weiterer Sparmassnahmen. Dazu stellte eine Mehrheit des Stadtrats in der 1. Lesung unterschiedliche Anträge, was wir hier nun anlässlich der 2. Lesung bei einem dieser Anträge mit diesem Vorschlag konkretisieren. Im Rahmen dieser Sparbemühungen sollten alle ihren Beitrag leisten. Es ist hier auch wichtig zu betonen, dass dieser Anpassungsantrag keine Geringschätzung unserem Personal gegenüber darstellen soll. Es ist einfach ein Posten, bei dem wir als Stadtratsmitglieder die Möglichkeit haben – und es geht dabei eben auch um einen relativ grossen Posten – das Budget so zu beeinflussen, um einem ausgeglichenen Haushalt näher zu kommen. Der Kanton Bern beispielsweise sieht in seinem Budget für 2023 einen Teuerungsausgleich von rund 2% vor. Dieser Teuerungsausgleich berücksichtigt nicht nur den allgemeinen Teuerungsausgleich, sondern auch den individuellen Leistungslohn. Der Kanton Bern, was man auch sagen darf, beschloss dies in Unkenntnis der möglicherweise ausbleibenden SNB-Ausschüttung.

Demgegenüber schlägt der Gemeinderat in seinem Budget für die Besoldungsreserve 2023 die genannten Fr. 650'000.00 vor. In seinen Ausführungen geht er dabei darauf ein, dass ein 1% für den individuellen Leistungsausgleich und 2% als Teuerungsausgleich verwendet werden sollten. Aus unserer Sicht ist der budgetierte Ausgleich angesichts der finanziell angespannten Situation der Stadt Langenthal nicht ganz angemessen. Deshalb nun den budgetierten Betrag von 3% auf die vom Kanton angewendeten 2% anzupassen, würde dann aber gerade ein sehr beträchtlicher Schritt bedeuten. Insbesondere wäre eine solch starke Anpassung angesichts der Situation bezüglich des Fachkräftemangels nicht angemessen. Aus diesem Grund beantragen wir unter anderem, dass die Besoldungsreserve um den Betrag von Fr. 70'000.00 anzupassen ist. Nach unseren Berechnungen ergibt sich dadurch für die Stadt ein Teuerungsausgleich von 2,7%. Wie die Verwaltung diesen Betrag aufteilt, bleibt dabei selbstverständlich ihrer eigenen Organisation überlassen. An dieser Stelle gilt es auch unbedingt zu betonen, dass der Stadtrat in den letzten Jahren beträchtliche Verbesserungen für das Personal der Stadtverwaltung beschloss; namentlich mit dem neuen Personalreglement und der angepassten Lösung für die städtische Pensionskasse. Mit der von uns beantragten Anpassung stehen nach wie vor genügend Mittel für eine Reaktion auf die Teuerung und auch für die Berücksichtigung einer individuellen und leistungsorientierten Gehaltsanpassung zur Verfügung. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. So erhielten wir jetzt zu diesem Budgetposten 0 bislang zwei Anträge eingereicht. Gibt es weitere Anträge zu diesem Budgetposten 0 aus der Mitte des Saals? Ich sehe keine Wortmeldung, sodass wir nun diese beiden Anträge so beraten, dass wie üblich zuerst die Fraktionen zu Wort kommen und anschliessend Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher die Möglichkeit offensteht, sich dazu zu äussern. Zum Schluss hören wir den Gemeinderat, und dann stimmen wir darüber ab. Entsprechend kommen wir nun zurück, um zuerst den Antrag zur Kürzung des «Weihnachts-Jahresessens der Behörden» zu beraten. Wer möchte dazu Stellung nehmen?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob ich sogleich zu beiden Anträgen reden soll oder nicht? Okay, dann rede ich im Namen der Fraktion zu beiden Anträgen oder ich versuche es zumindest. Wir konnten diese Anträge ja nicht wirklich vorbereiten, auch wenn wir den einen ein bisschen vorhersahen und auch der zweite Antrag auch ein wenig absehbar war. Allerdings weiss ich jetzt nicht, ob wir spezifisch in der Fraktion darüber redeten, sodass ich hier einmal auch meine eigene Meinung kundtue. Ich kann es durchaus verstehen und sehe es ein, dass man da auch am eigenen Ort sparen sollte, zumal man ja den Leuten jahrelang sagte, dass diese 1,38 dem richtigen Steuerfuss entsprechen und dann eine geringe Erhöhung als extrem schlimm taxiert. Ich finde es bei diesem Posten allerdings nicht das passende Zeichen und es entspricht eben genau dem Zeichen, das wir aussenden. Dass dies, was wir hier machen, nicht einen richtigen Wert hat und dass auch das, was die Angestellten auf der Verwaltung an Arbeit erledigen, nicht genau den Wert hat, da wir ihnen ja bereits einen Lohn zahlen. Dies alles nur deshalb, weil wir entschieden, dass 1,38 der richtige Steuerfuss ist und wir genau wussten, dass dies nie im Leben ausreichen wird und die anderen dafür zu bluten haben. Hier bluten wir



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

selber, was ich nicht als richtiges Zeichen erachte, aber wir können schon auch damit leben und ich nehme an, dass sich die Mitglieder meiner Fraktion je nachdem entscheiden, wie sie dazustehen.

Zu den Kürzungen bei der Besoldungsreserve sind wir als Fraktion sicherlich ganz klar dagegen. Ich wiederhole noch einmal, dass es nicht der richtige Ort ist, an dieser Stelle zu sparen, weil wir eben hinsichtlich des Fachkräftemangels entsprechend aufpassen sollten, dass uns die Leute nicht davonlaufen, zumal wir hier in Langenthal gerade auch im Wettbewerb mit vor allem den umliegenden Kantonen stehen, die teilweise deutlich mehr bezahlen als wir. Deshalb sind wir da ganz klar dagegen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Darf ich einer anderen Fraktion das Wort erteilen? Ich sehe niemanden. So frage ich nach, ob Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher zum Antrag bezüglich «Weihnachts-Jahresessen» Stellung nehmen möchten?

Sandro Baumgartner (SP): Ich möchte mich nur kurz melden, aber ich befürchte leider, dass Ihr den Kanton dann in die falsche Richtung zu Tode spart, was jetzt aber eine andere Geschichte ist. Schade finde ich nun aber, wie wir hier diese Diskussion führen. Wir stimmten einer 2. Lesung zu und nun kommt Ihr bei dieser 2. Lesung mit 5, 10 oder 20 Sparanträgen. Schön wäre es gewesen und die Grundlage einer fairen Diskussion, wenn man gesehen hätte, wieviel Geld Ihr einsparen wollt. Jetzt haben wir hier bereits über Beträge von Fr. 7'000.00 abzustimmen. Selbstverständlich können wir auch über eine Einsparung von Fr. 10'000.00 reden, sodass dann jede und jeder solch ein Essen selbst bezahlt oder man einfach gar nichts mehr macht. Das tut doch niemandem weh. Die Frage ist einfach, was wir nun mit diesen Fr. 10'000.00 anstellen und ob wir mit dem eingesparten Geld etwas Gutes machen oder ob wir einfach nur die ganze Politik in Langenthal kaputt machen, weil sich dann niemand mehr dafür zur Verfügung stellen möchte? Das wissen wir nicht und das werden wir sehen. Es spielt ja keine Rolle. Schön wäre es einfach gewesen, wenn man gewusst hätte, wie viel Millionen an Sparpotential Ihr noch gefunden habt. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Nathalie Scheibli (SP): Ob ich nun dieses Weihnachtsessen selber zahlen soll oder nicht, entspricht wirklich einer Erbsenzählerei. Ich kann mir zu Hause auch eine Büchse Erbsli aufmachen und kann damit auch mein Abendessen bestreiten. Aber ich kann auch sagen, dass mir dies wichtig genug ist, mit Mitgliedern verschiedener Parteien an einem runden Tisch zu sitzen, spannende und lustige Gespräche zu führen und das Essen dann auch selber zu bezahlen. Das tut meinem Portemonnaie nicht per se weh und damit kann ich leben. Es wurde aber heute Abend auch bereits einmal das Stichwort «Visitenkarte» genannt. Es wurde auf die Leute mit den kleinen Budgets verwiesen, was hier von bürgerlicher Seite erwähnt wurde. Eine Visitenkarte umfasst aber auch eine attraktive Arbeitgeberin, die Stadt Langenthal, die Verwaltung. Und einer Visitenkarte zugute kommen auch angepasste Löhne, um die Kaufkraft aufrecht erhalten zu können. Bei der Stadt gibt es auch Arbeitnehmer, die nicht in hohen Lohnklassen eingestuft sind. Und dass man jetzt auch an diese Leute denkt und die Besoldungsreserve wie vorgeschlagen bereitstellt, um diese entsprechend auszuschütten, wäre man diesen Leuten sehr, sehr schuldig. Ich kenne die Diskussionen bereits, wenn wir bei nächster Gelegenheit darüber jammern, wie es lange dauert, bis Baueingaben bewilligt werden. Ich werde Sie genau dann daran erinnern. Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass wir dann irgendeinmal nicht mehr attraktiv genug sind und irgendeinmal auch nicht mehr das Personal finden, das wir benötigen, oder viele Wechsel zu verzeichnen haben. Ich glaube, den Umstand, dass wir gut funktionieren, haben wir einer gut funktionierenden Verwaltung zu verdanken, und dort haben die Angestellten vom Werkhof bis weit hinauf gute Löhne verdient. Ich hoffe doch, dass die individuelle Lohnerrhöhung auch vor allem in die kleinen Lohntaschen fliesst, beispielsweise von Leuten, die erst gerade die Ausbildung abschlossen und bei der Stadt verbleiben sollten, sodass auch die Jungen so bald als möglich attraktive Löhne in Empfang nehmen dürfen. Ich glaube einfach, dass wir dies unserer Verwaltung und unseren Angestellten einfach schuldig sind. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich verstand das richtig, dass Du sogleich zu beiden



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Anträgen Stellung nahmst. Ich bin Ihnen dankbar, dass falls Sie zu beiden Anträgen reden möchten, dies auch entsprechend ankündigen, damit wir kein Durcheinander bekommen. Nun ist das Wort nach wie vor frei. Wer wünscht sich noch zum Antrag bezüglich dem Weihnachtessen zu äussern? Es meldet sich niemand mehr. So übergebe ich das Wort nochmals gerne Gemeinderat Roberto Di Nino. Danke.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich äussere mich jetzt nur zu diesem Antrag, der hier projiziert ist. Der Antrag wurde damit begründet, dass man beim Sparen auch bei sich selber beginnen sollte. Das finde ich auch, aber dann ist dies hier eigentlich der falsche Ansatz, heisst die Position nämlich «Weihnachts-Jahresessen Behörden» und nicht «...Stadtrat». Ich vermisse dabei einen Antrag zur Reduktion der Sitzungsgelder im Stadtrat und ich vermisse auch einen entsprechenden Antrag zur Politikfinanzierung. Das wären Dinge, die einen selber betreffen. Bevor ich in den Gemeinderat kam, engagierte ich mich auch sehr in der Arbeit meiner Partei. Dies beinhaltete ebenso viele Gespräche mit Leuten, die wir dazu motivieren wollten, in Kommissionen mitzuarbeiten. Das ist freiwillig und das ist ehrenamtlich beziehungsweise mit einer symbolischen Entschädigung verbunden. Und es braucht da einfach auch viel Goodwill, dass man die Leute dafür begeistern und motivieren kann. Und einer dieser Motivationsfaktoren und etwas, was das Ganze auch attraktiver machte, ist genau dieses gemeinsame Essen. Das ist nicht so wie bei Ihnen als Stadträten, Sind Sie doch genügend vernetzt, sodass Sie dies im Prinzip nicht nötig haben. Aber für diese Kommissionen ist dies etwas ganz Wertvolles, sodass dies für mich wirklich sehr gut investierte Fr. 10'000.00 sind. Und es wurden übrigens nie wirklich Fr. 10'000.00 ausgegeben, sondern es handelte sich immer um einen tieferen Betrag, was diese Essen schlussendlich kosteten. Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, dass dies kleinlich ist.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Das Wort wünscht auch noch Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ehrenwerte Stadtratspräsidentin, besten Dank für die spezielle Begrüssung. Gerne möchte ich zu diesem Weihnachtessen die kurze Historie in Erinnerung rufen. Sie wissen ja, dass ich hier bereits etwas länger dabei bin. Früher war es so, dass beispielsweise auch diese Kommissionen für sich essen gingen; bei einem Teil war es irgendwie budgetiert, andere fanden irgendwo einen Budgetposten, über den sich der Aufwand verrechnen liess. Bei wieder anderen wurden die Getränke jeweils vom Ressortvorsteher übernommen, weil dies sicherlich nicht miteingerechnet war. Teilweise wurde alles selber bezahlt und einige zahlten nichts. Von dem her entschied der Gemeinderat irgendeinmal, dass man damit aufhört. Es war auch so, dass es auch solche gab, die auswärts essen gingen; stellen Sie sich das einmal vor, auch wenn es nicht gerade in Zofingen oder in Olten war, aber auswärts. Hier kann man die Meinung vertreten, dass man diese Situation bereinigte und man für alle eine einheitliche Lösung definierte, sodass wir nicht wieder zum vorherigen Zustand zurückkehren möchten. Sollte dies nun auch dazu führen, dass dann wieder ein Teil alleine und irgendwo und zusätzlich essen geht, ist es etwas, was wir seitens des Gemeinderates nicht mehr wollen. Insofern ist es «à prendre ou à laisser», geht es doch um ein paar wenige 1'000 Franken. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Somit wäre alles gesagt und wir können zur Abstimmung schreiten. Nun bitte ich gut zuzuhören. Wir sagen, dass wer diesen Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion annehmen will, mit Ja stimmt. Wer diesen Antrag ablehnen möchte und dem Gemeinderat folgen möchte, stimmt mit Nein. Ist dies allen klar? Gut. So stimmen wir ab. Wer diesen Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion unterstützen möchte, zeigt dies nun per Handzeichen an. Wer dem Gemeinderat folgen möchte, zeigt dies jetzt an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion zu Reduktion Pos. Nr. 0200.3170.25, «Weihnachts-Jahresessen Behörden» von Fr. 10'000.00 um Fr. 7'000.00 auf Fr. 3'000.00

25 Ja angenommen

12 Nein

2 Enthaltungen



Das heisst nun, dass das Budget entsprechend gekürzt wird. Merci bestens.

Nun kommen wir zum nächsten Antrag, den Sie bereits eingeblendet sahen und wozu sich die SP/GL-Fraktion bereits vernehmen liess. Nun gehen wir noch einmal zu den Fraktionen. Möchte sich auch noch eine andere Fraktion zu diesem Antrag in Sachen Besoldungsreserve äussern?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Wir machen Ihnen beliebt, diesen Antrag zu unterstützen, zumal ja unsere Fraktion Miturheberin ist. Ich glaube, dass man diesen Antrag in einer etwas grösseren Relation sehen muss, so wie es Dyami Häfliger bereits antönte. Es geht hier nicht darum, dass man wegen diesem Antrag als Arbeitgeber plötzlich nicht mehr attraktiv ist. Im Vergleich mit umliegenden Gemeinden kommt Langenthal gut weg. Wenn man es nun noch mit dem Kanton vergleicht, so kann eine Gemeinde mit dem Kanton gar nicht konkurrenzfähig sein. Und selbst wenn man in der Stadt Bern irgendwelche Phantasiebudgets aufstellt, wird dies nicht dazu führen, dass das städtische Personal konkurrenzfähig zum Kanton angestellt werden kann. Genauso wie der Kanton nicht konkurrenzfähig sein kann mit dem Bund. Wenn man als Gemeinde auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben will, braucht es andere Vorteile. Mit der nahen Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort als ein Beispiel und einer vielleicht bürgerfreundlicheren Verwaltung mit flacherer Hierarchiestufen, bei denen man nicht erst über vier oder fünf Instanzstufen zu gehen hat, bis man mit dem Chef reden kann, sind entsprechende Vorteile einer Anstellung auf Stufe Gemeinde.

Wenn wir nun dennoch den Vergleich mit dem Kanton anstellen – ich bin Mitglied der Finanzkommission und zitiere hier aber aus dem öffentlich zugänglichen Budget – so verdient dies schon noch Beachtung, wonach der Kanton in Zeiten von Corona 1,3% der Lohnsumme für das Personal investierte. Jetzt nach Corona entschied man sich für die Investition von 1,5%; dabei werden 0,8% für den Rotationsgewinn und 0,7% für den individuellen Gehaltsaufstieg eingesetzt. Man sah jetzt auch, dass die Teuerung zunimmt, wozu Gemeinderat Roberto Di Nino ja auch die entsprechenden Statistiken darlegte, sodass man weitere 0,5% zur Lohnsumme addierte und nun das Total bei 2% liegt. Wenn wir nun hörten, was Langenthal diesbezüglich budgetierte, namentlich auch mit Blick auf den Teuerungsausgleich, so befindet man sich eigentlich auf einem Level, der klarerweise weniger weit geht als die Stadt Bern, zumal wir ja auch keine Phantasiebudgets erstellen, und auch weniger als der Kanton bezüglich der Lohnsumme einrechnet. Und dies gilt es entsprechend zu berücksichtigen. Langenthal ist hier auch mit dem durchaus moderaten Kürzungsantrag absolut bei den Leuten, zumal man hier, ganz im Sinn der Aussage von Robert Haas, den Kompromiss suchte. Ursprünglich war ja im Rahmen der 1. Lesung von Fr. 100'000.00 die Rede und nun ging man auf Fr. 70'000.00 runter, sodass man nach wie vor auch über Mittel für den individuellen Gehaltsaufstieg verfügt, der aus Arbeitgebersicht natürlich ein wichtiges Instrument darstellt, um auch entsprechend attraktiv zu sein und gute Leistungen belohnen zu können.

Wenn wir nun von schwierigen Zeiten reden, so darf nicht vergessen werden, dass das öffentliche Personalrecht natürlich erheblich arbeitnehmerfreundlicher ist. Kündigungen beispielsweise müssen verfügt werden, vor der Verfügung ist das rechtliche Gehör zu gewähren und eine Verfügung kann angefochten werden. Das ist nicht so wie in der Privatwirtschaft, in der mit einem Kündigungsbrief alles geklärt wird, auch wenn man dort selbstverständlich den Anstand wahrt und zumindest in den meisten Fällen auch miteinander redet. Dann kann allerdings höchstens noch darüber diskutiert werden, ob die Kündigung für die Lohnfolgen missbräuchlich ausgesprochen wurde, aber es gibt hier im öffentlichen Personalrecht einen sehr gut ausgebauten Rechtsschutz und somit eine gesicherte Stellung. Das ist bereits ein Vorteil, den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in die Waagschale werfen sollte.

Zweitens möchte ich Sie an die Pensionskassenlösung erinnern, bei der man das Primat-Upgrade für das Personal vornahm. Man definierte hier einen Anteil an Arbeitgeberfinanzierung, der grosszügiger gestaltet ist als dies in der Privatwirtschaft der Fall ist. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass man für das Personal viel machte. Dabei ist auch die SVP-Fraktion daran interessiert, dass die Stadt Langenthal ein attraktiver Arbeitgeber ist. Uns ist wichtig, dass die Baugesuche schnell behandelt werden, viel-



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

leicht noch etwas schneller, als dies heute der Fall ist. Aber alleine wenn man sagt, dass man die Teuerung irgendwie mit 3% ausgleicht, führt dies nicht zu einer effizienteren Behandlung, und ich glaube auch nicht, dass jemand aufgrund dessen die Kündigung einreicht oder sich neu anstellen lässt. Ich denke, dass man im Gesamtgefüge eine gewisse Kürzung vornahm und dadurch auch eine gewisse Entlastung des Budgets erzielte. Aber es immer noch so ist, dass Langenthal, namentlich im Vergleich mit anderen Gemeinden, als Arbeitgeberin nach wie vor attraktiv bleibt. Besten Dank, wenn Sie diesem Antrag entsprechend zustimmen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zu diesem Antrag äussern möchten? Nein, so gehen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern über. Gibt es hier Wortbegehren? Auch hier gibt es keine weitere Wortmeldung. Somit übergebe ich gerne nochmals das Wort an den zuständigen Gemeinderat Roberto Di Nino, bitte sehr.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Was soll ich hier noch sagen, gleichwohl ich doch gut zuhörte? Ich musste dabei eigentlich feststellen, dass diese Begründung für diese Reduktion allein politisch ausfiel. Und das ist an und für sich ja falsch, geht es hier doch um Anstellungsverhältnisse, und dabei braucht es in erster Linie keine politischen Argumentarien, sondern es gilt sich zu überlegen, was zu machen ist, um die richtigen Leute zu bekommen. Es fielen ein paar Stichworte, die man dann eigentlich nicht aufnahm; ich denke da an den Fachkräftemangel, und ich denke auch an das Marktumfeld, das einfach einer Realität entspricht und man sehr wohl als Argument etwas abtun kann, danach aber die Folgen nicht selber zu tragen hat. Ich nehme nun auch zur Kenntnis, dass man eine Reduktion um Fr. 70'000.00 anstrebt, was gemäss den Aussagen von Dyami Häfliger plus/minus 0,3% entspricht. Man überlässt es dann aber lustigerweise dem Gemeinderat, wie er dies einsetzt, sei es bei der individuellen oder der generellen Lohnanpassung. Es ist einfach eine Zahl, aber es entspricht keinem Plan und keiner Strategie, weshalb es aus meiner Sicht auch nicht aufgehen kann.

Zwei- oder dreimal wurde auch die Pensionskasse angesprochen. Ich hörte dabei, dass man beim Primat ein Upgrade vornahm. Als Präsident der Pensionskasse muss ich festhalten, dass es sich nicht um ein Upgrade handelte, sondern in Tat und Wahrheit ein Downgrade war, das wir wirtschaftlich abfederten. Das handhabte man hier so, weil man dies auch sonst überall so macht. Man könnte noch andere Zahlen nennen, und ich machte mich auch weitergehend über die allgemeine Ausgestaltung der Lohnrunden 2023 schlau, wonach heute von 2,2% bis 2,8% ausgegangen werden kann. Das unterliegt natürlich immer noch einer gewissen Dynamik, und da wären wir eigentlich mit diesen 2% noch unter dieser beschriebenen Bandbreite. Man sprach auch den Kanton Bern an, und für einmal gewährt der Kanton Bern eben etwas weniger. Aber ich erinnere mich auch an Situationen, in denen man der Meinung war, dass man sich nicht mit dem Kanton vergleichen sollte. Man könnte auch die AHV ins Feld führen, bei der ein Teuerungsausgleich von 2,5% gewährt wird. Ich glaube aber nicht, dass wir uns hier eigentlich Zahlen vorhalten sollten. Sondern wir sollten vielmehr einen vernünftigen Entscheid fällen und dieser vernünftige Entscheid sind diese 2% generell und 1% individuell. Noch einmal betone ich, dass keine sachlichen Gründe genannt wurden, die dem gemeinderätlichen Antrag heute widersprochen hätten. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke auch dafür. Nun wünscht Stadtpräsident Reto Müller noch kurz das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Die fachlichen Argumente wurden soeben von Gemeinderat Roberto Di Nino absolut zutreffend aufgezählt. Ich möchte dabei aber noch kurz einen Blick in die Praxis richten, auch angesichts unserer Leute, die hier hinten im Saal sitzen, sich für die Politik interessieren und es dann wirklich auch um den Lohn geht, den sie per 2023 werden beziehen können oder auch nicht. Wir haben im Moment auf der Website der Stadt Langenthal insgesamt 14 Stellen ausgeschrieben. Dabei konkurrenzieren wir nicht mit dem Gewerbe, und ich möchte hier einfach sagen, dass der Fachkräftemangel bei uns bereits seit längerem ankam. Der ist real und ist keine Fiktion oder ein Hirngespinnst von irgendwo her, sodass auf jede Ausschreibung zig Bewerbungen eintreffen. Das war früher der Fall. Früher



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

gab es mehrere Bewerbungen und teilweise sogar derart viele, dass man von Beginn an gezwungen war, stark zu sieben. Wir bekommen fast keine Bewerbungen mehr auf diejenigen Stellen, die ausgeschrieben sind. Und wir suchen wirklich in einem breiten Bereich vom Badangestellten bis hin zum Projektleiter Umwelt & Energie, Juristen oder Leiter oder Leiterin Fachbereich Hochbau. Da geht es um qualifizierte Stellen wie auch weniger qualifizierte Stellen. Wir finden wenig qualifiziertes Personal, das wir dann auch bezahlen können. In letzter Zeit kam eine Anstellung auch nicht zustande, weil wir den geforderten Lohn nicht zahlen konnten, der dann vielleicht bei Kanton oder dem Bund vergleichsweise eben höher ausfällt. Und insofern bitte ich Sie auch im Namen des Personals und dem anwesenden Präsidenten des Personalverbands, diesen Antrag abzulehnen und hier dem Gemeinderat zu folgen. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Damit ist alles gesagt und wir können zur Abstimmung schreiten. Auch hier gehen wir gleich vor, dass wer den Antrag der Fraktionen zur Streichung unterstützen möchte, mit Ja stimmt, und wer dem Gemeinderat folgen und den Antrag ablehnen möchte, mit Nein stimmt. Wer möchte nun diesen Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und glp/EVP zur Kürzung mit diesen Fr. 70'000.00 unterstützen? Wer möchte diesen Antrag ablehnen und dem Gemeinderat folgen? Wer möchte sich der Stimme enthalten?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion zu Reduktion Pos. Nr. 0350.3010.09, «Besoldungsreserve» von Fr. 650'000.00 um Fr. 70'000.00 auf Fr. 580'000.00

23 Ja angenommen

15 Nein

1 Enthaltung

Das waren nun alle Anträge zu diesem Budgetposten 0 – Behörden- und Führungsunterstützung und wir kommen zum nächsten Budgetposten.

1 – Zentrale Dienste, Seite 40 - Seite 43

Ohne Diskussion.

2 – Finanzwesen, Seite 43 - Seite 49

Ohne Diskussion.

3 – Bauwesen, Seite 49 - Seite 56

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch hier ist mir kein Antrag bekannt. Gibt es aus der Mitte des Rats dennoch einen Antrag, der hier und jetzt zu diesem Budgetposten eingereicht wird?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich rede als Einzelsprecher und ich stelle keinen Antrag zu Pos. 3220.3101.20. Dabei geht es um die Kontogruppe Winterdienst mit dem Titel «Streusalz und Split». Ich stelle keinen Antrag, weil es nicht viel bringt, wissen wir doch nicht, wie der Winter wird. Aber ich möchte hier einfach einen Appell an den Gemeinderat, namentlich an den Ressortvorsteher des Bauwesens, richten. Ich machte dies in den letzten Jahren immer mal wieder und immer wieder wurde mir daraufhin versprochen, dass ich richtig liege und man diese Quartierstrassen wirklich nicht mehr andauernd salzen wird, da dies nichts bringt und sowohl für die Umwelt als auch für die Autokarosserien schlecht ist. Es ist auch für die Füsse der Hunde schlecht, und es ist eigentlich für alles schlecht, vor allem auch für die Pflanzen. Jedes Mal bestätigte man mir, dass man so verfährt und mit dem Salzeinsatz zurückfährt und diese Quartierstrassen nicht mehr salzt. Im letzten wie im vorletzten Winter sah ich aber andauernd die Salzstreuer durch die Quartierstrassen fahren, sogar über den Lotzwil-Feldweg konnte ich dies mit eigenen Augen mehrfach beobachten. Dazu muss ich Ihnen einfach sagen, dass es mir da einfach ablässt. Das ist einfach so etwas von unnötig, auch wenn es sicherlich gut gemeint ist, sodass ich damit nicht das Personal kritisieren möchte. Aber seien Sie so gut und hören Sie damit auf, zumal es für alle besser wäre und es am Schluss auch für die Rechnung der Stadt Langenthal besser wäre, wenn man dies einfach einstellt und dadurch ein bisschen Geld einspart. Reto Müller nickt, vielen Dank, das musste ich



hier nun einmal loswerden.

Daneben gibt es auch noch etwas anderes und ich weiss, dass es etwas schwierig ist, weil man es nun natürlich nicht mehr genau zurückverfolgen kann. Aber in dieser Zeit, als das Schulhaus Kreuzfeld 3 saniert wurde und ich dort per Zufall durchging, sah ich, was dort alles in der Mulde landete. Da dachte ich mir auch, dass dies kein gutes Signal ist, wie man in Langenthal mit den Steuergeldern umgeht. Da fanden sich intakte Holzstühle, die überhaupt nicht kaputt waren. Da sollte man von mir aus gesehen eben auch mit noch etwas mehr Fingerspitzengefühl vorgehen. Dies möchte ich hier einfach nur am Rande bemerkt haben. Wie gesagt stelle ich keinen Antrag, weil wir nicht wissen, wie der Winter wird. Aber seien Sie so gut und verzichten Sie auf den Salzeinsatz in den Quartierstrassen, ausser es kommt zu einem Eisregen, was natürlich etwas anderes ist. Aber im Normalbetrieb sollte auf Quartierstrassen einfach kein Salz mehr vergeudet werden. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Ich gehe davon aus, dass dies vom Gemeinderat als Petition aufgenommen wird, aber wie gesagt liegt uns in dem Sinn kein Antrag vor. Gibt es zu diesem Budgetposten weitere Wortmeldungen? Nein, sodass kein weiterer Bedarf besteht.

4 – Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerdienste», Seite 56 - Seite 62

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Hier haben wir einen Antrag, sodass ich anfrage, wem ich dazu das Wort erteilen darf?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Diese Position «Dienstleistungen Dritter» wird hier sogleich mit einem viel- und gleichzeitig auch wenig aussagenden Begriff umschrieben, die man um Fr. 90'000.00 reduzieren möchte. Aber ich möchte hier auch offenlegen, um was es genau geht. Es geht hier um das Projekt SIP¹. Das Budget sieht dafür nebst anderen Dienstleistungen Dritter Fr. 90'000.00 vor. Ich möchte an dieser Stelle aber auch keine Diskussion über externe Expertinnen und Experten beginnen. Das

Budget sieht für die Wiedereinführung SIP per 2023 Fr. 90'000.00 vor. Wir machen Ihnen beliebt, diesen Posten «Dienstleistungen Dritter» aus dem folgenden Grund um Fr. 90'000.00 runterzufahren. Wir wollen hier keine Grundsatzdebatte über SIP Ja oder SIP Nein führen, was zu gegebener Zeit oder an gegebener Stelle zu machen ist. Wir sind uns auch bewusst, dass dieses Projekt eine lange Vorgeschichte hat. Der Gemeinderat versuchte einmal eine ausserkantonale Institution zu engagieren, was hier im Stadtrat nicht allzu viel Gefallen fand. Nun ist man offenbar daran eine Wiedereinführung vorzubereiten. Was wir Ihnen hier beliebt machen, nun in Zeiten, in denen man auf der Suche nach Sparpotential ist und man bereits die Steuern erhöht, nicht sogleich auch SIP erneut einzuführen. Es geht hier also nicht einfach darum zu sagen, dass wir uns gegen SIP stellen; im Gegenteil, denn auch die SVP-Fraktion stimmte bereits in vergangenen Jahren diesem Projekt zu. Es geht einzig und allein darum diese Wiedereinführung jetzt nicht auch noch per 2023 durchzuführen. Ob man es dann im nächsten Jahr macht oder nicht macht, wird hier durch diesen Entscheid in keiner Art und Weise präjudiziert und soll nur die politische Diskussion regeln. Wir sind aber der Meinung, dass es im Gesamtgefüge und namentlich im Gesamtgefüge einer Budgetdiskussion, die sich darauf konzentriert, neben einer vorgeschlagenen Steuererhöhung auch noch weitere Einsparmöglichkeiten zu sehen, richtig ist, diese SIP-Diskussion nun um ein Jahr hinauszuschieben und SIP nicht sogleich per 2023 einführen. Das schafft möglicherweise auch die Chance, beispielsweise im kommenden Sommer weitere Daten und Expertisen zu sammeln, die dann

Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlangenthal

Antrag SVP- und FDP/JL-Fraktion

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
4020.3130.50	Dienstleistungen Dritter	553'000.00	-90'000.00	463'000.00

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

eine fundierte Diskussion zur Frage der Wiedereinführung ermöglichen, was somit einen Begleitnutzen darstellt. Entsprechend wiederhole ich nochmals, Ihnen in Zeiten, in denen Sparpotential gesucht ist, beliebt zu machen, nicht sogleich wieder neue Aufgaben an die Hand zu nehmen. Deshalb plädiere ich für die Streichung dieser Fr. 90'000.00. Danke für Ihre Unterstützung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Das war bisher der einzige Antrag, der unter diesem Budgetposten eingereicht wurde. Gibt es aber hier und jetzt noch weitere Anträge? Dann trifft dies nicht zu, und wir kommen somit zur Diskussion dieses Kürzungsantrags, und ich bitte die Fraktionen, sich dazu zu äussern.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Das ist nun eben auch ein Antrag, den wir heute Abend zum ersten Mal sehen, sodass wir dies nicht vordiskutieren konnten. Ich kann somit nicht ganz fundiert dazu Auskunft geben. Ich nehme dabei aber an, dass die Mehrheit der SP/GL-Fraktion diesen Antrag ablehnen wird. Ich bin der Meinung, dass dies ein bisschen ein Hin und Her ist, klemmte man es doch zuerst ab, dann sagte man, dass man es wieder will, und jetzt, wo es ein bisschen eng wird, sagt man nun wieder, dass man es um ein Jahr hinausschieben möchte. Ich denke, dass dies am Ende des Tages keiner vernünftigen Politik entspricht.

GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP): Die GLP/EVP-Fraktion hat ein gewisses Verständnis dafür, dass man diesen Posten nicht streichen, sondern in dem Sinn verschieben möchte und damit auch nicht die Absicht hat, SIP grundsätzlich abzuschaffen, um vielleicht noch mehr Personendaten zu erheben und um zu schauen, was SIP genau darstellt. Wir diskutierten die Frage kurz in der Fraktion, aber eine Mehrheit der Fraktion wird diesen Anpassungsantrag so nicht unterstützen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es nun noch von der FDP/jll-Fraktion oder von der SVP-Fraktion ein Votum? Ich sehe, dass dies nicht der Fall ist. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Wem darf ich das Wort erteilen?

Saima Sägesser (SP): Ich verstehe diesen Antrag nicht, nahm man doch auf Basis eines Vorstosses diese Wiedereinführung an. Jetzt wollt ihr erneut etwas aufschieben, was eigentlich bestätigt war, und damit Investitionen nicht angehen, die schon lange wieder notwendig wären. Wer sagt uns, wenn wir dies nun streichen, ob dies das nächste Jahr wieder Eingang in das Budget findet und wir es dann machen können? Oder heisst es dann etwa wieder, dass es dann erneut nicht der richtige Moment ist, weil man noch mehr von dem einen oder dem anderen an Infos einfordern möchte. Jetzt steht doch dazu, nahmen wir diese Wiedereinführung doch hier mit einer Mehrheit an und brauchen dies ab nächstem Jahr wieder unbedingt. Jetzt ist dann die Pandemie vorbei, das Leben geht weiter und die Sicherheitssituation ist nicht mehr dieselbe wie in der Zeit, als nicht mehr so viele Leute unterwegs waren, wie wir es in den letzten zwei Jahren hatten. Jetzt geht das Leben wieder los, aber das muss auch für alle im öffentlichen Raum ein gutes Leben sein. Dementsprechend muss diese Investition jetzt getätigt werden und man sollte sie nicht aufschieben.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es zu diesem Antrag weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Nein, so frage ich den Gemeinderat an, ob er sich dazu äussern möchte.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Eigentlich mache ich dies nun sogleich in der Doppelfunktion, da ich ja der Stellvertreter von Markus Gfeller bin, der das Geschäft hier eigentlich zu vertreten hätte. Ganz kurz: Es wurde hier nicht gesagt, warum man heute überhaupt über dieses Thema diskutiert. Es gab eine gemeinderätliche Vorlage für die Ein- oder Weiterführung von SIP, was einer kostengünstigen Lösung entsprach. Und es war der Stadtrat, der diese kostengünstige Lösung nicht wollte. Einfach, dass dies auch zuhanden des Protokolls gesagt ist. Inhaltlich bleiben wir aber dabei, dass der Gemeinderat dieses Anliegen unterstützt, zumal wir es auch in unsere Regierungsrichtlinien aufnehmen. Infolgedessen empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Da sich der Stadtpräsident zu diesem Antrag nicht zu Wort zu melden wünscht, sind wir für die Abstimmung bereit. Dann machen wir es nun auch bei dieser



Frage so, dass wer den Antrag unterstützt mit Ja und wer ihn ablehnt mit Nein stimmt. Wer nun diesem Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion folgen möchte, soll nun bitte die Hand erheben. Wer möchte dem nicht folgen und den Antrag des Gemeinderates unterstützen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion zu Reduktion Pos. Nr. 4020.3130.50, «Dienstleistungen Dritter» von Fr. 553'000.00 um Fr. 90'000.00 auf Fr. 4630'000.00

19 Ja angenommen (mit Stichentscheid der Stadtratspräsidentin)

19 Nein

1 Enthaltung

Es folgt der nächste Budgetposten.

5 – Sozialwesen, Seite 62 - Seite 64

Ohne Diskussion.

6 – Bildung, Kultur und Sport, Seite 64 - Seite 81

Hierzu liegt ebenso bereits ein Antrag vor, und entsprechend bitte ich die Antragssteller, nach vorne zu kommen, um ihn entsprechend zu kommentieren. Nun gilt es hier beim Stadttheater Langenthal eine Bemerkung in formeller Hinsicht zu machen. Wie Sie sehen, betrifft dies Konto Nr. 6210 und entspricht keinem Budgetposten. Das ist hier dann ein bisschen schwierig, eine Kürzung vorzunehmen, wenn Sie dies nun so annehmen, wie der Antrag dazu vorbereitet wurde. So ist es eben meines Wissens dann nicht möglich, dass wir heute Abend das Budget verabschieden können. Aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, und nun bitte ich die Urheberschaft dieses Antrags, sich dazu zu äussern. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Dieser Antrag wird wahrscheinlich für eine Begründung der komplexeste sein, was mit verschiedenen Sachen zusammenhängt. Und dies hängt auch genau mit dieser hier eingblendeten Folie zusammen, da es das Ziel ist, im Bereich des Stadttheaters einen um Fr. 70'000.00 reduzierten Aufwand zu realisieren. Wie wir dies machen, müssen wir anschliessend besprechen. Zuerst möchte ich zur Begründung als solches kommen. Um

was geht es dabei? Es geht hier darum, die politische Kontrolle in einer erheblichen und grossen Aufwandposition dieser Stadt zu erhalten. Die politische Kontrolle ist das, was wir heute im Rahmen der Budgetdebatte nur bei ganz bestimmten Positionen machen können. Zum Beispiel wäre es meiner Auffassung gemäss auch nicht möglich gewesen, dass man kurzfristig eine Reduktion der Sitzungsgelder des Stadtrates beantragt hätte, so wie dies heute in der Debatte kurzzeitig zum Thema wurde. Warum ist dies nicht möglich? Weil in Art. 10 des Behördenreglements diese Sitzungsgelder festgelegt sind. Aus diesem Grund müssten wir eine Änderung dieses Reglement anstreben, wenn wir bei den Sitzungsgeldern etwas ändern möchten. Das ist der Punkt.

Ausgangspunkt der politischen Kontrolle ist die Botschaft an die Stimmberechtigten in der Gemeindeabstimmung vom 29./30. November 2014. Dort brachte man zum Ausdruck, dass die Nettobetriebskosten des Stadttheaters Fr. 599'736.70 und somit also rund Fr. 600'000.00 betragen. In der uns vorgelegten Berechnung machte man einen Vergleich mit dem Jahr 2015, was allerdings eine Differenz von Fr. 124'000.00 beinhaltet. Somit gingen die Stimmberechtigten bei dieser Abstimmung davon aus, dass sich eben die Nettobetriebskosten nur auf Fr. 600'000.00 und nicht auf Fr. 724'000.00 belaufen, wie es uns nun in diesem Papier vorgelegt wurde. Das ist ein Aspekt, den es heute zu berücksichtigen gilt.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlangenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210	Stadttheater Langenthal	2'273'000	-70'000.00	2'203'000.00



Als zweiten Aspekt der politischen Kontrolle beziehe ich mich auf das Papier, das der Gemeinderat erarbeiten liess. Darin steht: «Die Überprüfung der Handlungsmöglichkeiten beim Stadttheater im Hinblick auf eine Reduktion des Aufwandes zeigt deutlich, dass eine Budgetkürzung im Grundsatz möglich ist.» Weiter findet sich eine Aussage, die selbstverständlich für niemanden überraschend kommt: «Allerdings wird jegliche Kürzung der direkt beeinflussbaren Aufwandpositionen gewisse Konsequenzen davontragen.» «Eine Budgetkürzung ist im Grundsatz möglich.» Das ist das, was eben auch der politischen Kontrolle entspricht, und das ist das Thema des heutigen Abends. Es wurde uns eben schon einmal vorge-rechnet, dass der Aufwand nicht grösser wurde. Wenn man dies mit dem Jahr 2015 vergleicht, mag das sein. Wenn man es hingegen mit dem Jahr 2013 vergleicht, was für die politische Ausgangslage das Entscheidende ist und auch so in der Botschaft publiziert wurde, so trifft diese Aussage nicht zu. Wir könnten nun lange hin und her rechnen, und wir sehen einfach, dass wir von unterschiedlichen Werten ausgehen.

Das zweite, was in diesen Ausführungen des Gemeinderates eine Rolle spielt, ist der sogenannte Leistungsvertrag. In diesem Leistungsvertrag steht, dass die Stadt Langenthal einen Betriebsbeitrag von Fr. 545'000.00 zu übernehmen hat. Wie dies berechnet wird, wird nicht im Leistungsvertrag definiert, sondern findet sich allein im Anhang. Wenn man die Bestimmungen des Leistungsvertrags anschaut, kann man auch dabei zu einem anderen Schluss kommen. Aber darüber müssen wir uns heute meiner Meinung nach nicht im Detail unterhalten. Tatsache ist, dass der Stadtrat meines Wissens diesen Leistungsvertrag bis jetzt noch nie sah. Dieser Vertrag geht eine Verpflichtung über vier Jahre ein, das heisst während vier Jahren sind Fr. 545'000.00 zu zahlen. Wenn Sie die Stadtverfassung konsultieren, wer für solche Ausgaben zuständig ist, dann landen Sie relativ rasch bei der Bevölkerung, sodass es zwingend eine Abstimmung geben müsste, wenn man diesen Leistungsvertrag als eine zwingende und verpflichtende Ausgabe der Stadt Langenthal betrachten würde. Das wurde uns nie vorgelegt, und wir konnten es nicht verlangen, weil wir nichts davon wussten. Und der Gemeinderat machte sich dabei sicherlich seine Überlegungen, woraus ich schliesse, dass der Gemeinderat ja nicht gegen die Stadtverfassung argumentieren wollte, sondern diesen Leistungsvertrag als Rahmenvertrag ansah. Und in Art. 10 steht: «Die Rechnung des Stadttheaters ist Bestandteil der Rechnung der Stadt Langenthal», was zwar weniger interessant ist, steht doch weiter: «... Fällt der Nettoaufwand der Stadt Langenthal für das Stadttheater in einem Jahr höher oder tiefer aus wie der vereinbarte Betrag, gemäss Art. 8 Abs. 1 Lit a, ist dies Sache der Stadt Langenthal.» Das heisst, dass es Luft und Spatzung gibt.

Im Vorjahr hatten wir aufgrund der Pandemie rund Fr. 200'000.00 mehr auszugeben als das, was hier beschrieben wird. Somit gaben wir in dieser Vertragsperiode bereits schon einmal mehr als vorgeschrieben aus, sodass es Luft nach oben gibt. Wenn es nun aber nicht so ist, so hätten wir ein verfassungsrechtliches Problem. Ich gehe aber davon aus, dass kein verfassungsrechtliches Problem vorliegt, sondern es um ein politisches Thema geht, das wir hier betrachten. Dementsprechend ist der Leistungsvertrag sicherlich zu beachten, er dabei aber nicht determinierend ist. Wir hörten zuvor in den Ausführungen von Gemeinderat Roberto Di Nino, dass dieser Leistungsvertrag in Betrachtung des Jahres 2023 bereits schon einmal über einen Spielraum von Fr. 30'000.00 verfügt. Wir beantragen deshalb eine Kürzung von Fr. 70'000.00, was weniger als 3% der Gesamtausgaben des Stadttheaters ausmacht, die sich nämlich auf 2,273 Mio. Franken belaufen. Somit sind 3% etwas, was irgendwo in diesen Spielraum reinpasst. Wir sagten das letzte Mal klar, dass wir mehr als Fr. 100'000.00 als Reduktion erzielen wollen. Da wir nun nicht einfach in die Geschäftspolitik des Stadttheaters hineingrätschen möchten, baten wir den Gemeinderat, uns zu zeigen, wo gespart werden kann, ohne dass man das ganze Konzept des Stadttheaters über den Haufen wirft, was ja laut seinem Dokument auch möglich sein sollte. Ich kann dabei nicht sagen, dass der Gemeinderat etwas Unrechtes tat, aber es ist nicht hilfreich für die zu führende Debatte, dass wir nicht genau diejenigen Hebel sehen, die zu ergreifen sind.

Und nun kommen wir zu diesem Antrag bei der Position Nr. 6210, um eine Kürzung von Fr. 70'000.00 vorzunehmen. Wie wir nun hörten, ist dieser Antrag so nicht möglich. Dann gibt es eben einen alternati-



ven Antrag, der unterschiedlich aussehen kann. Dabei gibt es einen Antrag, der sehr einfach zu formulieren wäre, indem man nämlich die Position «Aufwendungen für Gastspiele» um Fr. 70'000.00 reduzieren würde. Das wäre somit der Alternativantrag B, den wir nicht favorisieren, für uns als Gremium allerdings einfach zu bewerkstelligen wäre. Dann gibt es den Alternativantrag A, den wir bevorzugen, aber etwas komplizierter darzustellen ist, vor allem wenn die einzelnen Anträge separat eingeblendet werden müssen. Dieser Antrag A sieht vor, dass wir diese Fr. 70'000.00 über insgesamt fünf Positionen verteilen.

Das betrifft die «Aufwendungen für Gastspiele», weil dies den grössten Posten umfasst, und wir schlagen hier vor, unter Pos. 6210.3130.58 eine Kürzung um Fr. 35'000.00 vorzunehmen.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlängenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210.3130.58	Stadttheater Aufwendungen für Gastspiele	425'000.00	-35'000.00	390'000.00

Wenn es weniger Gastspiele gibt, führt dies auch zu einem geringeren Werbeaufwand, sodass die Pos. 6210.3100.10 um Fr. 10'000.00 gekürzt werden kann.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlängenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210.3100.10	Büromaterial Drucksachen Inserate	71'2000.00	-10'000.00	61'200.00

Wenn es weniger Gastspiele gibt, reduziert dies auch die Position «Besoldungen» unter Pos. 6210.3010.10, und diese soll deshalb um Fr. 20'000.00 gekürzt werden.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlängenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210.3010.10	Besoldungen	496'300.00	-20'000.00	476'300.00

Aufgrund der reduzierten Besoldungen hat man anteilmässig auch weniger Sozialversicherungsbeiträge und weniger Pensionskassenbeiträge zu leisten. Deshalb sehen wir unter der Pos. 6210.3050.10 eine Kürzung von je Fr. 2'500.00 vor.



Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlängenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210.3050.10	Sozialversicherungsbeiträge	49'500.00	-2'500.00	47'000.00

Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2 stadtlängenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

Konto	Bezeichnung	Antrag GR	Antrag Korrektur	Antrag
6210.3050.10	Pensionskassenbeiträge	51'400.00	-2'500.00	48'900.00

Der langen Rede kurzer Sinn: Das Stadttheater stellt eine erhebliche Aufwandposition dieser Stadt dar. Das Stadttheater leistet sicherlich gute Arbeit, was nicht Teil der Diskussion ist, die wir heute führen. Aber es ist das Recht der politischen Behörden, dass sie die politische Kontrolle über diese wesentliche Position ausüben. Damit wir diesen Bedenken einigermaßen Rechnung tragen können, die der Gemeinderat in seiner schriftlichen Stellungnahme äusserte, verzichten wir auf eine ganz grosse Korrektur und beschränken diese auf weniger als 3% des Aufwands. Dabei müssen wir nun eben in den operativen Bereich eingreifen, was nicht anders möglich ist, weil man mit uns vorher nicht reden wollte, sodass wir diese Fr. 70'000.00 auf fünf Budgetpositionen zu verteilen haben. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich habe nun aber eine Verständnisfrage. Wenn ich es nun richtig sah, liegen nun drei Anträge auf dem Tisch. Der eine betrifft Pos. 6210, beim anderen geht es um Pos. 6210.3050.58, bei dem sogleich der gesamte Betrag über Fr. 70'000.00 in Abzug zu bringen ist. Der dritte Antrag wäre, dass man diese Fr. 70'000.00 auf fünf Positionen verteilt. Welcher Antrag ist nun derjenige, der aufrechterhalten wird, oder geht es um alle? Das wäre mir jetzt noch wichtig, geklärt zu bekommen, damit wir nachher die Diskussion fortsetzen können.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Ich hoffte zwar, dass ich dies klar gemacht hätte. Der erste und einfachste bezüglich der ganzen Pos. 6210 ist gemäss Deiner Auskunft ja nicht zulässig, sodass dieser aus den Traktanden fällt. Und weil wir es nun eben nicht ganz holzschnittartig machen möchten, stellen wir den Antrag bezüglich der gesamten Kürzung bei den Gastspielen zurück und legen dem Stadtrat den Antrag mit einer Verteilung auf fünf Positionen vor; das heisst Fr. 35'000.00 bei «Gastspielen», Fr. 10'000.00 bei «Büromaterial, Drucksachen, Inserate», Fr. 20'000.00 bei «Besoldungen» und je Fr. 2'500.00 bei «Sozialversicherungsbeiträge» und «Pensionskassenbeiträge».

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So sehe ich das aber richtig, dass wir dies nicht als Paket anzusehen haben, sondern dass wir hier über jede Budgetposition einzeln abzustimmen haben; ausser, was ich auch empfehle, dass man die Bereiche bezüglich «Besoldungen» mit den logisch verbundenen Positionen «Sozialversicherungsbeiträge» und «Pensionskassenbeiträge» zusammennimmt. Ich empfehle Ihnen nun, dass wir so vorgehen, dass wir erstens den Antrag «Gastspiele» diskutieren, zweitens den Antrag «Büromaterial, Drucksachen, Inserate» und zuletzt den Bereich «Besoldungen» zusammen mit den Positionen «Sozialversicherungsbeiträge» und «Pensionskassenbeiträge» als einen Antrag behandeln. Könnt Ihr damit leben?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich verstehe das Anliegen, dass gesagt wird, dass es drei oder fünf Abstimmungen braucht. Aber ich glaube, wenn wir nun die Diskussion auf fünf Teile aufsplitten, so wird es irgendwie ein bisschen künstlich. Wir begründeten, warum wir unser Anliegen auf fünf Positionen zu verteilen haben und es dabei in der Gruppe 6210 nun um Fr. 70'000.00 geht. Deshalb hätte ich empfohlen, in globo darüber abstimmen zu lassen. Aber Du leitest die Sitzung und Du fragtest mich, sodass ich das spiegle, was mein Gedanke ist.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir können diese Anträge natürlich gerne auch als ein Paket anschauen, was kein Problem ist. Wenn dies so gewünscht ist, können wir dies auch so diskutieren. Wir



werden ja dann anhand der Diskussion sehen, ob vielleicht die einen Budgetpositionen mehr Unterstützung erfahren als die anderen. Und dann ist es dann vielleicht auch an den antragstellenden Fraktionen zu überlegen, ob sie ihren Antrag ändern möchten. Somit gehen wir so vor, dass hier nun ein Paket an Anpassungsvorschlägen vorliegt, welches Kürzungen von insgesamt Fr. 70'000.00 beinhaltet. Möchten sich nun Fraktionen zu diesem Antragspaket äussern?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion wird diese Anträge selbstverständlich alle ablehnen. Ich werde hier jetzt nicht allzu viel inhaltlich sagen, da es in unserer Fraktion Expertinnen und Experten gibt, die das besser können und sich dann sicher noch als Einzelsprechende zu Wort melden werden. Das ist nun aber wieder ein typisches Beispiel für solch ein Leuchtturmprojekt, wie das Stadttheater eines ist und es in Langenthal noch andere gibt wie der SCL oder so, und wir es immer wieder zustande bringen, diesen Leuchttürmen irgendwie einfach Steine in den Weg zu legen oder ihnen mehr oder weniger einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Und das ist so ein bisschen etwas, was hier immer wieder passiert, weil man sich einfach sagt, dass diese 1,38 jetzt so wahnsinnig wichtig sind, dass ich Sie noch einmal darauf hinweise, dass dieser Steuersatz einfach zu tief ist. Abgesehen davon grätschen wir damit aber effektiv ins Stadttheater hinein, Diego, hat der Gemeinderat doch den Auftrag, uns ein Budget vorzulegen, das eben austariert ist. Und das ist dann eben nicht unbedingt unser Ding, dass wir danach willkürlich an einzelnen Positionen herumschrauben sollten. Darum würde ich Sie wirklich bitten, das nicht zu machen, zumal wir nicht wissen, was passiert, wenn wir das so machen. Es ist nicht gut.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zu diesem Paket vernehmen lassen?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich bin froh, dass wir die Formalien bereinigen konnten, damit wir heute das Budget verabschieden können. Ich glaube, dass es nicht in unserem Interesse ist, dass es alleine wegen diesem Posten zu einer 3. Lesung kommt. Intuitiv wäre mir der Antrag über eine einzelne Produktgruppe etwas sympathischer, aber wenn dies nicht geht, macht man eben den Vorschlag, so wie es nun Sprecher Diego Clavadetscher vortrug, indem man versucht, diese Fr. 70'000.00 auf einzelnen Posten hinunter zu brechen. Es war vorher von Leuchtturmprojekten und dem SCL die Rede. Aber man darf sich als Stadt auch nicht zu schlecht hinstellen. Dass der Stadionbau im Moment ein Problem ist, ist nicht einfach die Schuld des Gemeinderates, wie dies vielleicht Roland Loser insinuierte. Ich habe eher den Eindruck, dass sich der SCL aus der Debatte zurückzog und man nun seitens des Gemeinderates versucht, ihn wieder an den Tisch zu bringen, was wir allerdings bei anderer Gelegenheit diskutieren können.

Und wenn nun zu dieser Stadttheater-Kürzung niemand der Meinung ist, dass man fünf Einzelabstimmungen durchführen muss, so denke ich, dass man es wahrscheinlich wagen könnte, diese Fr. 70'000.00 auf einmal zu diskutieren und vielleicht sogar in einem darüber abzustimmen. Ich erinnere Sie an die 1. Lesung, als die Rede von Fr. 200'000.00 war. Da sagte man, dass der Gemeinderat bitte abklären soll, was eine Kürzung in diesem Umfang für Konsequenzen zeitigt. Ich muss schon sagen, dass diese Rückmeldung etwas dürftig ausfiel und man einfach nur aufzählte, was alles nicht möglich ist. Ich kenne solche Ausführungen, denn dann geht es in der Regel um die BKW¹, indem man beispielsweise sagt, dass der Kanton der BKW nicht vorschreiben darf, wie sie geschäftet soll, da sie als privatrechtliche AG gilt und ein marktwirtschaftliches Unternehmen ist, bei dem der Kanton nicht dreinzureden hat. Kolleginnen und Kollegen, das Stadttheater ist doch keine BKW. Es ist keine eigene Aktiengesellschaft, was wir ja hier im Stadtrat ablehnten. Das Stadttheater ist ein Dienstteil der Verwaltung, was gewisse Nachteile mit sich bringt, indem das Führen etwas weniger effizient möglich ist. Aber es hat auch Vorteile, da dadurch nämlich die politische Einflussnahme gewährleistet ist. Und das ist das, was wir hier machen. Wenn nun eben die Rückmeldung von Seiten des Gemeinderates relativ dünn ausfällt, so müssen wir eben dasjenige machen, was Diego Clavadetscher vorschlug, sodass wir angeben, wo

¹ BKW = BKW Energie AG (ehemals Bernische Kraftwerke AG).



man kürzen will; auf die Gefahr hin, dass wir hier als Stadtrat vielleicht etwas operativ tätig werden. Aber es ist eigentlich nicht etwas, was wir als Parlamentarier von uns aus anstreben, sondern uns nichts anderes übrigblieb, weil der Gemeinderat der Meinung war, dass wir nichts unternehmen können. Also ist das hier die Konsequenz, und so ist der Vorwurf eigentlich nicht an uns zu richten.

Man kann nun immerhin anhand der Aufstellung erkennen, dass ein Gap von Fr. 30'000.00 auch nach Auffassung des Gemeinderates möglich ist. Mit meiner bescheidenen Erfahrung als Stadtrat seit 2005 kann mir einfach niemand glaubhaft erzählen, dass die Differenz von Fr. 30'000.00 auf Fr. 70'000.00 nicht auch noch einzusparen ist. Wenn ich sehe, wie sich die Aufwandsposten beim Stadttheater entwickelten, wozu richtigerweise der Beginn im Jahr 2013, und nicht im Jahr 2015 anzusetzen ist, so stelle ich einfach erhebliche Zunahmen fest. Und diese stehen in sehr manifestem Gegensatz zu dem, was man dem Stimmbürger seinerzeit versprach. Es wurde insbesondere in der damaligen Abstimmungsbotschaft auf Seite 12 versprochen: «Es ist vom Grundsatz her nicht vorgesehen, den heutigen Personalbestand nach Abschluss der Renovationsarbeiten zu verändern, sodass von gleichbleibenden jährlichen Betriebskosten ausgegangen werden kann.» Das waren die Grundlagen. Man muss mir jetzt nicht erzählen kommen, dass man irgendwo ein Loch hatte, das jetzt zu flicken ist. Selbstverständlich muss man das machen, aber ein Loch zu flicken, erklärt die massive Aufwandszunahme schlicht und ergreifend nicht. Auch mit dieser Reduktion von Fr. 70'000.00 wird man ein Ergebnis mit einem Aufwand erzielen, der nach wie vor erheblich über demjenigen liegt, worüber man seinerzeit abstimmte. Aber ich habe den Eindruck, dass man mit dieser letzten Endes bescheidenen Kürzung ein Stück weit auch den damaligen Beteuerungen in der Volksabstimmung Rechnung tragen kann. Und man leistete nun auch seitens des Stadtrates oder insbesondere seitens des Antragstellers Diego Clavadetscher Überstunden. Man beantragte nicht einfach die Streichung von Fr. 70'000.00, sondern man gab sogar an, wo man es machen möchte. Wenn man beispielsweise bei den Gastspielen reduziert, ergibt sich daraus auch ein Rückgang bei den diesbezüglichen Besoldungen. Also zeigte man damit auch Lösungen auf. Diego Clavadetscher sagte auch, was auch ich hier gerne unterstreiche, dass man den Leistungsvertrag nicht canceln möchte. Es geht hier also nicht darum, eine Debatte über den Leistungsvertrag zu führen. Falls sich anhand einer umfassenderen Prüfung, als wie dies bislang gemacht wurde, schlussendlich zeigt, dass sich effektiv kein Ausweg zur Einsparung dieser Fr. 70'000.00 ergibt, ohne gleichzeitig den Leistungsvertrag zu kündigen, würde es dem Gemeinderat ja für diesen Fall offenstehen, mit einem Nachkredit in den Stadtrat zu kommen. Aber dann reichen ein paar Zeilen nicht mehr aus und man muss deutlicher ausführen, warum es effektiv nicht möglich ist, den Leistungsvertrag einzuhalten, wenn man das Budget um Fr. 70'000.00 kürzt. Und dann stelle ich gerne in Aussicht, dass man dann nicht einfach den Nachkredit ablehnt, weil man seinerzeit eine Kürzung von Fr. 70'000.00 beschloss. Dann wird dies ernsthaft geprüft. Aber das dürfen wir, so glaube ich, verlangen.

Ganz zum Schluss meines Votums möchte ich dies auch nicht als Kritik an der federführenden Ressortvorsteherin verstanden wissen. Im Gegenteil sind wir in der SVP-Fraktion der Meinung, dass es der Führung von Helena Morgenthaler geschuldet ist, dass wir keine Kostenexplosion haben, die noch weit über das hinausgeht, was wir nun hatten. Es sind Bemühungen im Gang, diese Kosten im Griff zu behalten. Aber wir dürfen gerade auch als Volksvertretung nicht vergessen, was man dem Stimmbürger seinerzeit versprach. Wir gingen von Fr. 200'000.00 auf Fr. 70'000.00 runter und sind somit auf einer moderaten Höhe, was zu wagen ist, hier das Budget um diesen Betrag zu reduzieren. Danke für die Zustimmung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So kommen wir nun bezüglich dieses Antragspakets zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern.

Saima Sägesser (SP): Ich finde es wirklich unglaublich, was Sie hier veranstalten. Eine solch zweckentfremdete Diskussion zu führen ohne eine Ahnung zu haben, wie solch ein Betrieb funktioniert und auf welcher Basis Entscheidungen getroffen werden. Solch eine Saison 2023/24 lässt sich nicht mehr einfach im Sommer planen, sondern ist jetzt so gut wie abgeschlossen. Wenn Sie hier nun Streichungen vornehmen, bedeutet dies unweigerlich, dass das Programm bereits wieder eingekürzt werden muss. Gleichzeitig erwartet man aber von einem Stadttheater, dass es mehr Einnahmen generiert und einen



besseren Ertrag aufweist. Wenn man aber beim Aufwand kürzt, wird dadurch der Ertrag nicht einfach so besser. Besoldungen haben nichts mit Lohnzahlungen an das Personal der Gastspiele zu tun. Vielmehr haben Kürzungen bei den Besoldungen Entlassungen zur Folge, sodass man damit direkt beim städtischen Personal kürzt. Dabei erwarten Sie aber gleichzeitig ein Ansteigen des Ertrags, der dann aber mit weniger Personal zu erzielen ist. Das ist wirklich haarsträubend. Das ist nicht logisch, was Sie sich hier mit diesem Antrag überlegten, der erneut x Tausend Franken zur Verfassung eines solchen Memos kostete, weil es Ihnen nicht ausreicht zu glauben, dass es Kürzungen gibt, die möglich sind, aber zur Folge haben, dass man das Stadttheater nicht mehr so führen kann, dass es sich nach solch einer Renovation auch entsprechend lohnt. Ein solches Vorgehen ist einfach fragwürdig.

Man nahm hier im Rahmen der Verzichtsplanung beim Aufwand für die Gastspiele bereits Kürzungen in der Höhe von Fr. 15'000.00 vor, und man erhöhte den Ertrag. Man unternimmt hier bereits einige Schritte, und man geht bereits Kompromisse ein. Und dann reden Sie davon, dass man in Langenthal über eine Visitenkarte mit gutem städtischem Personal verfügen möchte. Aber jetzt kürzen wir beim städtischen Personal, schauen auch dafür, dass weniger Leute beim Stadttheater angestellt sind, die dann aber bitte noch mehr leisten sollen, dabei aber nicht so viel einkaufen können, dass es attraktiv bleibt. Ich verstehe das einfach nicht. Es ist wirklich an den Haaren herbeigezogen. Ich verlange von denjenigen, die sich hier im Saal gerne als Kulturfreundinnen und -freunde, Kulturförderinnen und -förderer des Kulturstandorts Langenthal sehen und positionieren und sich selber vielleicht sogar als Kulturschaffende bezeichnen, sich hier zur Kultur zu bekennen und nicht in den Betrieb bei Institutionen dreinzureden, in den sie selber nicht involviert sind. Ich verlange auch von denjenigen, die hier Streichungen vornehmen wollen, dem Personal des Stadttheaters in die Augen zu schauen und sich für diese Sabotage zu entschuldigen. Es ist effektiv eine Sabotage, die Sie hier veranstalten, wenn Sie Streichungen vornehmen, von denen Sie nicht die Konsequenzen kennen, obwohl Ihnen gesagt wird, dass dabei der Leistungsvertrag in Gefahr steht, oder zur Vorsicht gemahnt wird, weil es zur Konsequenz führen kann, dass der Kanton Geld zurückverlangt wird, und auch zur Konsequenz hat, dass wir nicht genügend Gastspiele ins Programm aufnehmen können, um das Haus für eine ganze Saison zu füllen, und, und, und.

Es liegen somit genügend Argumente vor, dass man sich hier für eine Stadt entscheidet, die ein Stadttheater unterhält und das auch als solches bezeichnet werden kann. Und nicht einfach irgendein Haus, das man irgendwann renoviert und ab und zu mit Produktionen füllt. Wir unterhalten einen professionellen Betrieb, und ein professioneller Betrieb bedingt einen gewissen Aufwand, der wohl bemerkt bereits jetzt Fr. 200'000.00 tiefer liegt als vor der Pandemie. Also ist man dort bereits auf dem Minimum, damit sich dies irgendwie noch gestalten lässt. Und dann erwartet man dennoch, dass man neues Publikum erreicht, dass es mehr Einnahmen gibt und dass sich der Ertrag verbessert. Gut, aber dann streicht man eben bei den Vermittlungsangeboten, bei der Kommunikation, sodass die Leute doch selber schauen sollen, wie sie zu Informationen über das Stadttheater kommen, um überhaupt zu erfahren, was hier in diesem Haus geboten wird. Es macht keinen Sinn, und ich finde es sehr, sehr enttäuschend, dass hier nochmals solche Anträge gestellt werden, obwohl ganz klar aufgezeigt wurde, wie die entsprechenden Konsequenzen aussehen, zumal dies wirklich auch noch recht speziell ist, dass dies aus der politisch rechten Ecke kommt und einfach gegen die eigene Gemeinderätin und den eigenen Gemeinderat gerichtet ist, obwohl auch sie klar der Meinung sind, dass hier die Zitrone einfach ausgepresst ist. Und dort dann dennoch nochmals auspressen zu wollen, obwohl es nichts mehr auszupressen gibt, lässt mich einfach nur den Kopf schütteln. Mich gewinnen Sie nicht mit diesem Vorgehen.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich begreife es gut, dass man sich für das Theater wehrt, was selbstverständlich nicht zu beanstanden ist. Aber wenn wir nun wieder ein bisschen auf den Boden der Tatsachen zurückkehren, so müssen wir einfach sehen, dass die Ursache dieses Übels darin liegt, dass man nicht einhielt, was man der Stimmbevölkerung von Langenthal versprochen hat. Das behauptete ich hier. Auch wenn vorhin darauf hingewiesen wurde, dass man sich nicht mehr mit Zahlen hin und her duellieren sollte, so zeigte es auch Diego Clavadetscher nochmals klar auf, dass es so ist und auch so in der damaligen



Abstimmungsbotschaft stand, dass man den Aufwand dieses Stadttheaters, was dann am Ende auch vom Steuerzahler zu berappen ist, im Verhältnis der Zeit vor der Renovation zur Zeit nach der Renovation nicht erhöhen wird. Und das passierte einfach nicht und der Aufwand ist nun einfach höher. Das ist nicht richtig und die Ursache des ganzen Übels. Was wir nun hier mit diesen Fr. 70'000.00 vorhaben, ist wirklich eine sehr moderate Kürzung, was ich hier nochmals gerne betonen möchte. Es gibt nicht wenig Leute in diesen Fraktionen, die diesen Antrag unterstützen und dabei als rechte Ecke bezeichnet wurden, was ich übrigens nicht so lustig finde, die sehr gerne sehr viel mehr hätten einsparen wollen. Wir hielten uns zurück und einigten uns auf eine sehr moderate Kürzung.

Ich will gar nicht zu lange werden, finde ich es doch schön, dass wir ein Stadttheater haben, da dort viel Gutes gemacht wird. Aber wenn ich hier nun einfach einmal dieses Programm durchgehe, wobei mir schon klar ist, dass es in dieser Diskussion um die nächste Saison geht, und man sagt, dass die Zitrone komplett ausgepresst ist und es gar nichts mehr leidet, verweise ich darauf, wieviel Tanzveranstaltungen in dieser soeben begonnenen Saison auf dem Programm stehen. Ich habe nichts gegen den Tanz, auch wenn ich selber nicht tanzen kann und ich dabei gut mit drei, vier oder fünf solcher Veranstaltungen leben kann und überhaupt kein Problem damit habe. Aber ich zähle Sie Ihnen auf, dass es elf Tanzveranstaltungen sind, insgesamt elf, die hier drinstehen. Und dabei sind dann diejenigen, die am Wochenende aufgeführt werden, nicht doppelt mitgezählt, sondern nur einmal. Die erste Veranstaltung fand bereits am 29./30. Oktober 2022 statt, die zweite ist für den 19./20. November 2022 geplant, die dritte am 30. Dezember 2022, die vierte am 20. Januar 2023, die fünfte am 26. Januar 2023, die sechste am 16. Februar 2023, die siebte am 10. März 2023, die achte am 18. März 2023, die neunte am 5. April 2023, die zehnte am 30. April 2023 und die elfte am 13. Mai 2023. Jetzt Heimatland, jetzt müssen Sie mir doch nicht erzählen, dass bei elf Tanzveranstaltungen die Zitrone ausgepresst ist. Kommt ein bisschen auf den Boden zurück. Das müsst Ihr mir jetzt nicht erzählen kommen, dass man hier nicht wirklich noch etwas machen kann. Von mir ausgesehen überbordete man hier und stellte dabei den Gurt effektiv allzu grosszügig ein. Und ein ganz klein wenig muss nun auch das Stadttheater zur Kostensenkung beitragen. Und bei einem Betrag von Fr. 70'000.00 kann nicht die Rede davon sein, dass die Zitrone ausgepresst ist. Das finde ich nicht seriös. Und ich bin überzeugt, dass man beim Budget des Stadttheaters diese sehr moderate Kürzung vornehmen kann, auch wenn es schade ist, dass der Gemeinderat keine eigenen Vorschläge dazu einbrachte und man es eben nun selber machen musste. Es muss übrigens mit dieser Kürzung bei den Besoldungen niemand entlassen werden, was als Behauptung Blödsinn ist. Man muss einfach auch sehen, dass es um Steuergelder geht, die hier eingesetzt werden. Ich mag es allen gönnen, zumal ich selber auch gerne in das Stadttheater gehe und dann vielleicht eher ein Schauspiel als eine Tanzveranstaltung besuche, aber dann eben die Geschmäcker verschieden sind und es für alle etwas geben soll. Das fiel mir einfach auf, dass man hier mit elf Tanzveranstaltungen einfach überbordete, und diese moderate Kürzung ist machbar.

Georg Cap (GL): Ich glaube, dass es noch passend ist, dass wir hier über das Theater reden, komme ich mir doch seit eineinhalb Stunden sehr fest wie im Theater vor – in einem sehr seltsamen symbolpolitischen Trauerspiel, das wir hier veranstalten. Wir diskutieren nun seit eineinhalb Stunden über irgendwelche Beträge, die am Schluss zu Einsparungen von maximal Fr. 200'000.00 führen, notabene bei einem Budget, das ein Defizit von plus/minus 4,5 Mio. Franken aufweist. Das, was wir hier machen und über welche Beträge wir hier streiten, ist doch einfach Symbolpolitik, seien wir doch ehrlich. Wir versuchen hier einfach noch irgendwie das Gesicht zu wahren, und wenn wir dann am Schluss bestenfalls diese Fr. 200'000.00 einsparten, machten wir dies auf dem Buckel der Kultur. Wie es bereits mehrfach erwähnt wurde, wissen wir nicht genau, wo diese Einsparungen nun beispielsweise beim Stadttheater hinführen. Ich frage mich, ob es das Risiko wirklich wert ist, irgendwelche Fr. 70'000.00 einzusparen versuchen, sodass wir damit das Stadttheater und sein Programm schädigen, zumal wir unser Budget heute Abend so oder so nicht mehr retten können. Das müssten wir ansonsten von langer Hand aufgleisen. Das, was wir hier betreiben, sind einfach PR-Stunts. Seien wir ehrlich, PR-Stunts und etwa drei, vier Leute, die sich hier heute Abend rhetorisch mit ewig langen Reden selber beweihräuchern.



Paul Bayard (SP): Ich glaube, dass dieser Anlass von heute Abend am 31. Oktober nun wirklich gut zu Halloween passt. Das ist nun echt etwas vom Ärgsten, das ich je erlebte. Es ist genauso, wie es Georg sagte, dass Sie damit schlimmste Symbolpolitik betreiben. Es gleicht einer Maskerade, indem man einfach ein Mäntelchen um das Ganze bindet. Sie schlagen zwar den Sack, aber meinen den Esel, aber den Esel benennen Sie nie. Ich kann Ihnen also ganz sicher auch nicht folgen und kann keinen Ihrer bisherigen Anträge unterstützen. Es ist hirnrissig, was hier passiert. Merci.

Nathalie Scheibli (SP): Ich kann verstehen, dass man eine solch proportionale Rechnung anstellen kann, dass so viele Gastspiele weniger zu so viel weniger Lohn und so viel weniger Pensionskassenbeiträgen führen. Wenn ich eine Klasse schliesse, habe ich auch eine Lehrperson weniger, benötige weniger Reinigungspersonal und benötige weniger Löhne für die Klassenhilfen. Aber ich stellte diese Leute an und bei dem Konto, wo Sie Fr. 20'000.00 streichen wollen, betrifft es Leute, die fest angestellt sind. Ich könnte verstehen, wenn Sie jetzt sagen würden, dass weniger Gastspiele weniger Stundenlöhner bedeutet, die Jacken entgegennehmen, es weniger Zeit für die Saalreinigung benötigt, es weniger Platzanweiserinnen braucht und weniger Leute an der Kasse. Das könnte ich noch nachvollziehen. Aber dabei kommen wir dann nicht auf Fr. 20'000.00 und landen damit sicherlich bei tieferen und wahrscheinlich nicht einmal Pensionskassen-pflichtigen Beträgen. Also beim Posten «Besoldungen» gehe ich von angestellten Leuten aus, die entweder zu Kündigungen führen oder Pensionierungen eingeleitet werden müssen. Ansonsten müssen unsererseits Kündigungen ausgesprochen werden, und nicht seitens des Personals. Ob wir damit dann viel gewinnen, wenn dann im Bereich der Kommunikation gekündigt wird, was dann zu einer Differenz von Fr. 20'000.00 bei einer Person und Funktion führt, bin ich nicht so sicher. Pascal Dietrich zählte die Daten der Tanzveranstaltungen auf, wozu ich auf die Wiederholung dieser Daten verzichte. Das betrifft nämlich das Programm für Kinder, Schulkinder und Kinder im Frühbereich und geht um zehn Vorstellungen. Kinderlose Leute sind über dieses Angebot vielleicht auch nicht besonders erfreut und fragen sich, für was es dabei Kissens für Zweijährige benötigt. Geht es eigentlich noch? Das braucht es doch nicht. Ist es wirklich an uns zu werten, von was es nun zu viel oder zu wenig in diesem Programm gibt? Ich kann diese Anträge nicht unterstützen, auf jeden Fall diejenigen, die die Besoldungen betreffen, ganz sicher nicht, weil dies unseriös ist.

Corinna Grossenbacher (SVP): Ich versuche es kurz zu machen. Ich bin schon erstaunt, dass man hier von Symbolpolitik redet. Aber es bestätigt mich eigentlich in meiner Überlegung, die ich anlässlich der letzten Stadtratssitzung bereits kundtat, warum ich nicht zum Budget stehen kann. Dies deshalb, weil ich in diesem Rat überhaupt nicht erkennen kann, dass irgendwo irgendjemand bereit ist, auf irgendetwas zu verzichten. Es ist kein Geheimnis, dass ich ein Gegner dieser aufwendigen Renovierung des Stadttheaters war. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist zwar wunderschön, aber Fakt ist, dass ich auch als Bürgerin – und ich war damals noch nicht im Stadtrat –, was die Kosten anbelangt, schlicht und ergreifend belogen wurde. Und ich finde Fr. 70'000.00 einzusparen, mag vielleicht Symbolpolitik sein, aber für mich ist klar, was ich heute Abend stimmen werde. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Saima Sägesser (SP): Ich finde, dass man diesen Angriff gegen das Programm nicht einfach so im Raum stehen lassen kann. Ich finde, dass es nicht der richtige Ort ist, um Geschmäcker auszutauschen und zu beurteilen, von was man jetzt gerne mehr oder weniger möchte. Man hatte eine Pensionierung und man stellte eine neue Leitung ein, die ein neues Konzept einreichte. Auf Basis dieses Konzept wurde die Leitung dann auch eingestellt und das Stadttheater entsprechend umgebaut. Daneben musste eine Pandemie bewältigt werden, sodass man nun darauf wartet, eigentlich erstmalig eine normale und richtige Saison bestreiten zu können. Wenn Ihnen die Tanzvorstellungen nicht passen, so gibt es ja vielleicht etwas anderes, das Ihnen gefällt. Aber ich finde es anmassend, hier ein Programm zu kritisieren, was einfach nicht mit dem Budget in Zusammenhang gebracht werden kann, weil Ihnen dabei die Verknüpfungen gar nicht bekannt sind. Es ist nicht Ihre Aufgabe, darüber zu entscheiden, was an diesem Programm des Stadttheaters nun gut oder was schlecht ist oder was gezeigt werden sollte. Man machte



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

eine Umfrage beim Publikum des Stadttheaters und auch bei Leuten, die noch nicht zum Publikum des Stadttheaters gehören. Dabei zeigte sich, dass das breite Angebot genau dem entspricht, was das Stadttheater Langenthal attraktiv macht und man aufrechterhalten will. Es wird weiterhin solche Tanzveranstaltungen, Zirkus-Kinderproduktionen, Musicals, Operetten und klassisches Schauspiel geben. Das ist das, was unser Haus auszeichnet, weil es so divers ist und somit für alle etwas Passendes anbietet. Und mit den beschränkten Personalressourcen, über die das Haus effektiv verfügt, ist es eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, dabei das Gleichgewicht zu finden, insbesondere auch im Vergleich mit anderen professionellen Häusern in der freien Szene, die in Konkurrenz mit dem Stadttheater stehen. Also hier wird wirklich grossartige Arbeit geleistet, und ich möchte dies hier festgehalten haben, dass dies einem Angriff gegen das Programm gleichkommt, was nun im Zusammenhang mit einem Budget nicht gemacht werden kann. Dabei gibt es ja eine Kulturkommission, die das vorgeschlagene Programm abnimmt, und es auch einen Gemeinderat gibt, der Aufträge erteilt, wie beispielsweise neues Publikum zu akquirieren ist etc. Man machte diese Umfrage und daraus erfolgen nun die Massnahmen, aber irgendwie reden Sie wirklich von einem anderen Haus und haben dabei keine Entscheidungsgewalt darüber, was so auch korrekt ist, zumal das Personal auch aus gutem Grund von der Stadt eingestellt wird, damit genau die richtigen Leute dafür gefunden werden konnten.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Nun ist zuerst nochmals Pascal Dietrich und dann Diego Clavadetscher an der Reihe. Anschliessend bin ich dann aber froh, wenn man sich nicht mehr als zweimal zu Wort meldet.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich melde mich nur ganz kurz, weil mein Votum entsprechend angesprochen wurde. Dass wir uns hier nicht einig werden, ist klar. Aber ich möchte hier einfach daran erinnern, dass wir hier diejenige Behörde sind, die das Budget zuhanden der Stimmbevölkerung verabschiedet. Und da sind auch alle Aufwandpositionen dieses Stadttheaters enthalten, sodass wir sehr wohl etwas dazu sagen dürfen, welches Geld für was eingesetzt werden soll, da dies nämlich unsere ureigenste Aufgabe ist. Und es ist nicht so, dass uns dies nichts angeht. Das ist einfach nicht wahr.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Nun möchte sich Diego Clavadetscher nochmals äussern.

Diego Clavadetscher (FDP): Nachdem Du mir nun ein Redeverbot erteiltest.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Das machte ich gar nicht, sondern verwies einfach darauf, dass mehr als zweimal reden irgendwann auch nichts mehr bringt. Du redetest ja für die Urheber dieses Antrags.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich verzichte.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen?

Michael Sigrist (EVP): Es ist vielleicht nur ein Detail, aber wenn zuvor über das Programm geredet wurde, sollte man das Programm auch lesen können. Und gerade beispielsweise bei diesen Tanzvorstellungen handelt es sich um vier eingemietete Anlässe und somit um solche, die Geld einbringen. Von dem her sind es dann bereits ein paar weniger, und wenn man von Leuchtturmprojekten redet, so gehört auch das Dance Center dazu, das soeben eine Gruppe an die Weltmeisterschaften entsandte, von der Stadt aber herzlich wenig unterstützt wird, dafür aber sehr viel investiert.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen als Einzelsprecherin oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden mehr. Damit übergebe ich gerne das Wort an Gemeinderat Roberto Di Nino. Anschliessend folgt Gemeinderätin Helena Morgenthaler.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte einfach im Grundsatz zwei Dinge sagen. Helena Morgenthaler machte sich während den diversen Voten eifrig Notizen, sodass sie es anschliessend im Detail ausführen wird. Den ersten Punkt, den ich nun mehrfach hörte, ist der Verweis auf diese Abstimmungsbotschaft aus dem Jahr 2014, die falsch war und man damals angelogen wurde, was ich für ein extrem



hartes Wort halte. Sie können mir glauben, dass ich diese Botschaft gut kenne. Ich war damals auch ein Gegner dieser Variante mit dem Theater 49 und analysierte damals als Stadtrat akribisch die Schwächen des Projekts – was Sie ja schliesslich auch machen und Ihr gutes Recht ist. Aber es trifft einfach nicht zu, dass in der damaligen Botschaft gelogen wurde. Ich erwähnte es zuvor bereits in meinen Ausführungen, aber wahrscheinlich kam es nicht an, auch wenn Sie es in den Unterlagen sehen konnten, dass die beeinflussbaren Betriebskosten nun tiefer liegen. Ja Himmel nochmals, wenn man 10 Mio. Franken investiert, ist es ja klar, dass es mehr Aufwand mit sich bringt, was ja auch Gegenstand der Abstimmung war. Und in der Botschaft wurden die Finanzfolgekosten mit Fr. 710'000.00 beziffert. Es fiel niemandem von den Stadträten auf – oder wahrscheinlich sahen sie es einfach nicht oder wollten es nicht sehen, dass die effektiven Finanzfolgekosten nun tiefer liegen als dies damals der Fall war. Wenn man es auch wiederholt und wiederholt und wiederholt, wird es deswegen nicht richtiger.

Den zweiten Punkt erachte ich als relativ gefährlich, sodass ich Ihnen nochmals in aller Ruhe erklären möchte, um was es geht. Dabei wurde der Leistungsvertrag angesprochen. Sie sehen hier eigentlich auch die entsprechenden Verträge, die in diesem Leistungsvertrag verankert sind. In Art. 8 ist definiert, wie das Gesamtdefizit zwischen Kanton, Langenthal und den übrigen Gemeinden aufgeteilt wird. Im Prinzip entspricht dies einem Splitting von 50:40:40, und der Anteil im Total sind gemäss Leistungsvertrag 1,090

Mio. Franken, sprich Fr. 545'000.00 für die Stadt Langenthal. Es steht hier auch, wie man den Betrag zu rechnen hat. Dabei gehen wir von unserem Budget von 1,125 Mio. Franken aus und ziehen die betriebsfremden Kosten Betrieb wie die verrechneten Abschreibungen und die verrechneten Zinsen davon ab. Wenn wir so vorgehen, kommen wir auf einen Wert von Fr. 576'600.00, sodass wir mit Fr. 31'600.00 über dem Zielwert von Fr. 545'000.00 zu liegen kommen. Wenn man nun Budgetkorrekturen im Umfang dieser Fr. 31'600.00 vornimmt, bleiben wir im Rahmen des Leistungsvertrags. Aber ich sage es hier in aller Deutlichkeit, dass falls diese Kürzung über diesen Betrag hinausgeht, wir den Leistungsvertrag verletzen. Diego Clavadetscher, der hier ja aus dem Leistungsvertrag Art. 8 sowie Art. 10 zitierte, zitierte dabei aber nicht Art. 12, was ich jetzt gerne nachhole: «Die Stadt Langenthal nimmt jährlich mindestens den Betrag¹ gemäss Art. 8, Abs 1 lit. a für das Stadttheater in ihr Budget auf und stellt den Beitrag dadurch sicher.» Aus, Punkt, Ende.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Nun folgt noch Helena Morgenthaler.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Stadtrat Cap sagte, dass niemand weiss, wo es hinführt. Doch, wir wissen, wo es hinführt. Ganz klar dorthin, wie es Gemeinderat Di Nino ausführte, indem wir diesen laufenden Leistungsvertrag nicht einhalten können. Er sagte auch, dass wir etwas über dem liegen, das wir mindestens auszuweisen haben, insbesondere im nächsten Jahr aufgrund der Miete dieser Heizung, die nicht mehr funktionierte, aber auch wegen der reglementierten Treueprämie und wegen den Energiekosten, deren Entwicklung überhaupt nicht abgeschätzt werden kann. Er zitierte Ihnen auch nochmals die entsprechenden Artikel; Art. 7 und Art. 8 sagen ganz klar, wie diese Beträge gemäss Leistungsvertrag zu budgetieren sind. Im Art. 10 wird beschrieben, wie dann die Rechnung auszusehen hat, was Sache der Stadt ist. Dazu wissen wir, dass diese Rechnung in den letzten beiden Jahren wegen Corona höher ausfiel und wir die Kosten auch entsprechend zu tragen hatten, auch wenn wir nun auf bessere Zeiten hoffen. Der Leistungsvertrag besteht auch noch aus einem Anhang, worin genau beschrieben ist, wie das Programm des Stadttheaters nach Sparten zu gestalten ist.

Anträge aus der Stadtratssitzung vom 29. August 2022	
Ergebnis der Prüfung zu möglichen Einsparungen beim "Stadttheater":	
→ Ermittlung des Nettoaufwands gemäss der Leistungsvereinbarung	
Nettoaufwand im Budget 2023	Fr. 1'125'500.00
./. Verrechnete Abschreibungen	Fr. 467'700.00
./. Verrechneter Zinsaufwand	Fr. 81'200.00
= Massgebender Nettoaufwand	Fr. 576'600.00
Zu leistender Mindest-Nettoaufwand: (gem. Leistungsvereinbarung)	Fr. 545'000.00
→ Differenz / Handlungsspielraum:	Fr. 31'600.00

¹ Dies entspricht diesen Fr. 545'000.00



Somit komme ich zur Programmierung der Gastspiele, die man hier ja nun auch kürzen möchte. Die Programmierung für die Periode 2022/23 bis im Juni des nächsten Sommers ist abgeschlossen, und die entsprechenden Gastspielverträge sind unterschrieben, und das Programmheft ist im Umlauf. Zur Programmierung für nächsten November/Dezember 2023 könnte uns Ernst Jäggli heute Abend Auskunft geben, dass diese sicherlich auch bereits abgeschlossen ist. Wenn wir nun diesen Vereinbarungen nicht nachkommen, wird uns der Kanton diese Sache vor Augen führen. Nach dem Neujahr beginnt nämlich das Aushandeln der neuen Leistungsverträge, wobei es dann nicht nur um das Stadttheater geht, sondern auch um das Chrämerhuus, um das Kunsthaus, um das Museum und über die zukünftige Form der Bibliothek. Wenn wir dies heute Abend über den Haufen werfen, hat dies eine schlechte Ausstrahlung. So werden wir zum unsicheren Partner des Regierungsrates, der diesem Leistungsvertrag zustimmte, und auch von den 43 Regionsgemeinden, von denen wir auch wieder den entsprechenden Goodwill erwarten, um in die nächsten Vertragsverhandlungen einzusteigen. Bitte bedenken Sie das, dass wir diesen Leistungsvertrag einhalten wollen, weil im Sommer 2024 das Reporting des Stadttheaters fällig sein wird. Und dann wird uns der Kanton diese Zahlen vorhalten und uns vorwerfen, was dabei alles unerfüllt blieb, sodass wir dem Kanton und den Regionsgemeinden die Differenz zurückzahlen haben. In dem Sinn bitte ich Sie, diese Anträge abzulehnen. Herzlichen Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So sind wir nun am Ende der Beratungen und der Diskussion zu den Anträgen. Ich wiederhole dazu nochmals, dass es nun um ein Paket von fünf konkreten Anträgen geht, die wir vielleicht nochmals kurz durchspielen sollten. Der erste betrifft «Gastspiele» mit einem Minus von Fr. 35'000.00, sodann «Büromaterial, Drucksachen, Inserate» mit einem Minus von Fr. 10'000.00, «Besoldungen» mit einem Minus von Fr. 20'000.00 und «Sozialversicherungsbeiträge» und «Pensionskassenbeiträge» mit je einem Minus von Fr. 2'500.00, was dann zusammerechnet insgesamt Fr. 70'000.00 ergibt. Wir stimmen nun über das ganze Paket so ab. Wir stimmen wieder so, dass wer dieses Antragspaket unterstützt, mit Ja stimmt, und wer dem Gemeinderat folgen und diesen Antrag ablehnt, mit Nein stimmt. Wenn Sie nun diesem Antrag der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion zustimmen möchten, zeigen Sie dies mit der orangen Karte an. Wer sich dagegen ausspricht, hält nun die Stimmkarte hoch. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktion zum Kürzungspaket zu Pos. 6210 «Stadttheater» über insgesamt Fr. 70'000.00 bei den fünf Positionen «Gastspiele» mit Fr. 35'000.00, «Büro, Drucksachen, Inserate» mit Fr. 10'000.00, «Besoldungen» mit Fr. 20'000.00, «Sozialversicherungsbeiträge» und Pensionskassenbeiträge» mit je Fr. 2'500.00

19 Ja angenommen

18 Nein

2 Enthaltungen

Somit werden diese Kürzungen entsprechend vorgenommen. Somit liegen uns zu diesem Budgetposten 6 keine weiteren Anträge vor. So frage ich nun an, ob es noch Wortmeldungen zu den letzten Seiten im Budget gibt?

Zusammenfassung von Aufwand und Ertrag, Seite 82 - Seite 86

Ohne Diskussion.

Gibt es ansonsten noch Wortmeldungen zum Budget, bevor wir die Beratung wirklich schliessen? Diejenigen, die sich bereits mehrmals äusserten, überlegen sich bitte, ob sie dies noch einmal machen möchten.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Steht der Steuerfuss nun auch zur Debatte?



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Der war jetzt in dem Sinn so nicht separat traktandiert. Wenn Du Dich aber noch dazu äussern möchtest, bitte sehr. Redest Du nun noch für die Fraktion oder als Einzelsprecher?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich habe den Eindruck, dass ich für die Fraktion reden darf. Wenn ich es jetzt richtig verstand, ist es an dieser Stelle nun die letzte Gelegenheit, eine Würdigung dieser Diskussion vorzunehmen. Die Debatte wurde nun von linker Seite gnadenlos schlecht geredet, und ich vermisse eigentlich von linker Seite, was ich bereits bei der 1. Lesung feststellte, nämlich eine minimale Bereitschaft, beim Einsparen mitzuhelfen. Aber es wurde einfach alles nur abgeblockt. Wenn man natürlich das Gefühl hat, dass man einfach immer nur ausgeben und ausgeben und möglichst nur noch mehr ausgeben kann und man dann Einsparungen a priori als Symbolik abtut, mag es gemäss dieser Ideologie folgerichtig sein. Aber ich denke, dass dies einfach nicht seriös ist. Wir entscheiden heute über eine Steuererhöhung und deshalb sind wir es auch dem Stimmbürger schuldig, dass man jeden Franken nicht nur zweimal, sondern sogar dreimal umdreht, um zu schauen, wo sonst noch gespart werden kann und sich noch zusätzliches Potential ergibt.

Ich persönlich hätte mir noch bei einem oder zwei Posten zusätzliche Streichungen vorstellen können, aber ich liess die Finger davon, weil wir uns am Schluss auf vier Anträge beschränkten und es nicht um Millionenbeträge geht und diese vier Anträge nun auch beschlossen wurden. Damit ging nun der Stadtrat in Teilen bis an die Grenzen, aber nie darüber hinaus. Ich bin auch dezidiert der Auffassung, dass der Leistungsvertrag nicht aufgelöst wird. Und wenn man diesen nun so bemühte, so hätte ich ihn gerne im Stadtrat zur Beratung erhalten, und zwar vor dessen Abschluss. Wir gingen bis an die Grenze, aber nie darüber hinaus. Aber man nahm damit diesen Sparauftrag auch ernst. Und gleichzeitig – und deshalb ist es erst recht keine Symboldebatte – wurde heute ein Vorstoss der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion zur Implementierung einer Schuldenbremse respektive einer Steuererhöhungsbremse eingereicht. Wir sprachen hier ja nicht nur über das Budget 2023, sondern gaben den Startschuss für eine Entwicklung hin zu einer finanzpolitischen Konsolidierung, genauso wie es auch der Kanton Bern nach Zeiten des Schuldenmachens machen musste. Diese Sparprogramme, die es auf kantonaler Ebene zu machen gilt, um die Schuldenbremse einzuhalten, sind sicherlich nicht populär, aber sie sind nötig. Und es wird auch in Langenthal nötig sein.

Man machte nun viel im Stadtrat, und diese beiden Lesungen rentierten. Man konnte dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin vor Augen führen, dass der Stadtrat seine Budgethoheit ernst nimmt, so wie es auch der Gemeinderat ernst nahm und man schon viel einsparte. Aber der Stadtrat nahm seine Aufgaben eben auch ernst und wird sie auch im Rahmen der kommenden Abstimmungen ernst nehmen. Mit Blick auf das, was man hier nun erreichte, und aufgrund der manifest gewordenen Ernsthaftigkeit des Sparwillens durch eine Mehrheit des Parlaments wird nun eine Mehrheit der Fraktion – auch wenn wir nicht einstimmig sein werden – auch in der Steuerfussdiskussion Verantwortung übernehmen und Hand bieten zu einer einmaligen, und ich betone nochmals zu einer einmaligen Steuererhöhung auf 1,44. Dies in Erwartung, wehrte Damen und Herren des Gemeinderates, dass der Finanzplan dann auch eingehalten wird, der bis und mit 2027 keine weitere Steuererhöhung vorsieht, und auch in Erwartung, dass weitere Schritte zur finanzpolitischen Konsolidierung folgen werden. Man schaute bei den Ausgaben genau hin, und eine Mehrheit meiner Fraktion ist nun auch bereit, bei der unangenehmen Steuerfussdiskussion Verantwortung zu übernehmen und zur Erhöhung Hand zu bieten. Eine Minderheit der Fraktion wird es mit Blick darauf ablehnen, dass eine Steuererhöhung längerfristig die Probleme nicht löst und wir auch über solche Stimmen verfügen. Gemäss unseren Parteigrundsätzen sagte man, dass wir eigentlich keine Steuererhöhungen wollen. Wenn hier nun also eine Mehrheit für 1,44 Hand bietet, so geht man hier auch an die Grenzen der eigenen Parteiziele. Aber man ist mit Blick auf die Konsolidierung des Finanzhaushalts bereit, das so zu machen. Und auch wir sind bereit, über den Schatten zu springen, und es ist ein bisschen schade, dass dies heute Abend nicht alle konnten. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Budget als sol-



ches oder zum Steuerfuss aus anderen Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Gibt es noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Es ist nicht so, dass wir uns nicht auch Gedanken machten, wo Streichungen möglich sind. Aber wir stellten bereits anlässlich der 1. Lesung fest, dass nur marginale Einsparungen möglich sind. Das macht die Stadt nur unattraktiver, und wir wollen eine attraktive Stadt. Wir hätten auch beim Wirtschaftslunch Fr. 15'000.00 streichen können. Wir hätten auch noch beim Kunsthaus Geld streichen können oder an Einzelkulturveranstaltungen wie beispielsweise beim Street Food Festival oder was weiss ich was. Aber nein, wir fanden, dass wir Langenthal attraktiv behalten wollen. In unseren Augen ist dieser Schritt, den wir heute Abend bis jetzt beschlossen, ein Downgrade der Stadt Langenthal ist. Wir werden den Steuerfuss oder das Budget wohl gemischt annehmen oder auch ablehnen, was wir – je nachdem, wie die Emotionen noch unter Kontrolle gebracht werden können – dann noch sehen werden. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es nun noch weitere Fraktionen mit Äusserungsbedarf? Nein. So frage ich nochmals nach Voten von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern? Das ist auch nicht der Fall. So erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein, Roberto Di Nino verzichtet.

D Abstimmung

So kommen wir nun zur Abstimmung über das Budget, indem wir Punkt C verlassen und zu Punkt D mit der Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs übergehen. Wichtig ist, dass wir nun diejenigen Anträge, die heute Abend angenommen wurden, dort auch integrierten. Das heisst nun, dass wer das Budget jetzt unterstützt, macht dies unter Berücksichtigung dieser heute gutgeheissenen Änderungen. Wer nun dieses Budget so wie angepasst genehmigen möchte, zeigt dies bitte mit der Stimmkarte an. Wer das Budget ablehnen möchte, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Wer möchte sich enthalten?

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Berücksichtigung der an der heutigen Stadtratssitzung beschlossenen Änderungen, mit 27 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein und 6 Enthaltungen¹:**

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 31. Oktober 2022

- 1. Das Budget der Erfolgsrechnung 2023 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 109'340'500.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 104'202'600.00 (jeweils ohne Gewinn- und Verlustausweise der Spezialfinanzierungen), das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 5'137'900.00 wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten, allgemeinen Haushalt von Fr. 4'385'900.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 752'000.00 zusammen.**

¹ Ein Mitglied ist zurzeit der Abstimmung nicht im Saal.



2. Im Jahr 2023 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:

- a. auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das 1.44-fache (bislang 1.38-fache) der gesetzlichen Einheitsansätze;
- b. eine Liegenschaftssteuer von 1.0‰ (unverändert) des amtlichen Wertes.

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

(Pause von 21.25 Uhr bis 21.45 Uhr)

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussentwurf Ziffer II., 1. + 2.)

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Werte Stadträtinnen und Stadträte, danke, dass Sie so pünktlich zurück sind und wir mit der Beratung weiterfahren können. Wir befinden uns nach wie vor bei Traktandum Nr. 2 und erledigten bislang die Abstimmung zu Ziff. I betreffend das Budget, den Steuersatz und die Liegenschaftssteuer und kommen nun zur Abstimmungsbotschaft. Vorab möchte ich sogleich bemerken, dass sich mit diesen Änderungen, die zum Budget erfolgten und denjenigen, die noch zur Botschaft vorliegen, abzeichnet, dass wir den Abstimmungstermin vom 18. Dezember 2022 nicht werden einhalten können. Entsprechend würde dieser auf ein Wochenende Ende Januar 2023 verschoben, ohne dass dafür bereits das genaue Datum fix definiert ist. Das heisst nun also, dass bei der Abstimmung betreffend Ziff. II die Umschreibung «für Gemeindeabstimmung vom 18. Dezember 2022» durch einen Termin im Januar 2023 zu ersetzen ist. Diese Verschiebung ist aber keine Katastrophe, da es ja nur um ein paar wenige Tage geht, in denen kein formell verabschiedetes Budget vorliegt, was somit kein grosses Problem darstellen sollte. Dies möchte ich einfach gesagt haben, und es wird sich nun gleich auch anhand der Diskussion und dem Resultat zu den vorliegenden und eventuell noch neu eingereichten Anträgen erweisen, wie das Ganze aussieht.

Vornweg müssen wir zu dieser Abstimmungsbotschaft noch festhalten, dass nun der Text gestützt auf die heute Abend im Budget gutgeheissenen Änderungen anzupassen ist. Dabei gehe ich davon aus, dass diese Aufgabe das Büro übernimmt. Ich schlage nun vor, dass wir bei der Beratung dieser Botschaft nicht seitenweise vorgehen, sondern nach Abschnitten. Hat da jemand etwas dagegen? Gut, wir verfahren so, und ich bitte Sie, die Botschaft zur Hand zu nehmen. Bevor wir in den Text einsteigen, verweise ich nochmals darauf, dass das Datum der Abstimmung höchstwahrscheinlich noch angepasst werden muss.

«Das Wichtigste in Kürze», Seite 4 bis Seite 7

Gleich zu Beginn finden Sie auf Seite 4 bis Seite 7 den grau unterlegten Text zu «Das Wichtigste in Kürze». Dazu gibt es meines Wissens bereits die ersten Anträge. Darf ich um entsprechende Erläuterung und Begründung derjenigen bitten, die dazu einen Antrag einreichen?



FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Ich bin Sprecher für die gemeinsamen Antragsteller der Fraktionen SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion zu einer Änderung auf Seite 6 der Botschaft. Dieser Antrag wurde heute Nachmittag vorgängig verschickt, sodass dies alle gesehen haben sollten. Selbstverständlich gilt aber dies, was hier auf diesem eingblendeten Text steht. Ich glaube nicht, dass ich es im Detail vorlesen muss, werde es aber begründen. Wir stellen den Antrag, dass man diejenigen Massnahmen, die der Gemeinderat flankierend verabschiedete, in der Botschaft prominenter herausstreichen sollte. Dies erfolgt hier mit diesen vier Aufzählungspunkten. Nach unserer Auffassung sind dies keine Neuerfindungen, sondern es geht um Dinge, die entweder bereits in der Botschaft aufgeführt waren oder in der Zwischenzeit – und da geht es um den dritten Punkt – im Bericht und Antrag des Gemeinderates so erwähnt wurden.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlangenthal

Antrag der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP S.6, Abschnitt "...Steueranlage"

«Das Ziel der Erhöhung der Steueranlage besteht in der Aufrechterhaltung und Erhöhung der Finanzhaushaltsstabilität und vor allem in der Reduktion des strukturellen Defizits. Die Erhöhung der Steueranlage ist aber nicht die einzige Massnahme, mit der diese Ziele erreicht werden sollen. Der Gemeinderat hat unter anderem

- verwaltungsintern Instrumente der Finanzplanung ausgebaut und verfeinert;
- neue operative Planungsmittel eingeführt, welche beispielsweise bei geplanten Mehrausgaben eine obligatorische Begründungspflicht voraussetzen;
- angeordnet, dass ab dem kommenden Jahr die Ergebnisse der seinerzeitigen «Aufgabenüberprüfung und Ertragspotenzialanalyse» (AEA) in den Budgetprozess integriert werden;
- wie bereits erwähnt, festgelegt, dass inskünftig weniger externe Beratungsdienstleistungen eingekauft werden.»

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Dazu gibt es ja auch noch einen Antrag zu Seite 7 und ich würde gerne alle Anträge zu diesem Abschnitt sammeln.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Auch zur Seite 7 mit der Zusammenfassung der Beratung im Stadtrat hätten wir einen entsprechenden Antrag. Nachdem nun die Debatte so stattfand, wie sie stattfand, hätten wir gerne eine Anpassung dieses Textes.

(Der entsprechende Text wird in Papierform im Saal verteilt)

Es ist einleuchtend, dass es schwierig ist, erst den Text zu lesen und gleich anschliessend darüber zu entscheiden. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass wir die Beratung dazu etwas nach hinten verschieben, damit man etwas Zeit für die Meinungsbildung gewinnt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ja, das ist gut so. Somit konzentrieren wir uns nun auf den Antrag betreffend Seite 6, diskutieren ihn entsprechend und stimmen darüber ab. Gibt es andere Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Das ist offenbar nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Da sehe ich auch keine Wortmeldung. So frage ich noch den Gemeinderat, ob er sich dazu äussern möchte?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich verstand die Wortmeldung von Diego Clavadetscher so, dass man eigentlich den Text unseres Entwurfs übernahm und dies noch ein bisschen fokussierter und präziser darstellte. Mir fiel dabei einfach auf, dass ein Satz herausfiel, ich zitiere: «Das hohe Leistungsangebot soll auf dem bisherigen Niveau weitergeführt werden.» Erfolgte dies mit Absicht oder handelt es sich dabei um ein Versehen?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Dies ist kein Versehen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ok, danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So sehe ich das richtig, dass seitens des Gemeinderates kein Antrag gestellt wird?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Natürlich halten wir an unserem Antrag fest. Auf der anderen Seite geht es hier um die Botschaft des Stadtrates und allzu intensiv möchte Ihnen da der Gemeinderat nicht dreinreden, solange man bei den Fakten bleibt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke sehr. So ist dieser Antrag zu Seite 6 bereits durchdis-



kutiert und wir können darüber abstimmen. Wir machen es auch hier so, dass wer den Antrag zur Änderung der Botschaft unterstützen möchte, mit Ja stimmen sollte, und wer den Antrag des Gemeinderates bevorzugt, mit Nein. Wer nun diesen Antrag der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion unterstützen möchte, soll dies mit der Stimmkarte anzeigen. Wer dies nicht unterstützen und dem Gemeinderat folgen möchte, erhebt jetzt die Hand. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zu Textanpassung Seite 6

27 Ja angenommen

10 Nein

2 Enthaltungen

Nun frage ich an, ob Sie den Antrag zu «Beratungen im Stadtrat» auf Seite 7 mittlerweile studieren konnten oder Sie noch mehr Zeit benötigen? Ansonsten schlage ich vor, dass Diego Clavadetscher dies kurz begründen kommt.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Da Roberto Di Nino darauf hinwies, dass es sich um unsere Botschaft handelt, geht es eben darum, dass wir uns darüber einigen, wie wir die Debatte des Stadtrates zusammenfassen. Sie sehen, dass die Debatte in dieser Botschaft zweimal erwähnt wird; einerseits in einer Kurzfassung auf Seite 7 und andererseits in einer längeren Fassung auf Seite 30. Ich wusste nicht, dass dieser Text nur in Papierform vorgelegt wird, sodass ich, falls der Text online vorgelegen hätte, ich gerne im zweiten Absatz das Wort «mehrfach» dem Frieden zuliebe gestrichen hätte. Dies deshalb, weil es mir nicht darum geht, irgendjemandem etwas aufzuoktroieren. Auch unten im dritten Absatz auf Seite 30 findet sich nochmals das Wort «mehrfach». Da liegt uns nichts daran, hier jemandem etwas aufzudrängen. Ich glaube, da geht es um zwei wesentliche Elemente; dies im Wissen darum, dass hier die Beratung der letzten und der heutigen Stadtratsitzung zusammenzufassen ist.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank auch dafür. Ich interpretiere dies nun so, dass der Antrag entsprechend abgeändert wird und das Wort «mehrfach» gestrichen wird. Sie haben weiterhin den Text in Papierform vorliegen, sodass zu Seite 7, Abschnitt «Beratungen im Stadtrat» im zweiten Absatz im Satz: «In der zweiten Sitzung beschloss er...wurde mehrfach darauf hingewiesen...» das Wort «mehrfach» gestrichen wird. Somit steht nun dieser Antrag zur Diskussion. Gibt es Fraktionen, die sich zu diesem nun nur physisch, aber nicht als Folie projiziert vorliegenden Antrag äussern möchten?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Wir haben den Eindruck, dass diese Formulierungen ein bisschen zu einseitig ausfallen. Mir ist auch nicht ganz klar, wie man das sonst machte, ob dabei einfach jeweils ein Ja- und ein Nein-Votum abgedruckt wurde, obwohl man sagen muss, dass ja wahrscheinlich nicht alle aus denselben Gründen mit Ja oder Nein stimmten. Vielleicht kann man uns hier noch ein bisschen über das Prozedere aufklären, ansonsten ich gerne auch meine Sätze von heute Abend hier noch irgendwo aufgenommen haben möchte. Ich würde gerne darüber aufgeklärt werden, wie man da korrekt vorgeht

Anträge der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

[Wir sind uns bewusst, dass wir hier etwas antizipieren, der Text dieses Antrags kann – je nach Verlauf der Beratungen – noch in der Sitzung angepasst werden.]

S. 7, Abschnitt «Beratungen im Stadtrat»

Den bestehenden Inhalt wie folgt ersetzen:

«Der Stadtrat befassete sich an seinen Sitzungen vom 29. August 2022 und vom 31. Oktober 2022 mit dem Budget der Erfolgsrechnung 2023.

In der zweiten Sitzung beschloss er verschiedene Aufwandreduktionen im Umfang von rund Fr. 0.xx Mio. Bei der Beratung der Steueranlage wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass einer Erhöhung nur mit Blick auf die vom Gemeinderat beschlossenen Begleitmassnahmen und der im Finanzplan in Aussicht gestellten Beibehaltung dieser Steueranlage zugestimmt wird.

Er beantragt Ihnen mit xx Ja-Stimmen gegen xx Nein-Stimmen und xx Stimmen Enthaltung, dem Beschluss am Ende dieser Botschaft zuzustimmen.»



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

und ob der hier vorgeschlagene Weg wirklich der einzig mögliche ist, wie wir dies machen, oder ob es etwas ist, was das Stadtratsbüro auf Basis der effektiv geführten Debatte von heute Abend zusammen mit den jeweiligen Lagern aushandelt und wie das nun genau funktioniert. Mir ist es noch etwas unklar.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich denke, dass man zu dieser Botschaft als traktandiertes Geschäft aber entsprechende Anträge einreichen konnte. So wie ich es sehe, kann das Büro des Stadtrats Anpassungen vornehmen, so wie auch die Anpassungen zum Zahlenwerk zu berücksichtigen sind. Das mit dem Text ist ein Antrag, den man einreichen kann, und da bin ich der Meinung, dass wir darüber zu diskutieren und abzustimmen haben.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Ich versuche da nun vielleicht etwas Klarheit zu schaffen. Zum einen ist es so, dass es sicherlich auch zu diesem Abschnitt «Beratungen des Stadtrates» möglich ist, einen Antrag zu stellen; also ähnlich, wie dieser nun vorliegt und ja auch einem Teil der Botschaft entspricht und der Stadtrat das genaue Wording bestimmt. Man muss hier aber in diesem Zusammenhang auch auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung verweisen, wonach «Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat gesondert darzustellen sind». Wenn nun der Stadtrat eine Vorlage zuhanden einer Gemeindeabstimmung mit einem Abstimmungsergebnis beschliesst, das in dem Sinn klar ist und kein knappes Ergebnis vorliegt, so kann man darauf verzichten. Das Erfordernis, dass die Mehrheits- und Minderheitsvoten gesondert darzustellen sind, bezieht sich somit alleine auf den Fall, dass es im Stadtrat zu einem knappen und nicht eindeutigen Stimmergebnis für oder gegen eine Vorlage kam. Wenn dies nun der Fall ist, so ist es aufgrund der Stadtverfassung erforderlich, dass man diese Mehrheits- und Minderheitsvoten in der Abstimmungsbotschaft entsprechend aufführt. Und dies findet eigentlich im Rahmen dieser Ermächtigung an das Büro statt, sodass im Anschluss das Stadtratsbüro anhand des Protokolls die im Stadtrat geäußerten Mehrheits- und Minderheitsvoten aufführt und eben auch mit separaten Titeln für Pro- und Contra-Argumente auszeichnet, damit es für die Stimmbevölkerung bei der Lektüre der Botschaft nachvollziehbar wird, wie diese Argumente dafür und dagegen zustande kamen. Wenn nun aber ein Abstimmungsergebnis eindeutig ist, so kann auf die Gegenüberstellung der jeweiligen Argumente verzichten werden beziehungsweise ist ein solches Vorgehen nicht angezeigt. Nichtsdestotrotz ist es nun auch im Fall dieser heutigen Beratung auf Basis von zwei Lesungen sicherlich angezeigt, dass man kurz auf die stattgefundenen Lesungen Bezug nimmt und dabei auch Anträge erwähnt, sofern sie massgebend sind. So ging man bislang immer vor und mehr machte man in der Regel nicht, zumal die Abstimmungsergebnisse ja meistens nicht so knapp ausfielen. Natürlich ist es aber so, dass die Darstellung ausgewogen zu erfolgen hat und es nicht sein kann, dass man hier nur die einen oder nur die anderen Voten erwähnt. Insofern ist das Büro diesbezüglich noch gefordert und das ist auch wichtig, dass man dies ausgewogen wiedergibt, so wie es im Stadtrat im Rahmen der Debatte auch erfolgte. Reicht dies so als Erklärung?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Das reicht so, danke. Womit wir aber einfach grundsätzlich etwas Mühe haben, ist die Tatsache, dass dieser Text vor der Beratung verfasst wurde, sodass er aus meiner Sicht nicht akkurat sein kann. Oder dann bildet er schlussendlich einfach die Mehrheitsmeinung ab, die sich bereits im Vorfeld der Sitzung bildete und man dabei wusste, dass man sie durchboxen kann. Ich habe den Eindruck, dass die Debatte damit zu wenig genau zusammengefasst wird. Für uns ist es nun aber auch extrem schwierig, diejenigen Positionen aus dem Stegreif einzubringen, die hier wahrscheinlich auch genannt werden sollten. Deswegen bin da jetzt auch leicht überfordert. Und wenn schon, würde ich persönlich nicht diesen Text berücksichtigen, sondern den ursprünglichen, sehr kurz gehaltenen Text dazu, der nur die nackten Zahlen beinhaltet.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Vielleicht kann ich noch einmal deutlich machen, dass es wirklich so ist, dass diese Mehrheits- und Minderheitsvoten bei einem unklaren Abstimmungsergebnis in der Botschaft sorgfältig und gesondert dargestellt werden müssen, sodass es ausgewogen ist, wie Du dies nun eigentlich schon selber sagtest. Wenn es sich nichtsdestotrotz um faktische Ausführungen handelt, die die Beratung betreffen, so kann man dem heute so auch zustimmen. Ich gehe aber mit Dir einig, dass dies hier nicht bei jeder Formulierung der Fall ist.



FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Das, was Roland Loser sagt, nehme ich sehr ernst. Es geht nicht darum, mit diesem Text etwas auszuspielen. Deshalb wird hier auch in Fettdruck darauf hingewiesen, dass am Ende wie immer das Büro die Mehrheits- und Minderheitsmeinungen zusammenfasst. Es ist überhaupt nicht unser Ziel, dies zu verhindern. Daneben ist es effektiv zutreffend, dass dieser Text vor der heutigen Beratung verfasst wurde. Warum ist das so? Dies ist einfach nur so, damit ein Text vorliegt, über den wir reden können. Aber nun möchte ich gerne, dass man fair ist. Das, was hier auf Seite 30 im unteren Teil im dritten Absatz steht, sind mit «Bei der Beratung der Steueranlage wurde darauf hingewiesen...In einigen Voten wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der herrschenden Wirtschaftslage...» Aussagen, die so an der letzten Sitzung gemacht wurden und nicht erst heute so gesagt wurden. Es ging uns dabei nicht darum, mit diesem Text eine Aussage zur heutigen Debatte vorweg zu nehmen. Das Einzige, was die heutige Debatte betrifft, ist jeweils der Satz: «In der zweiten Sitzung beschloss er verschiedene Aufwandreduktionen im Umfang von rund 0,xx Millionen Franken.» Das ist, so glaube ich, ein Fakt, der zutrifft. Wir wollen damit einfach sicherstellen, dass diese in unseren Augen wichtige Aussage auch in dieser Zusammenfassung enthalten ist, weil wir den Eindruck haben, dass es das Bild der Stimmberechtigten beeinflusst, das sie sich zu dieser Vorlage zu machen haben. Klar kann man da anderer Meinung sein, aber es war nicht unsere Absicht, damit die Spielregeln zu verändern.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir haben hier nun eine Situation, die relativ schwierig ist. Wir diskutieren hier nun über einzelne Formulierungen in dieser Botschaft, was nicht ausschliesst, dass beschlossene Anpassungen zu einem Stückwerk verkommen. Mein Vorschlag ist nun, dass wir diese Kompetenz dem Büro delegieren und man dort versucht, entsprechend allseits abgestützte Formulierungen zu finden, die niemanden vergewaltigen, aber gleichzeitig auch nicht tendenziös sind. Das ist einmal eine Idee und ich denke, dass wir diese eingereichten Anträge dennoch anschauen müssen. Doch wir sollten dabei auch irgendwie pragmatisch vorgehen, ohne dass wir hier um das Wording oder Worte zu ringen und darüber abzustimmen haben. Vielmehr glaube ich, dass es darum geht die Informationen den Stimmberechtigten so abzugeben, ohne dass wir tendenziös sind. Wie sehen Sie das?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Ich kann mit dieser Vorgehensweise leben, aber vielleicht gibt es unsererseits noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die dazu vielleicht etwas mehr sagen möchten. Mich interessiert dabei noch, was mit der Formulierung: «... dass einer Erhöhung nur mit Blick auf die vom Gemeinderat beschlossenen Begleitmassnahmen und der im Finanzplan in Aussicht gestellten Beibehaltung dieser Steueranlage zugestimmt wird» genau gemeint ist? Sollte sich diese Lage nun ändern und im Jahr 2026 erneut eine Steuererhöhung budgetiert werden müssen, würde der Stimmbürger mit dieser Formulierung im Botschaftstext gemäss Eurer Sicht angelogen? Ist es die Absicht, dass dies hier auf die nächsten vier Jahre so festgeschrieben werden soll? Mich nimmt einfach wunder, was Sie mit diesem Satz genau sagen wollen? Lügt man damit erneut den Stimmbürger an, falls wir in drei Jahren wieder über eine Erhöhung diskutieren müssen? Ich denke, dass man den Satz unterschiedlich auslegen kann, aber ich möchte heute einfach zuhänden des Protokolls hören, wie Sie das verstehen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Über diesen Antrag von Seite 7 lässt sich ja nun abstimmen und ist jetzt machbar zu klären, ob dieser Text so aufgenommen werden soll oder nicht.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich möchte nochmals die Geschichte dieses Antrags kurz in Erinnerung rufen. In der letzten Sitzung wurde dies so oft erwähnt, bis am Schluss im letzten Votum der Beratung der Vertreter des Gemeinderates sagte, dass eine schrittweise Erhöhung des Steuersatzes einfach nicht wahr ist und «doch alle Kenntnis über den Finanzplan 2023 bis 2027 haben und man dort ganz klar sieht, dass der Steuersatz bei 1,44 liegt, mit dem wir arbeiten wollen». Das ist eigentlich der Grund, weshalb hier dies Formulierung Eingang in diesen Text findet. Das hing mit den vielen Voten und dieser Zusammenfassung zusammen, damit es klar wird.

Nun mache ich etwas, was ich natürlich nicht absprach. Hier findet sich ja die Formulierung: «...mehrfach darauf hingewiesen». Das bedeutet, dass es hier im Saal offenbar Leute gibt, die zu dieser Vorlage Ja sagten, weil sie daran glaubten, dass es danach zu keiner weiteren Steuererhöhung kommt. Mehr steht



von mir aus gesehen nicht. Es steht nirgends: «Wir haben versprochen, dass...».

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ja bitte Saima Sägesser. Ich gehe davon aus, dass es sich dabei um eine Wortmeldung als Einzelsprecherin handelt.

Saima Sägesser (SP): Wir reden doch nun über beide Anträge zu «Beratungen im Stadtrat», oder nicht? Gut. Wegen dem Hinweis in Fettdruck bezüglich der Minderheitsargumente konnte ich vor der Abstimmung nicht begründen und entsprechend zu Protokoll geben, warum ich dann gegen das Budget stimmte und ich mich somit durchaus zu dieser Minderheit zähle. Deshalb möchte ich hier nochmals erklären, dass ich das Budget aufgrund der heute zusätzlich getroffenen Kürzungen und Streichungen, insbesondere der Streichungen beim Stadttheater, nicht annahm. Es ist mir wichtig, dass ein Minderheitsargumentarium eben genau auch beinhaltet, warum man ein solches Budget ablehnen kann.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich gehe davon aus, dass Du Dich nun bereits zu Seite 30, Ziffer 7 «Beratungen im Stadtrat» äusserstest. Ich bin jetzt eigentlich der Meinung, dass wir nun zuerst über den Abschnitt «Beratungen im Stadtrat» auf Seite 7 diskutieren, auch wenn das zusammenhängt. Ich schlage nun vor, dass wir über den Antrag zu Seite 7 einfach abstimmen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass bei diesem Antrag das Wort «mehrfach» gestrichen wird. Wer dieser Änderung, so wie sie beantragt ist und nur in Papierform vorliegt, zustimmen möchte, soll nun Handzeichen geben. Wer möchte dies ablehnen? Wer möchte sich enthalten?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Textanpassung Seite 7, Abschnitt «Beratungen im Stadtrat»

26 Ja angenommen

12 Nein

1 Enthaltung

Somit wird nun das so beschlossene Wording in die Botschaft aufgenommen. Nun fahren wir mit der Beratung fort.

«1. Budget 2023 im Detail», Seite 8 bis Seite 20

Wenn ich es richtig sehe, gibt es auch dazu Anträge. Wer kann dazu Stellung nehmen?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Dabei geht es um einen Antrag, den man heute Abend an das Büro delegieren kann. In der Botschaft wird zweimal erwähnt, dass der Gemeinderat einen Beschluss im November 2022 fassen will. Dabei wussten wir nicht, ob dieser Hinweis noch auf die 1. Lesung zurückgeht oder nicht. Die Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses erfolgt ja erst per 30. November 2022. Mir ist es egal, was drin steht, aber es muss einfach richtig sein, und ich bitte das Büro um entsprechende Abklärung.

Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlängenthal

S. 9 Mitte und S. 14 (Aussagen betreffend GR-Beschlüsse im **November 2022** zur Verwendung der Personalreserve)

Diese beiden Formulierungen sind vom Büro des Stadtrats nach Rücksprache mit dem Gemeinderat (resp. seinem Sekretär) im Hinblick auf ihre tatsächliche Umsetzbarkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Ich denke, dass das übernommen werden kann, ohne dass wir da gross darüber diskutieren. Besteht dazu dennoch Diskussionsbedarf, eventuell auch seitens des Gemeinderates? Nein. So stimmen wir doch direkt über den Antrag ab, das Büro mit der Prüfung dieser Formulierungen zu beauftragen. Wer dies unterstützt, zeigt dies mit der Stimmkarte. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Prüfung der Formulierung



Seite 9 und Seite 14 durch das Büro

39 Ja angenommen (einstimmig)

0 Nein

0 Enthaltungen

Nathalie Scheibli (SP): Im Titel steht hier «Budget 2022 im Detail», aber es geht doch um das Budget 2023?

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ja sicher betrifft es 2023, sodass dies im Rahmen der Qualitätssicherung sicherlich auch noch korrigiert wird. Nun gibt es unter Punkt 1 noch einen weiteren Antrag zu einer Änderung auf Seite 12. Darf ich hierzu wieder die Antragsteller um die Begründung bitten?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Auf Seite 12 unten wird gesagt, dass es ohne diese Steuererhöhung zu keiner Verbesserung der Fiskalerträge führen würde, wonach aber auf Seite 17 etwas anderes steht. Aus diesem Grund empfehlen wir, dass man hier eine Anpassung vornimmt, sodass Seite 12 und Seite 17 miteinander kongruent sind.

Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlangenthal

S. 12 unten, letzter Absatz im ersten Lemma (um einen Widerspruch zu S. 17 unten zu beseitigen)

«In der Summe bedeutet dies, [...] damit im Vergleich zum Budget 2022 nur ein minimales Wachstum von Fr. 0.35 Mio. bei den Fiskalerträgen festzustellen wäre.»

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es hier Fraktionen, die sich zu diesem Antrag äussern möchten? Offenbar nicht. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Nein. Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Also im Klartext wird hier die Formulierung geändert und man nimmt den Begriff «kein erkennbares Wachstum» heraus und ersetzt ihn durch «nur ein minimales Wachstum von Fr. 0.35 Mio.». Hier von einem Widerspruch zu reden, ist vielleicht gerade etwas viel gesagt, denn inhaltlich ist es ja wirklich dasselbe. So entscheiden Sie, was Ihnen besser gefällt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. So können wir darüber abstimmen. Wir machen es erneut so, dass, wer diesen Antrag zur Anpassung der Botschaft unterstützen will, mit Ja stimmt, und wer dem Gemeinderat folgen und es sein lassen möchte, mit Nein stimmt.

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Textanpassung Seite 12

25 Ja angenommen

10 Nein

4 Enthaltungen

Wir machen mit der Diskussion zur Botschaft weiter.

«1. Budget 2023 im Detail», Seite 8 bis Seite 20

Ohne weitere Wortmeldung.

«2. Spezialfinanzierungen», Seite 21

Ohne Wortmeldung.

«3. Jahresergebnisse und Eigenkapitalpositionen», Seite 22



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Ohne Wortmeldung.

«4. Überblick über die Erfolgsrechnung auf Stufe Gesamthaushalt», Seite 23

Ohne Wortmeldung.

«5. Beurteilung des Budgets 2023», Seite 24 bis Seite 26

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es zu diesem Punkt einen Antrag?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Das ist einfach zu begründen, geht es inhaltlich doch um dasselbe wie zuvor bei der Formulierung auf Seite 6.

Stadtratsitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlangenthal

Antrag

S. 25 («5. Beurteilung des Budgets 2023»)

Oberster Absatz ersetzen durch folgenden Text (inhaltlich identisch wie Anpassung auf S. 6; auch in der aktuellen Vorlage sind die beiden Textpassagen – soweit erkennbar – inhaltlich gleichlautend. Übrigens werden diese Aussagen auf S. 26 oben, und S. 28 oben, ausführlicher beschrieben.):

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gut, was sagen die anderen Fraktionen dazu? Dazu gibt es keinen Redebedarf. Gibt es einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Auch nicht. Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen?

Gemeinderat Roberto di Nino (SVP): Es geht eigentlich um die letzte Feststellung, ich zitiere: «... dass wie bereits erwähnt ... festgelegt, dass inskünftig weniger externe Beratungsdienstleistungen eingekauft werden». Ja was heisst hier «inskünftig»? Man muss dabei natürlich berücksichtigen, dass man für das 2023 diese Reduktion bereits vornahm. Von dem her wird es nicht «inskünftig» zu tieferen Beratungsleistungen kommen, was auch nicht der Plan war und sich auf die Zeitspanne von 2019 bis 2021 bezog, aber nicht auf das Jahr 2023. Ich möchte deshalb beliebt machen, dass man dies mit der Angabe der Referenzjahre ergänzt, falls man auf dieser Formulierung beharrt, ansonsten ich es ablehnen würde.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sind diese Referenzjahre bekannt, weil ich ansonsten vorschlage, dass das Büro des Stadtrates die Kompetenz erhält, dies nachher entsprechend anzupassen oder zu ergänzen.

Gemeinderat Roberto di Nino (SVP): Es bezieht sich ja auf die Motion und die Motion redet von den Jahren 2019 bis 2021.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Darf ich fragen, ob Sie damit leben können? Aber klar stimmen wir über den Antrag ab. Gut.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, zeigt dies bitte mit der Hand. Wer möchte diesen Antrag ablehnen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Textanpassung Seite 25

25 Ja angenommen

11 Nein

3 Enthaltungen

Somit wird dies angepasst und das Büro des Stadtrates ist damit beauftragt, hier allenfalls noch die Jahreszahlen zu ergänzen. Somit ist Punkt 5 erledigt und wir kommen zu Punkt 6 und Punkt 7.

6. «Erläuterungen zur Investitions- und Finanzplanung», Seite 26 bis Seite 30



Hier liegt ebenso ein Antrag vor und ich frage an, wem ich das Wort erteilen darf?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Hier geht es um die Ergänzung in Fettschrift, was so auch im Finanzplan festgehalten ist und auch wirklich wichtig war und man ja auch anlässlich der letzten Debatte sah, wozu ich das Zitat vorlas. Danke.

Stadtratssitzung 31. Oktober 2022, Traktandum Nr. 2

stadtlangenthal

Antrag

S. 27, Ziff. 6.1:

- «Der Finanzplan basiert auf der angepassten Steueranlage von 1.44 Einheiten **und sieht keine weitere Erhöhung der Steueranlage vor.**» statt «Der Finanzplan basiert auf der angepassten Steueranlage von 1.44 Einheiten.»

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es Fraktionen, die dazu Stellung nehmen möchten?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich kann mich an sich kurzhalten, zumal der Antrag begründet und berechtigt ist. Ich wollte vor allem noch auf etwas anderes hinweisen. Saima Sägesser erklärte vorher, warum sie das Budget ablehnte und sie dies irgendwo als Minderheitenposition verbalisiert haben möchte. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass vier von fünf Nein-Stimmen zum Budget aus dem bürgerlichen Lager kamen. Wenn man also die Minderheitenargumente darstellen möchte, so müsste man dann wahrscheinlich berücksichtigen, dass die Minderheiten aus diametral entgegengesetzten Gründen Nein stimmten. Danke für die Berücksichtigung.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Um dies vielleicht gerade zu ergänzen, was Patrick Freudiger soeben sagte. Es gibt auch im Ja-Lager unterschiedliche Gründe, warum man dem Budget zustimmte.

Ich habe hier erneut ein bisschen Mühe, was ich bereits zuvor erwähnte. Ich befürchte einfach, dass man hier etwas hineinschreiben möchte, auf das man dann später wieder zurückkommen und sagen kann, dass man die Bevölkerung anlog. Ich möchte deshalb noch einmal betonen, dass dies nicht die Meinung sein kann, dass man dies dann wieder als Argument ins Feld führt, wenn man in drei, vier Jahren wieder über eine Steuererhöhung nachdenken muss. Deshalb wird meine Fraktion dies wohl grossmehrheitlich ablehnen, weil damit einfach wieder irgendetwas festgelegt werden soll, das nicht in Ordnung ist.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es eine weitere Fraktion, die sich äussern möchte? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat noch etwas sagen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Der Finanzplan ist natürlich ein dynamisches Instrument, und so wie es hier nun steht, ist es unpräzise. Damit es richtig wäre, müsste man schreiben: «Der Finanzplan 2023-2027 basiert...». Ansonsten wäre es inhaltlich nicht korrekt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Können Sie damit leben, dass man den Antrag so ergänzen würde?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Selbstverständlich, weil ja das ganze Kapitel unter dem Titel «Finanzplan 2023-2027» steht, sodass ja gar kein anderer gemeint sein konnte. Aber alles, was der Klarstellung dient, ist gut.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So können wir darüber abstimmen. Wer den Antrag unterstützt, stimmt mit Ja, wer ihn ablehnt, mit Nein. Wer also diesem Antrag zustimmen kann, zeigt dies jetzt an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Textanpassung Seite 27, Ziff. 6.1



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

24 Ja angenommen

13 Nein

2 Enthaltungen

So wird die Botschaft entsprechend angepasst und es geht weiter.

«7. Beratung im Stadtrat», Seite 30

Zu Seite 30 liegt ja noch ein Antrag vor, den wir zum Teil bereits diskutierten. Dieser Antrag liegt Ihnen ebenso nur auf Papier vor, weil wir ihn aufgrund der Textmenge nicht projizieren können. Jetzt stellt sich die Frage, ob Diego Clavadetscher nochmals etwas dazu sagen möchte?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):

Ich kann einfach wiederholen, dass es sich um dieselbe Absicht handelt wie bei Seite 7. Damit es nochmals ganz klar ist, wird auch hier das Wort «mehrfach» gestrichen. Daneben besprachen wir den Verweis auf die summarische Darstellung der Mehrheits- und Minderheitsargumente bereits zuvor.

Anträge der Fraktionen SVP, FDP/jll und GLP/EVP

S. 30, «7. Beratungen im Stadtrat»

Den bestehenden Inhalt wie folgt ersetzen:

«Der Stadtrat setzte sich an seinen Sitzungen vom 29. August 2022 und vom 31. Oktober 2022 eingehend mit dem Budget 2023 auseinander.

Als Ergebnis der ersten Lesung vom 29. August 2022 beauftragte der Stadtrat den Gemeinderat, weitere Prüfungen mit dem Ziel einer Ergebnisverbesserung (Aufwandreduktionen) vorzunehmen sowie weitere Massnahmen in Bezug auf die Budgetprozesse der Folgejahre umzusetzen. Im Rahmen der zweiten Lesung am 31. Oktober 2022 beriet er die Budgetvorlage sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren Einzelpositionen. Dabei beschloss er verschiedene Aufwandreduktionen im Umfang von rund Fr. 0.xx Mio.

Bei der Beratung der Steueranlage wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass einer Erhöhung nur mit Blick auf die vom Gemeinderat beschlossenen Begleitmassnahmen und der im Finanzplan 2023-2027 in Aussicht gestellten Beibehaltung dieser Steueranlage zugestimmt wird. In einigen Voten wurde darauf hingewiesen, dass es aufgrund der herrschenden Wirtschaftslage der fälsche Zeitpunkt sei, um bei den Steuerzahlenden eine weitere finanzielle Mehrbelastung herbeizuführen.

.....(weitere summarische Darstellung der Mehrheits- und Minderheitsargumente gemäss der Stadtratsdebatte)...

Er beantragt Ihnen mit xx Ja-Stimmen gegen xx Nein-Stimmen und xx Stimmen Enthaltung, dem Beschluss am Ende dieser Botschaft zuzustimmen.»

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Ich verstehe das so, dass diese summarische Darstellung dann durch das Büro des Stadtrats formuliert würde, besten Dank. Gibt es Fraktionen, die sich zu diesem Antrag äussern möchten? Ich sehe niemanden. Gibt es Wortmeldungen von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern? Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Auch hier möchte ich beliebt machen, dass man den Text mit «Finanzplan 2023-2027» ergänzt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke bestens. So kommen wir auch hier zur Abstimmung über diesen Antrag, der nur auf Papier vorliegt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll jetzt bitte die Hand erheben. Wer ihn ablehnen möchte, zeigt dies nun an. Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und GLP/EVP-Fraktionen zur Textanpassung Seite 30, Abschnitt «Beratungen im Stadtrat»

26 Ja angenommen

10 Nein

3 Enthaltungen

Das heisst nun also, dass die Botschaft entsprechend ergänzt wird.

«8. Gemeindebeschluss», Seite 31 bis Seite 32

So befinden wir nun bei Punkt 8 «Gemeindebeschluss». Hier ist zu kontrollieren, ob an dieser Stelle bereits Termine genannt werden. Nein, dem ist nicht so. Gibt es dazu noch irgendwie eine Wortmeldung?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Ich möchte noch gerne nachfragen, warum die Abstimmung wie eingangs erwähnt nicht auf den 18. Dezember 2022 angesetzt werden kann? Mit sind die Gründe nicht ganz klar.



Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich übergebe dazu gerne das Wort an Simone Burkhard Schneider, da hierfür ein ziemlich ambitiös getakteter Fahrplan hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Druckerei in Sachen Auftragserteilung, «Gut zum Druck» und so weiter vorgegeben ist.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Damit dies alles fristgerecht ablaufen könnte, müsste der endgültige Text der Abstimmungsbotschaft diesen Donnerstag der Druckerei übergeben werden, damit die Druckerei das «Gut zum Druck» erstellen kann und dies am Freitag zur Abnahme vorliegt. Dazu existiert ein Terminplan, damit die Zeit für den Druck, die Verpackung und den Versand für die rechtzeitige Zustellung bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ausreicht.

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Merci. So hätte der angestrebte Terminplan nur dann funktioniert, wenn es keine Änderungen gegeben hätte?

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ja, oder zumindest ein paar weniger. Gut, ist die Frage somit beantwortet?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Ja, die Frage ist beantwortet, aber es ist nicht gut.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Nun liegen ja bekanntlich mehrere Anträge vor, die zur Anpassung der Botschaft führen. Daneben muss der ganze Text sicherlich auch nochmals durchgekämmt und teilweise auch ergänzt werden. Deshalb gilt es nun noch kurz darüber abzustimmen, ob dem Büro des Stadtrates die Kompetenz zur redaktionellen Abfassung und zur Umsetzung der Anpassungen erteilt wird. Gibt es dazu Redebedarf? Begehren Fraktionen, Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher oder der Gemeinderat das Wort? Nein, so stimmen wir darüber ab. Wer nun also das Büro des Stadtrates mit der Endreaktion beauftragen möchte, soll jetzt die Hand erheben. Wer sieht das anders? Enthaltungen?

Abstimmung über den Auftrag der Endredaktion der Abstimmungsbotschaft zuhanden des Stadtratsbüros

39 Ja angenommen einstimmig

0 Nein

0 Enthaltungen

Gibt es nun zu dieser Abstimmungsbotschaft weitere Wortmeldungen? Ich sehe niemanden, sodass wir nun die Detailberatung zur Botschaft schliessen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort zu dieser Abstimmungsbotschaft? Nein, er verzichtet darauf. Nun kommen wir zur Abstimmung über Ziff. II. Sie sahen, dass hier für die Gemeindeabstimmung noch das Datum 18. Dezember 2022 eingetragen ist, was dann eben zu korrigieren und mit dem richtigen Datum «xx. Januar 2023» zu versehen ist. Das wäre die entsprechende Änderung, ohne dass heute bereits das genaue Datum bekannt ist. Nun würde ich gerne über Ziff. II mit der Verabschiedung dieser Abstimmungsbotschaft mit den beschlossenen Änderungen und mit dem Auftrag ans Büro des Stadtrates zur Durchführung der Schlussredaktion abstimmen lassen. Wer diesem Antrag so zustimmen kann, soll nun bitte die Hand erheben. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Bevor wir mit Ziff. III und diesem noch zu behandelnden Vorstoss weiterfahren, mache ich eine Art von informeller Ankündigung, dass nun Ziff. III von Traktandum Nr. 2 sicherlich noch behandelt werden muss. Daneben wurden ja nun Traktandum Nr. 3 und Traktandum Nr. 4 von der Traktandenliste gestrichen und Traktandum Nr. 5 muss ebenso noch heute Abend beraten und beschlossen werden. Und alles, was dann später folgt ist «marche de manoeuvre», aber ich gehe davon aus, dass wir dann nach Traktandum Nr. 5 aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zu überlegen haben, wie wir weiter vorgehen.

Nun schliessen wir sicherlich noch Traktandum Nr. 2 ab und erledigen Traktandum Nr. 5. Unter Ziff. III geht es noch um diesen Vorstoss im Zusammenhang mit den Budgetvarianten, den wir zu beraten und darüber abzustimmen haben. Für die Berichterstattung durch den Gemeinderat übergebe ich das Wort an Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz und Steuerwesen.



Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte dabei einfach auf mein Eintretensvotum verweisen, mit dem ich darlegte, warum diese Motion erfüllt ist. Man verabschiedete ja nun auch das Budget, was dies ja auch entsprechend belegt, und es braucht aus meiner Sicht dazu keine weitere Diskussion.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Aus der Geschäftsprüfungskommission liegt mir die Information vor, dass es keine Berichterstattung gibt. Wem darf ich als Sprecher der Motion das Wort erteilen?

Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit kann ich es abkürzen. Ich glaube, die Motion zur Variantenabstimmung wurde zwar nicht befriedigend umgesetzt, aber es hätte auch keinen praktischen Zweck, wenn man die Motion noch irgendwie aufrechterhalten würde. Wir nahmen im Übrigen zur Kenntnis, dass seitens des Gemeinderates ein Einsehen besteht, dass die übrigen überwiesenen Motionen zu den Finanzen, namentlich zu den externen Experten und zur Aufwandplafonierung, nicht abgeschrieben werden. Ich denke deshalb, dass wir uns mit diesem Ergebnis einverstanden erklären können. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So ist das Wort nun offen für die Fraktionen. Gibt es Fraktionen, die sich noch zu dieser dringlichen Motion äussern möchten? Ich sehe niemanden. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, so erkläre ich die Beratung zu dieser Motion für geschlossen. Möchte der Sprecher der Motion nochmals etwas sagen? Nein, so können wir bereits über Ziff. III abstimmen, ob die dringliche Motion als erledigt vom Protokoll abgeschrieben und das Sekretariat des Stadtrats mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird. Wer diesem Beschluss zustimmen kann, zeigt es entsprechend an. Gegenmehr? Enthaltungen?

E Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 18. Dezember 2022 (Beschlussentwurf Ziffer II.)

■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 3 Enthaltungen:

- 1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 21. September 2022 betreffend "Budget der Erfolgsrechnung 2023 (Budget 2023)", mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen und der Ermächtigung an das Büro zur Schlussredaktion, für die Gemeindeabstimmung mit noch festzusetzendem Datum wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Die dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Häfliger Dyami (glp), Fluri Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 20. September 2021: Varianten fürs Budget 2023 ermöglichen eine fundierte Debatte wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau (ToKJO): Erweiterung des Angebots für die Sitzgemeinde Langenthal mit der Anschlussgemeinde Madiswil: Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 5, was wir jetzt heute Abend gleichwohl noch zu bearbeiten haben. Ist das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Da ich keine Wortmeldung sehe, ist es somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So gebe ich gerne direkt das Wort an den zuständigen Gemeinderat Matthias Wüthrich als Vorsteher des Ressorts Bildung und Jugend.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Besten Dank, dass wir dieses Geschäft heute Abend noch behandeln können. Sie müssen dem Geschäft nicht zustimmen, so wie es Beatrice sagte, sind Sie doch frei in Ihrer Wahl. Ich möchte Ihnen dennoch ganz kurz erklären, um was es geht. ToKJO wurde von der Gemeinde Madiswil angefragt, ob sie sich auch dieser offenen Jugendarbeit anschliessen können. Das Ganze stellt für die Stadt Langenthal ein Nullsummenspiel dar, daher empfehle ich Ihnen, auch die Gemeinde Madiswil aufzunehmen. Unter dem Strich werden wir den Overhead bei ToKJO – und hier rede ich nun als Vorstandsmitglied – auf mehr Köpfe verteilen und dadurch den Kindern und Jugendlichen auch mehr Leistung anbieten können. Gesamthaft wird dies dann wieder über den Lastenausgleich ausgeglichen, was aber immer als Brutto betrachtet wird. Entsprechend sind Sie herzlich eingeladen, diesem Kredit zuzustimmen. Ich hoffe, dass Sie heute noch zu einem Resultat kommen, damit man dies sauber auf Ende Jahr aufgleisen kann, ohne dass dabei durch die Ermächtigung dieses Vertrags eine Lücke entsteht. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Sie sahen, dass Sie dem Geschäft nicht zustimmen müssen, sie es aber noch dieses Jahr erledigen sollten. Dazu liegt keine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission vor, sodass wir direkt zu den Fraktionen übergehen, die sich zu diesem Geschäft äussern können. Wem darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP): Die FDP/jll-Fraktion findet dies eine gute Sache und freut sich, dass eine weitere Gemeinde dazu stossen möchte. Offensichtlich ist das Bedürfnis ja auch vorhanden. An dieser Stelle möchte ich ToKJO auch für ihre Arbeit danken. Die Fraktion unterstützt den Gemeinderat in diesem Geschäft einstimmig. Merci.

SVP-Fraktion, Peter Bösiger (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt diesem Traktandum voll und ganz zu.

SP/GL-Fraktion, Nadim Wasem (GL): Ich komme hier nun nicht mit neuen Erkenntnissen, ist doch auch unsere Fraktion voll für diese Kreditbewilligung. Wir finden es toll, dass ToKJO das Angebot auch auf Madiswil erweitert. Es geht doch um rund 660 Kinder, die dort das Angebot neu nutzen können. Was für eine tolle Sache. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Auch wir werden dieses Geschäft unterstützen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Somit sind die Fraktionen abgehandelt und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Gibt es hier Wortbedarf? Dem ist nicht so. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen? Nein. So erkläre ich die Beratung zu diesem Geschäft für geschlossen. Ich frage den Gemeinderat, ob er nochmals etwas sagen möchte? Nein. So können wir zur Abstimmung schreiten. Sie sahen, dass der Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 5 umfasst. Ich denke, dass wir sogleich über alle gemeinsam abstimmen können. Wer diesem Beschlussesentwurf so zustimmen kann, zeigt dies nun bitte mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Dem Beitritt der Gemeinde Madiswil zur offenen Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau auf den 1. Januar 2023 wird zugestimmt.**
- 2. Der für das Jahr 2023 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 48'000.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung 2023, Konto 6080.3636.31 "Regionale Kinder- und Jugendarbeit ToKJO; Defizitbeitrag", bewilligt.**
- 3. Der Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe von Fr. 48'000.00 pro Jahr wird ab 2024 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6080.3636.31 "Regionale Kinder- und Jugendarbeit ToKJO; Defizitbeitrag", bewilligt.**
- 4. Der Erlös aus dem kantonalen Lastenausgleich wird dem Konto 5600.4621.50 "Lastenausgleich für Sozialhilfe" gutgeschrieben.**
- 5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Mir wurde signalisiert, dass unser Vizestadtratspräsident Michael Schenk einen Ordnungsantrag stellen möchte.

Vizepräsident des Stadtratspräsidenten Michael Schenk (SVP): Ich würde gerne den Ordnungsantrag stellen, dass wir die Sitzung an dieser Stelle beenden. Ich denke, dass die Luft draussen ist, die Luft ist dick, und eine konstruktive Beratung der weiteren Geschäfte ist nicht mehr gegeben. Ich hoffe, dass Sie dies unterstützen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Somit ist dieser Ordnungsantrag gestellt, auch wenn wir natürlich in gnadenlos konstruktiver Weise weiterdiskutieren würden. Es stellt sich allein die Frage, ob eine Weiterführung nun noch zwingend ist? Ich schlage vor, dass wir über diesen Antrag abstimmen, was bedeutet, dass wir hier und jetzt diese Sitzung abschliessen. Ich gehe aber davon aus, dass Simone Burkhard Schneider dennoch über die eingereichten Vorstösse informiert. Ist das richtig? Gut. Wer diesem Ordnungsantrag von Michael Schenk zustimmen möchte und für einen Sitzungsabbruch plädiert, wonach die restlichen Geschäfte zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden, soll bitte die Hand hochstrecken. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag zur Beendigung der Sitzung von Michael Schenk (SVP):

37 Ja angenommen

2 Nein

0 Enthaltungen

Sie stimmten diesem Antrag zu und ich danke Ihnen herzlich für die Disziplin heute Abend. Bitte bleiben Sie noch sitzen, da noch die Information zu den Vorstössen erfolgt, und die Sitzung ist erst im Anschluss beendet.



13. A Eingereichte Motion der SVP-Fraktion, FDP/jll-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 31. Oktober 2022: Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage

Motionstext:

"Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage

Antrag: Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt

1. Die Stadtverfassung und ggf. weitere Reglemente sind mit geeigneten finanzpolitischen Instrumenten zur Stabilisierung des Finanzhaushalts bei Beibehaltung steuerlich attraktiver Rahmenbedingungen mit mindestens folgendem Inhalt zu ergänzen:
 - Einführung einer Schuldenbremse unter Einbezug sowohl der laufenden Rechnung als auch der Investitionsrechnung;
 - Mechanismen zur Limitierung der Fremdkapitalaufnahme auf ein tragbares Mass;
 - Steuererhöhungsbremse (mögliches Beispiel: Art. 101c der Kantonsverfassung für den Kanton Bern) mit zu definierenden Quoren.
2. Darüber hinaus sind die Einführung resp. die Anpassung von weiteren finanzpolitischen Instrumenten sowie eine Modifikation der heute geltenden finanzpolitischen Zuständigkeiten zwecks Verstärkung der Einflussmöglichkeiten von Parlament und Stimmberechtigten zu prüfen und gegebenenfalls in den Bericht und in die Vorlage aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat setzt zur Ausarbeitung der Vorlage gemäss Ziff. 1 und 2 eine nichtständige Kommission ein. Sie besteht aus einer zu definierenden Anzahl von Mitgliedern, wenn möglich solchen des Stadtrates (mind. 50 % Stadratsmitglieder und politisch ausgewogener Verteilschlüssel). Die Kommission ist befugt, weitere im Sinn der Zielsetzung von Ziff. 1 und 2 taugliche Instrumente zu prüfen.
4. Die Kommission ist berechtigt, mit Vertretungen städtischen Organe sowie externen Expertinnen und Experten Anhörungen durchzuführen. Der Gemeinderat stellt der Kommission ein ihrem Auftrag angemessenes Budget zur Anhörung von Experten zur Verfügung.

Begründung: Langenthal weist seit Jahren ein strukturelles Defizit auf. Das Budget 2023 weist, trotz beantragter Steuererhöhung, ein Defizit von über CHF 4 Mio. bei der laufenden Rechnung aus. Bei dieser Ausgangslage besteht grundsätzlicher Handlungsbedarf. Will die Stadt Langenthal wieder auf den Weg konsolidierter Finanzen zurückkehren und dabei gleichzeitig eine im kantonalen Vergleich attraktive Steueranlage beibehalten, sind zusätzliche Instrumente auf Stufe Stadtverfassung und ggf. weiterer Reglemente erforderlich. Der Kanton Bern konnte seine Situation nach Jahren des Schuldenmachens stabilisieren dank einer Schuldenbremse für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung sowie gleichzeitig einer Steuererhöhungsbremse (qualifizierte Mehrheit an Ja-Stimmen für weitere Steuererhöhungen). Für Langenthal drängen sich solche Instrumente ebenfalls auf. Angesichts steigender Zinsen wird zudem auch der Gefahr einer zu hohen Fremdkapitalquote die nötige Aufmerksamkeit zu schenken sein. Zu prüfen sind weiter die finanzpolitischen Zuständigkeiten zwecks Verstärkung der Einflussmöglichkeiten von Parlament und Stimmberechtigten.

Eine sachgerechte Ausgestaltung der geforderten Instrumente braucht Zeit und eine breite politische Diskussion. Eine vertiefte Prüfung kann auch zu Tage fördern, dass die vorgenannten Instrumente um weitere zu ergänzen sind oder umfassender auszugestalten sind. Es drängt sich deshalb die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission auf.

Die Unterzeichnenden sind dabei offen sowohl für eine stadträtliche als auch eine gemeinderätliche Kommission. Wichtig ist der Austausch mit dem Gemeinderat, Vertretungen der Verwaltung und ggf. der Anhörung von



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Expertinnen/Experten und/oder Praktikerinnen/Praktikern aus anderen Gemeinwesen. Die Einsetzung einer stadträtlichen Kommission ist durch Beschlussantrag, die Einsetzung einer gemeinderätlichen Kommission durch Motion zu fordern. Die Unterzeichnenden reichen deshalb zwei materiell gleichlautende Vorstösse ein, um die Diskussion in der nötigen Breite auch zur Art der einzusetzenden Kommission zu ermöglichen. Je nach den Rückmeldungen und absehbaren politischen Mehrheitsverhältnissen wird dann einer der beiden Vorstösse zurückgezogen werden können."

Fraktionen SVP, FDP/jll, GLP/EVP
(Erstunterzeichnender: Patrick Freudiger)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 31. Oktober 2022 nicht gewährt.

Begründung der Dringlichkeit: Das Geschäft sollte vor der Volksabstimmung über das Budget 2023 im Stadtrat behandelt werden. Für die Budget-Volksabstimmung kann damit die Ernsthaftigkeit des parlamentarischen Willens unterstrichen werden für die von mehreren Seiten angekündigte Kurskorrektur zur Stabilisierung der Finanzen. Die Kenntnis der Überweisung ist in der Volksabstimmung für eine Stimmabgabe unter Einschluss aller Informationen relevant.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



13. B Eingereichter Beschlussantrag der SVP-Fraktion, FDP/jll-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 31. Oktober 2022: Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage

Text des Beschlussantrages:

"Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage"

Antrag: Das Büro des Stadtrats wird beauftragt, dem Stadtrat – namentlich gestützt auf Art. 53, 57 Abs. 3, 58 Abs. 2, 60 Abs. 1, 67 Abs. 2 und 78 Stadtverfassung sowie Art. 27 und 28 Abs. 2 Bst. b Geschäftsordnung des Stadtrats – einen Beschlussantrag mit folgendem Inhalt vorzulegen:

1. *Es wird eine nicht ständige Kommission des Stadtrates eingesetzt. Sie besteht aus einer zu definierenden Anzahl von Mitgliedern des Stadtrates (Verteilschlüssel nach Fraktionsstärke) und hat die Aufgabe, zu Handen des Stadtrats eine Vorlage zur Revision der Stadtverfassung und ggf. weiterer Reglemente mit geeigneten finanzpolitischen Instrumenten zur Stabilisierung des Finanzhaushalts bei Beibehaltung steuerlich attraktiver Rahmenbedingungen mit folgendem Inhalt vorzubereiten.*
2. *Die Vorlage hat mindestens zu enthalten:*
 - *Einführung einer Schuldenbremse unter Einbezug sowohl der laufenden Rechnung als auch der Investitionsrechnung;*
 - *Mechanismen zur Limitierung der Fremdkapitalaufnahme auf ein tragbares Mass;*
 - *Steuererhöhungsbremse (mögliches Beispiel: Art. 101c der Kantonsverfassung für den Kanton Bern) mit zu definierenden Quoren.*
3. *Die Kommission ist befugt, die Einführung resp. Anpassung von weiteren finanzpolitischen Instrumenten sowie eine Modifikation der heute geltenden finanzpolitischen Zuständigkeiten zwecks Verstärkung der Einflussmöglichkeiten von Parlament und Stimmberechtigten zu prüfen und dem Stadtrat in dieser Vorlage vorzuschlagen.*
4. *Die Kommission ist berechtigt, mit Vertretungen des Gemeinderats und anderer städtischen Organe sowie externen Expertinnen und Experten Anhörungen durchzuführen. Der Stadtrat stellt der Kommission ein ihrem Auftrag angemessenes Budget zur Anhörung von Experten zur Verfügung.*
5. *Das Sekretariat der Kommission wird durch das Sekretariat des Stadtrats geführt. Der Gemeinderat kann Mitglieder des Gemeinderates und / oder Angestellte der Stadtverwaltung an die Sitzungen dieser Kommission entsenden; diese Personen haben an den Kommissionsitzungen eine beratende Stimme.*

Begründung: Langenthal weist seit Jahren ein strukturelles Defizit auf. Das Budget 2023 weist, trotz beantragter Steuererhöhung, ein Defizit von über CHF 4 Mio. bei der laufenden Rechnung aus. Bei dieser Ausgangslage besteht grundsätzlicher Handlungsbedarf. Will die Stadt Langenthal wieder auf den Weg konsolidierter Finanzen zurückkehren und dabei gleichzeitig eine im kantonalen Vergleich attraktive Steueranlage beibehalten, sind zusätzliche Instrumente auf Stufe Stadtverfassung und ggf. weiterer Reglemente erforderlich. Der Kanton Bern konnte seine Situation nach Jahren des Schuldenmachens stabilisieren dank einer Schuldenbremse für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung sowie gleichzeitig einer Steuererhöhungsbremse (qualifizierte Mehrheit an Ja-Stimmen für weitere Steuererhöhungen). Für Langenthal drängen sich solche Instrumente ebenfalls auf. Angesichts steigender Zinsen wird zudem auch der Gefahr einer zu hohen Fremdkapitalquote die nötige Aufmerksamkeit zu schenken sein. Zu prüfen sind weiter die finanzpolitischen Zuständigkeiten zwecks Verstärkung der Einflussmöglichkeiten von Parlament und Stimmberechtigten.

Eine sachgerechte Ausgestaltung der geforderten Instrumente braucht Zeit und eine breite politische Diskussion. Eine vertiefte Prüfung kann auch zu Tage fördern, dass die vorgenannten Instrumente um weitere zu er-



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

gänzen sind oder umfassender auszugestalten sind. Es drängt sich deshalb die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission auf. Die Unterzeichnenden sind dabei offen sowohl für eine stadträtliche als auch eine gemeinderätliche Kommission. Wichtig ist der Austausch mit dem Gemeinderat, Vertretungen der Verwaltung und ggf. der Anhörung von Expertinnen/Experten und/oder Praktikerinnen/Praktikern aus anderen Gemeinwesen.

Die Einsetzung einer stadträtlichen Kommission ist durch Beschlussantrag, die Einsetzung einer gemeinderätlichen Kommission durch Motion zu fordern. Die Unterzeichnenden reichen deshalb zwei materiell gleichlautende Vorstösse ein, um die Diskussion in der nötigen Breite auch zur Art der einzusetzenden Kommission zu ermöglichen.

Je nach den Rückmeldungen und absehbaren politischen Mehrheitsverhältnissen wird dann einer der beiden Vorstösse zurückgezogen werden können."

Fraktionen SVP, FDP/jll, GLP/EVP
(Erstunterzeichnender: Patrick Freudiger)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 31. Oktober 2022 nicht gewährt.

Begründung der Dringlichkeit: Das Geschäft sollte vor der Volksabstimmung über das Budget 2023 im Stadtrat behandelt werden. Für die Budget-Volksabstimmung kann damit die Ernsthaftigkeit des parlamentarischen Willens unterstrichen werden für die von mehreren Seiten angekündigte Kurskorrektur zur Stabilisierung der Finanzen. Die Kenntnis der Überweisung ist in der Volksabstimmung für eine Stimmabgabe unter Einschluss aller Informationen relevant.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13. C **Eingereichte Interpellation Cap Georg, Lehmann Päivi, Nadesalingam Niluja, Sigrist Michael vom 31. Oktober 2022: Vermehrtes Auftreten rechtsextremer Symbole und Gruppen in Langenthal. Was ist die Stadt bereit dagegen zu unternehmen?**

Interpellationstext:

"Vermehrtes Auftreten rechtsextremer Symbole und Gruppen in Langenthal. Was ist die Stadt bereit dagegen zu unternehmen?"

Anfrage:

In jüngster Zeit treten in Langenthal gehäuft Schmierereien mit rechtsextremer Symbolik, sowie Aufkleber der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat» auf. Zudem wurden in den vergangenen Wochen bereits zweimal Schmierereien und Drohbotschaften direkt gegen das Lakuz (Langenthaler autonomes Kulturzentrum) gerichtet. Es ist offensichtlich, dass diese zunehmende Zurschaustellung rechtsextremen Gedankengutes in Langenthal parallel mit dem jüngst landesweit gehäuften und zunehmend aggressiven Auftreten der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat» (welche auch unter Beobachtung des NDB⁸ steht) geschieht.

1. *Ist sich die Stadt dieser unerfreulichen Umstände, dass in Langenthal jüngst vermehrt rechtsextremes Gedankengut durch Sachbeschädigungen zur Schau gestellt wird bewusst? Und wenn ja, in welcher Weise gedenkt sie dagegen vorzugehen?*
2. *Ist die Stadt bereit, beispielsweise durch höhere Aufmerksamkeit und Präsenz der Polizei Sachbeschädigungen und anderen Straftaten namentlich rechtsextremer aber auch allgemein extremistischer Gruppen und Individuen entgegenzuwirken?*
3. *Wird die Stadt die Entwicklung rechtsextremer Tendenzen in der Gemeinde im Auge behalten und im Falle einer merkbaren Zunahme solcher, klar Stellung dagegen beziehen und mit geeigneten Massnahmen versuchen einen Rückfall in die Zustände der 80er, 90er und 2000er Jahre, mit einer offenen Neo-nazi-Szene in der Region und dem Ruf der Stadt als «Nazi-Nests» zu verhindern?*
4. *Ist die Stadt bereit allenfalls durch Sensibilisierung und Aufklärung an Schulen, in der Regionalen Jugendarbeit und in der Öffentlichkeit, der Verbreitung rechtsextremen und menschenfeindlichen Gedankengutes entgegenzuwirken?*

Begründung: Personen aus der Lokalbevölkerung sind in Langenthal jüngst vermehrt auftretende Schmierereien mit klar rechtsextremen Botschaften aufgefallen. Es ist zu hoffen, dass es sich bei den Taten lediglich um geschmacklose «Lausbubenstreiche» handelt, mit dem Wunsch durch kontroverse Symbole anzuecken und Aufmerksamkeit zu generieren. Allerdings deutet die Tatsache, dass die besagten Sprayereien eine breite Palette diversester, in rechtsextremen Kreisen gebräuchlicher Symbole und Zahlencodes (vom klassischen Hakenkreuz und der Zahl 88, über Keltenkreuze bis zu subtileren Zahlencodes wie 18, 14 und 1488⁹) auf eine vertiefte Auseinandersetzung der Täterschaft mit rechtsradikalem Gedankengut und der rechtsextremen Szene hin. Ebenfalls gehäuft auftretende Propagandakleber der (nachrichtendienstlich beobachteten) rechtsextremen Gruppe «Junge Tat» lassen zudem Vermuten, dass hinter den Graffitis ideologisch mehr als nur «Lausbubenstreiche» stecken dürften. Schmierereien am Gebäude des Lakuz und deponierte Drohbotschaften gegen das Kulturlokal wecken zudem unangenehme Erinnerungen an die Situation anfangs der 2000er Jahre, welche damals schliesslich in schwere Sachbeschädigungen und diverse Gewaltexzesse seitens rechtsradikaler Gruppen mündete. Die damalige Tatenlosigkeit der Behörden war mit ein Grund, dass rechtsextreme Gruppierungen in Langenthal ungehindert auftreten konnten, was zu manch einer unschönen Schlagzeile führte und der Stadt zeitweilig den Ruf einbrachte ein «Nazi-Nest» zu sein. Eine erneute solche Entwicklung gilt es, um jeden Preis

⁸ Nachrichtendienst des Bundes.

⁹ 88 = HH für Heil Hitler, 18 = AH für Adolf Hitler, 14 = «Fourteen Words» eine Art rechtsextremes «Glaubensbekenntnis», 1488 = Eine Kombination aus den vorherigen Zahlencodes.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

zu verhindern. Daher ist es angebracht die aktuellen Geschehnisse nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und als Stadt jegliche rechtsextremen Tendenzen zu verurteilen, sowie ihnen frühzeitig und klar entgegenzutreten."

Eine Auswahl der, seit Herbstbeginn in Langenthal aufgetauchten Schmierereien und Kleber:



(Rumipark)



(Industriegebäude am Sängeliweg)



(Industriegebäude am Sängeliweg)



(Lakuz Langenthal)



(Propagandaaufkleber der Jungen Tat im Stadtzentrum)





Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 31. Oktober 2022 nicht gewährt.

*Begründung der Dringlichkeit: Ablegern rechtsextremer Organisationen, sowie einzeln agierende Sympathisant*innen solcher, welche durch Sachbeschädigungen oder ev. in Zukunft sogar durch ernsthaftere Vergehen ihre rechtsradikalen Ideologien öffentlich kundtun, gilt es umgehend entgegen zu wirken. Insbesondere da das aktuell gehäufte Auftreten rechtsextremer Symbole mit der zurzeit erhöhten Aktivität und Medienpräsenz national agierender rechtsextremer Gruppen einhergeht. Eine Rückkehr zu vergangenen Zuständen der 80er, 90er und 2000er Jahre und dem Ruf Langenthals als «Nazi-Nest» darf nicht Geschehen. Daher sollte die Stadt schnellstmöglich zu den jüngsten rechtsextremen Tendenzen in der Gemeinde Stellung beziehen und umgehend allfällige geeignete Massnahmen dagegen prüfen.*

Georg Cap
(Erstunterzeichnender)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 31. Oktober 2022

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Renate Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir jetzt zum offiziellen Ende der Sitzung. Die nächste Stadtratssitzung wird am Montag, 28. November 2022, das heisst also genau in vier Wochen wieder hier in der Alten Mühle stattfinden. Dabei müssen wir noch bezüglich Traktanden und Uhrzeit schauen. Dazu werden Sie dann entsprechend informiert. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Disziplin, für Ihr Ausharren und wünsche allen eine gute Heimkehr. Und wer morgen frei hat, geniessen Sie den Tag, und wer morgen früh aufstehen muss, gehört das dann halt auch dazu. Die Sitzung ist geschlossen.